

# Gewalt

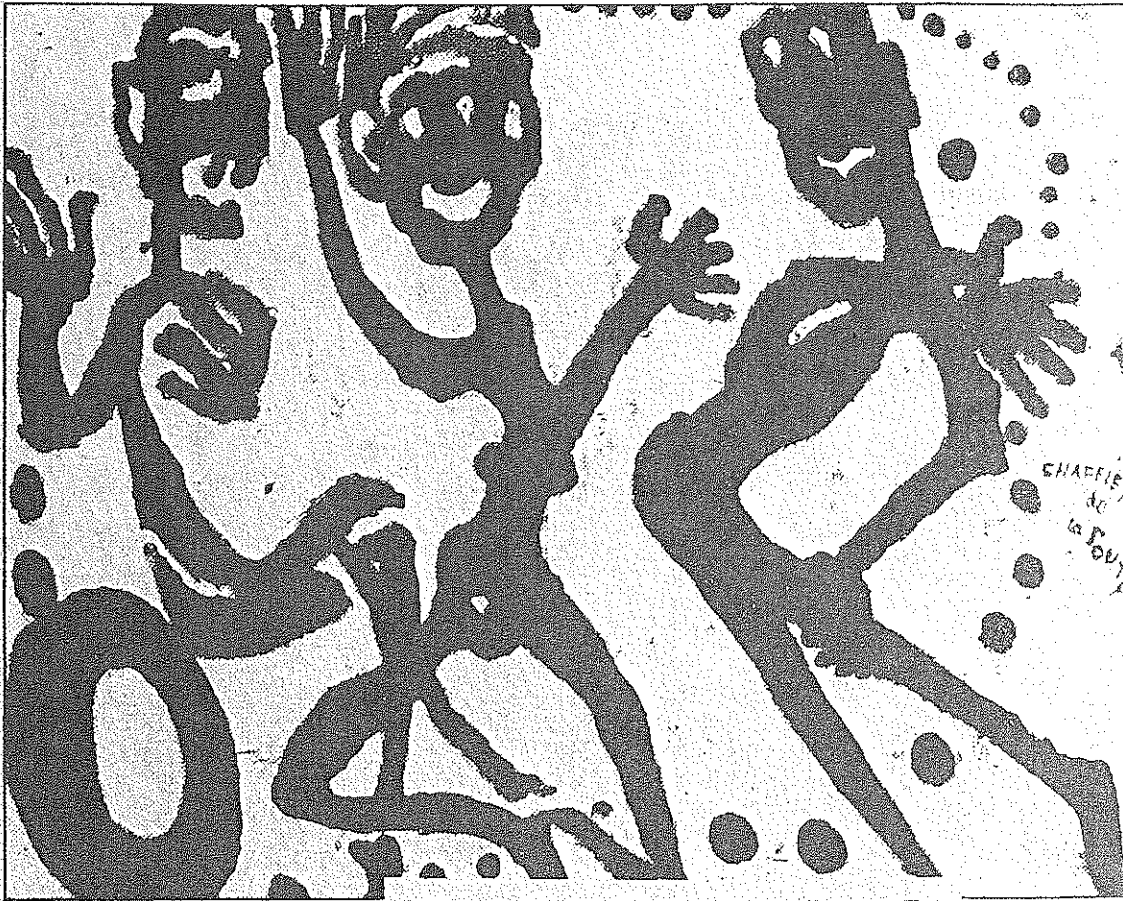


1992 9

## NAH & FERN

Ein Material - und Informationsdienst  
für Ökumenische Ausländerarbeit

- \*Gewalttätige Jugend - Seismograph der Gesellschaft
- \*Rechtsstaat und Gewalt
- \*Aktionsvorschläge
- \*Seminar für Gruppen
- \*Anti-Aggressions-Training



Lous Souters Menschen-Welt-Bild

I N H A L T

# NAH & FEERN

Impressum

Editorial.....	S.3
Gewalttätige Jugend - Seismograph der Gesellschaft.....	S.4
Rechtsstaat und Gewalt?.....	S.6
BERICHTE & BEISPIELE (Arnstadt, Mendhausen, Fürstenwalde, Jena..).....	S.10
GEGENKONZEPTE.....	ab S.18
Überfall und Sport - Wie bitte?.....	S.19
Aktion "Gewaltlos leben".....	S.20
"We have a good feeling here..".....	S.22
Predigt gegen Ausländerfeindlichkeit.....	S.23
"Wann ist ein Mann ein Mann?" (Anti-Aggressions-Training).....	S.25
Anregungen für praktische Aktionen.....	S.27
Bildungsseminar der ev. Jugendarbeit Brandenburg (für Gruppen).....	S.28
INITIATIVEN.....	S.32
NACHRICHTEN.....	S.34
Materialhinweise.....	S.36
DOKUMENTATION (*Ministerkonferenz über Maßnahmen zur Eindämmung illegaler Einreisen aus Mittel- und Osteuropa.....	S.37
*Situation ausländischer Arbeiterinnen in Dresden).....	S.39

Berliner Missionswerk, Ref. Ausländerarbeit, Georgenkirchstr. 70, O - 1017 Berlin, Tel. 428 32 20  
 Leipziger Mission, Ausländerbeauftragter, Paul-List-Str. 19, O - 7010 Leipzig, Tel. 32 60 47  
 EKD Kirchenamt, Außenstelle Berlin, Ref. Ausländerfragen, Auguststr. 80, O - 1040 Berlin, Tel. 288 61 15  
 Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen, Auguststr. 80, O - 1040 Berlin, Tel. 2 88 60  
 Spenden für die Zeitschrift bitte auf folgende Konten:

\* für das Berliner Missionswerk bei der Berliner Volksbank eG, BLZ 100 900 00, Konto-Nr. 13036004, Verwendungszweck: 3701  
 N & F (1702 Ausländerarbeit allg., 1701 Soforthilfefonds)

\* für die Leipziger Mission bei der LKG Dresden, BLZ 85095164, Konto-Nr. 100870029

\* für die EKD, BLZ 250 60 701, Kto-Nr. 660 000, Verwendungszweck VW 0001-06

Redaktionskreis: Dagmar Henke (BMW), Dieter Braun (LM), Klaus Pritzkeleit (EKD, ACK)

V.i.S.d.P.: Direktor Hans Luther (BMW)

Redaktion: Dagmar Henke, Uta Amme

Lay-out/Bildred.: Matthias Amme

Druck: Druckerei REIHER, Raabestr. 1

Liebe Leserinnen und Leser,

"Keine Gewalt! Keine Gewalt!"... Noch habe ich die Sprechchöre im Ohr und in lebhafter Erinnerung. Sie erklangen im Herbst 1989 bei den Montagsdemonstrationen auf dem Stadtring in Leipzig - und sicher auch anderswo. Sie waren gerichtet an die damaligen "Ordnungshüter" in Uniform und in Zivil, deren Nervosität von Woche zu Woche wuchs. In gleicher Weise richteten sie sich aber auch an diejenigen unter den Demonstranten, die aus unterschiedlichsten Motiven die Faust in der Tasche schon geballt hatten. Die Gewaltlosigkeit der Revolution - von den wenigen punktuellen Ausnahmen abgesehen - erregte Aufmerksamkeit in aller Welt, und wir waren stolz darauf.

Und jetzt? ...Jetzt ist Gewalt an der Tagesordnung. Da werden Menschen nur um des Inhalts ihrer Geldbörse willen auf offener Straße am hellen Tag niedergeschlagen. Da wird der Verkäuferin das Messer an die Kehle gesetzt, während die Komplizen das Juweliergeschäft ausräumen. Da öffnen Rentner aus Angst vor Gewalttätarn nicht mehr die Wohnungstür. Fast täglich berichten die Zeitungen von Banküberfällen. Ausländer trauen sich nicht mehr auf die Straßen. Regelrechte Banden überfallen Ausländer- und Asylbewerberwohnheime. Fußballstadien werden zu Schauplätzen für Massenschlägereien. Die Reihe läßt sich fortsetzen.

Welche sind die Ursachen für diese erschreckende Eskalation von Gewalt? Der Bedarf an dem schnellen Geld für den wachsenden Drogenkonsum? Die Beeinflussung durch das Angebot von Gewalt und Brutalität in den Medien? Die immer wieder publizierte Hilflosigkeit und Ohnmacht der Ordnungshüter? Oder liegen die Wurzeln tiefer? Ist es eine Reaktion auf die jahrzehntelange Gängelei, Intoleranz, Reglementierung, Unfreiheit und Erziehung zur Heuchelei und Unselbstständigkeit des sozialistischen Staates? Ist es die dadurch verursachte Unfähigkeit, den Herausforderungen einer neuen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung zu begegnen - mit ihrem erhöhten Leistungsdruck, mit der Notwendigkeit der Profilierung, der geforderten persönlichen Entscheidung, dem für uns alle neuen Phänomen der Arbeitslosigkeit, der offenen und multikulturellen Gesellschaft? Ist die eigentliche Ursache Angst, existentielle Angst? Angst vor Überforderung, Übervorteilung, Überfremdung?

Wilhelm Heitmeyer spricht in einem Artikel über Rechtsextremismus von Jugendlichen (Handreichungen im Amtsblatt der Ev.-Luth. Landeskirche Sachsens 1991 Nr. 16) von der Risikogesellschaft, in der wir leben, und sagt dort u. a.: *"...Vor diesem Hintergrund kommen Belehrungen über die historischen Ereignisse nicht gegen Erfahrungen und Gefühlslagen an, wenn ein Jugendlicher*

*subjektiv das Gefühl hat, in seinem Stadtteil von Fremden 'umstellt' zu sein. Diese Gefühlslagen sind Indizien für das Unbehagen am eigenen Leben, das nicht mehr mit der selbstverständlichen Zusammengehörigkeit zu sozialen Gruppen zusammenfällt, weil die sozialen Milieus in der Auflösung begriffen sind und die Vereinzelung immer schärfer wahrnehmbar wird. Verursacher dieser Auflösungstendenzen sind die auf Hochtouren gebrachten Modernisierungsprozesse."*

Da aber genügt nicht eine Behandlung der Symptome. Da prallen Appelle ab. Da vermag die Verstärkung der Ordnungsmacht bestenfalls nur vordergründig zu wirken, nicht wirklich zu helfen und nicht die Probleme zu lösen. Nötig sind Hilfen zu einer breiten Bewußtseinsveränderung der Menschen, eine konzertierte Aktion auf allen Ebenen unserer Gesellschaft. Einen kleinen Beitrag dazu will und kann diese Ausgabe von "Nah & Fern" leisten - mit ihrem Grundsatzreferat aus der Erfahrung und Perspektive eines Jugendpfarrers (besonders wertvoll und wichtig, weil zunehmend junge Menschen der Gewalt verfallen) und den zahlreichen erfreulich konkreten und detaillierten situationsanalytischen Informationen, sowie Anregungen zu praktischen Konsequenzen.

Für unseren Beitrag als Christen ist von entscheidender Bedeutung, was die Bibel, vor allem, was Jesus sagt. An seiner Stellung zur Gewalt werden wir uns orientieren. Bei einem Vergleich von Matth. 26,52 und Matth. 10,34 fällt uns auf, daß Jesus offenbar nicht um jeden Preis Gewalt ablehnte. Es gibt für ihn Unterschiede zwischen wahr und unwahr; es gibt Situationen, die Trennung und Auseinandersetzung erfordern. Darüber werden wir sprechen müssen. Eindeutig aber ist, daß er selbst gewaltlos blieb. Und unübersehbar ist in seinen Worten die Tendenz zur Gewaltlosigkeit für seine Nachfolger. Der Weg der Feindesliebe und damit der gewaltlosen Auseinandersetzung zwischen unterschiedlichen Menschen und Ideen, Weltanschauungen und Kulturen und den damit zusammenhängenden Herausforderungen ist gewiß der längere und schwierigere, aber auf Dauer verheißungsvollere. Wir sollten uns nicht davor scheuen uns zu bemühen, ihn zu gehen.

Ich wünsche dieser Ausgabe von "Nah & Fern", daß sie zur Anregung und Hilfe für viele Basisgruppen in ihrem Bemühen um zwischenmenschliches Vertrauen wird und so beiträgt, ein Stück Gewalt gewaltlos abzubauen.

Joachim Schlegel, Missionsdirektor Leipzig

## Gewalttätige Jugend - Seismograph der Gesellschaft

### Christhard Wagner

Dresden, Magdeburg, Erfurt, Jena, Eisenach.

Jugendliche sind in einem Maße gewalttätig, daß es mich friert.

Manche sprechen von Krieg. Was ist mit der Jugend los?

Hoffentlich überhören wir nicht das Alarmsignal und erkennen die gesamtgesellschaftliche Dimension. Jugend als Seismograph der Gesellschaft drückt oft zeitiger und drastischer aus, welche Fehlentwicklungen und Gefahren ins Haus stehen.

Da hilft es nicht, nach kurzatmigen Symptombehandlungen zu suchen (Ruf nach Polizei, Ausgrenzen, Verharmlosen). Da ist es nötig, die Augen zu öffnen, nach Ursachen zu suchen und bereit zu sein, weitreichende und tiefgehende Konsequenzen zu ziehen.

Warum sind Jugendliche so gewalttätig und bereit, sich rechtsextrem zu orientieren? Wir haben in den fünf neuen Ländern zwei unterschiedliche Ursachen, die sich gegenseitig verstärken:

#### Die DDR-Sozialisation

"DDR-Ursachen", die Intoleranz, Gewaltbereitschaft, Anfälligkeit gegenüber Rechtsextremismus förderten:

- \* verordneter Antifaschismus und damit fehlende Möglichkeit zu einer echten Auseinandersetzung mit unserer Geschichte
- \* Versagen der Pädagogik: Erziehung zur Scheinheiligkeit, Verhinderung von selbständigem Denken, Vermittlung eines Schwarz-Weiß-Weltbildes (Klassenstandpunkt, Klassenfeind, Wehrerziehung...)
- \* fehlende Demokratieerfahrungen und Streitkultur, Mißtrauen gegenüber Politikern und ihren Helfern
- \* Verhinderung von Kreativität und Engagement
- \* Intoleranz gegenüber Andersdenkenden
- \* erlebte Gewalt und gewaltsame Konfliktlösungen in allen Lebensbereichen einschließlich Elternhaus
- \* fehlende Erfahrung mit Ausländern, Ausland und dem Reichtum anderer Kulturen
- \* Ohnmachtserfahrung (ich kann ja doch nichts machen, auf mich kommt es nicht an)
- \* zwiespältige Identität mit der gehaßten, aber doch einzigen DDR, in der man leben mußte
- \* die Suche nach einer Subkultur, in der man seine Ohnmacht, Langeweile, seinen Haß auf diese Gesellschaft kompensieren und ausleben konnte.

Dies führte schon in den siebziger Jahren zur

Formierung rechtsextremer Gruppen, die jedoch unter der harten Hand der Staatsgewalt nur selten in die Öffentlichkeit drangen.

#### Das Hingeworfensein in die ganz andere Welt jetzt

Nun ist die "harte Hand" rechtsstaatlich, verunsichert und unterbesetzt. Und schon geht es los. Aber es gibt noch einige aktuelle Verstärker, die aus scheinbar an- und eingepaßten Jugendlichen Skins und Hooligans, Red Skins und Baby Skins, Alternative und Autonome, Anarchisten und ANTIFA-Leute macht. Wohlmeinende Worte von "Peacern", die die Welt nicht kennen und von Toleranz, Dialog, Gewaltfreiheit reden, werden von diesen jungen Leuten nur müde belächelt. (Ausnahmen sind wohl tuend, aber sind nicht im Trend.)

#### Was kommt also jetzt dazu?

- \* Die allseits behütete und geführte DDR-Jugend, die bis dahin gegängelt und von jeder Verantwortung ferngehalten wurde, ist wie wir alle in die Risikogesellschaft BRD geworfen worden. Alles ist anders. Nichts geht mehr. Auch "liebgezwungene" gehaßte Ordnungen und Strukturen sind einfach weg. Das verunsichert. Das läßt nach klaren Antworten und Führern suchen.
- \* Arbeitslosigkeit als unbekanntes Phänomen muß erst einmal gelernt sein. (Im Februar 1991 waren es in Thüringen 22 000 Jugendliche bis 25 Jahre.)
- \* Der Leistungs-, Konkurrenz- und Anpassungsdruck in Schule, Lehre, Arbeitsstelle ist enorm gewachsen.
- \* Die Familie als Ort der Vergewisserung, der Sicherheit und Wärme kann ihre Aufgabe z. Z. nicht erfüllen.
- \* Jugendliche erleben schon wieder, "draußen" zu sein, sich anpassen zu müssen, ohnmächtig zu sein.
- \* Jugendclubs werden geschlossen, autonome Jugendzentren fallengelassen, besetzte Häuser brutal geräumt.
- \* Jugendsozialarbeiter sind mit der Lupe zu suchen, Finanzen, Strukturen und politischer Wille, Jugendfragen ernstzunehmen, sind gleichermaßen dürftig.
- \* Langeweile durch fehlende Angebote
- \* die täglich erlebte Brutalisierung (z. B. auch im Straßenverkehr, in den Nachrichten, den Gewaltvideos)

Diese Ursachen können Jugendliche anfällig für manchen Seelenfänger machen, u. a. auch für

Neonazis. Ihr Angebot ist verlockend: einfache Antworten, simples Weltbild, schnelles Ausmachen der Sündenböcke, "Aktionen", die Abenteuer, Hebung des Selbstbewußtseins und Frustverarbeitung versprechen, Angebot von Sicherheit, Macht und Heimat.

Die Jugendlichen sind bis heute keine Nazis. Es sind junge Leute, die Alarm schlagen. Wer Jugendliche in dieser Situation allein läßt oder sie in die rechte Ecke stellt und nicht herausläßt, muß allerdings damit rechnen, daß sie tatsächlich dort bleiben.

Wenn uns klar ist, daß dies keine jugendspezifische Modeerscheinung, sondern ein gesamtgesellschaftliches Problem ist, müssen tiefgreifende Lösungsansätze ins Auge gefaßt werden.

So schön es ist, wenn sich Skins und Alternative zu Gespräche treffen und wo nötig Polizeieinsatz bei drohenden Schlachten ist, wir müssen darüber hinaus weiterkommen.

So ist es zuerst eine Frage an die Gesellschaft, wie die Umstellung des Gemeinwesens weiterlaufen soll und wie wir alle z. B. mit Andersdenkenden, Andersaussehenden, Anderslebenden, Ausländern, Asylbewerbern umgehen. Wie lernen wir Demokratie, wie achten wir auf Schwache und Stumme, wie lernen wir die soziale Marktwirtschaft?

Es ist zweitens eine Frage an die Politiker:

Wie ernst nehmen sie Alarmsignale? Wann achten sie auf die Wünsche und Anliegen Jugendlicher? Wo nehmen sie sie ernst? Wo lassen sie Freiräume, Möglichkeiten, sich auszuprobieren? Wieviel Geld sind sie bereit, für Räume, Jugendarbeiter, Programme bereitzustellen?

Es ist drittens eine Frage an die Pädagogen.

Sind sie bereit und in der Lage, sich so grundsätzlich in Frage zu stellen, daß sie für die Jugendlichen, so wie sie sind (und nicht wie sie sein sollen) dasein wollen?

Es ist viertens eine Frage an Jugendverbände, Parteien, Organisationen und Kirchen:

Sind sie willens und in der Lage, diese Jugendlichen, die nicht bei ihnen auftauchen, aufzusuchen und sie nicht als potentielle Mitglieder zu vereinnahmen? Das Mißtrauen gegenüber jeglichem Establishment ist groß.

Wir brauchen Leute, die bereit sind, unvoreingenommen und nicht vereinnahmend zu hören, was Jugendliche wollen. Wir brauchen Menschen, die sensibel gemeinsam mit Jugendlichen Wege suchen und für sie kämpfen. Wir brauchen Menschen, die Hilfe anbieten, ohne den Finger zu heben. Wir brauchen Häuser und Räume, in denen Jugendliche Heimat finden. Erste hoffnungsvolle Pflänzchen sind zu sehen. Es ist zu hoffen, daß sie nicht zertreten werden.

Fünftens und letztens ist es eine Frage an Menschen, die Zeit und Kraft haben, sich zusammen

zutun, um Strategien der Toleranz, Gewaltfreiheit und Ausländerfreundlichkeit zu entwickeln.

Dazu könnte z. B. gehören:

- \* Herstellen und Vertreiben von Plakaten, Flugblättern, Buttons, ...
- \* Autorenlesungen, Theaterstücke, Ausstellungen
- \* Antirassismuswochen, Schulprojekte
- \* Multikulturelle Feste, Mahnwachen, Straßenaktionen, Denkmalsenthüllungen
- \* Auslandsfahrten, Kontakte mit Ausländern suchen
- \* um Häuser, Räume, Wohnungen für Jugendprojekte, Cafés, Jugendzentren kämpfen
- \* Runde Tische organisieren
- \* ...

**Die Alarmglocken schellen. Hoffentlich hören wir sie richtig.**

(Der Autor ist Landesjugendpfarrer der Ev.-Luth.-Kirche in Thüringen)



# Was hat ein Rechtsstaat mit Gewalt zu tun? Aus einem Brief an eine amerikanische Freundin E. Zinnt

Meine liebe Carol,

... alles, was ich Dir berichte, kann nur mein eigenes subjektives Empfinden sein, denn wissenschaftliche Analysen zu erstellen, dafür bin ich absolut ungeeignet. Was war das also für eine Stadt, in der mein Leben begann? Eine zerstörte, gedemütigte Stadt, die in Trümmern lag, Trümmern der Häuser, Trümmern untergegangener Träume der Weltherrschaft, Trümmern in den Köpfen der Menschen, ersetzt durch Bilder des Grauens, des vielfältigen, gnadenlosen Todes. Und was die Bomben nicht zerstört hatten, zerstörten in den ersten Tagen nach der Kapitulation die plündernden, mordenden und vergewaltigenden Männer in den russischen Uniformen, denen man in den ersten Nachkriegsjahren das Recht dafür gab. Eine Freundin berichtete mir von ihren Erlebnissen, daß sie, gerade fünfzehnjährig, die erste war, die sich die russischen Soldaten aus dem Luftschutzkeller holten. Das, was dann geschah, darüber kann sie selbst heute noch nicht sprechen - geprägt hat es aber ihr ganzes Leben. Danach versteckte sie sich auf einem schwer zugänglichen Dachboden, dessen Dach an vielen Stellen zerstört war, so daß sie sich dem grauenvollen Geschehen um sie herum nicht entziehen konnte. Eine Schallplatte wurde abge-  
spielt - unentwegt - Stille Nacht, Heilige Nacht,

ein Weihnachtslied - und dazu die Schreie der vergewaltigten und sterbenden Frauen, berichtete sie mir. -

Viele solche und ähnliche Berichte habe ich dann später angehört in meinem Leben, z. B. von Iranern. Einer berichtete über seinen wochenlangen Aufenthalt - ununterbrochen der Folter ausgesetzt in einem Gefängnis in Teheran - seine Verlobte, die ebenfalls inhaftiert war, wurde vergewaltigt und zu Tode gefoltert. Ihre Leiche legte man dann mehrere Tage zu ihm in die Zelle. Oder der Bericht eines jungen Kurden, dessen Ehefrau, die hochschwanger war, in der Türkei zu Tode vergewaltigt wurde, da sie den Aufenthaltsort ihres Mannes nicht preisgab. ...

Mein Volk, das schwere Schuld auf sich lud, war nicht in der Lage, diese gemeinsam zu tragen, war auch nicht in der Lage, gemeinsam zu trauern - es teilte sich, ließ sich teilen, verriet sich gegenseitig. Teilte sich, lief weltweit herum, rang um Anerkennung, jeder Teil wollte der gute sein.

Teilte auch die Ausländer in die guten, die schlechten. Ein Aufschrei des Entsetzens ging auf meiner Seite meines Volkes durch die Reihen, als Studenten demonstrierten gegen den Vietnamkrieg, gegen die guten Amerikaner, die uns ge-



Foto: Michael Fritsch

schützt hatten, unsere Freiheit verteidigten gegen die bösen Russen. Und ständig teilte sich alles weiter in dieser Welt, in Kriegsschauplätze, wer - wie - wo beteiligt ist - und immer hat wer recht - und immer sterben Menschen, weil wer recht hat - mein armes, unwürdiges Volk bot sich an nach vielen Seiten. Mein Volk aber ist nun nicht mehr geteilt, weil die Karten für das große Welterpoker-spiel neu gemischt und neu verteilt werden. Das Spiel wurde gewonnen von meinem Teil, also sind wir die besseren, haben recht und können nun neu aufteilen unter dem anderen Teil, können ihnen nun sagen, wer von ihnen gut und wer schlecht ist. Das Recht des Siegers über den Besiegten.

Du wirst jetzt zu Recht fragen: was hat das alles mit Ausländern in der Stadt Berlin zu tun? Recht hast Du mit Deiner Frage. Gut, ich will versuchen, darauf zu antworten. Nimm zum Beispiel die Polen, die ich nun seit fast sechs Jahren berate in meinem Büro. Versetze Dich noch einmal in die Zeit der alten Ost-West-Machtblöcke - nimm die Zeit um 1980, die Zeit der Solidarität in Polen. Herzlich willkommen waren da die Polen in unserer Stadt - alles erhielten sie, von Aufenthalt, Sozialhilfe und Wohnungen in unserer Stadt, nur Arbeitserlaubnis erhielten die wenigsten. Viele sind daraufhin gekommen, da sie ja glaubten, hier willkommen zu sein - sie waren ja die ersten damals, die den Mut hatten, aus der harten Ostblockreihe herauszutreten. Denen, die kamen - na ja, zu viele waren es -, zu sagen: wir wollen euch nicht, das wäre vielleicht politisch unklug gewesen - ich weiß es nicht -, denn ich habe Schwierigkeiten, nachzuvollziehen, wie ein Politiker denkt. Also, der Widerstand in Polen der Polen dort, ja, der wurde weltweit auf der westlichen Seite natürlich begrüßt, aber hier bei uns - nach anfänglichem Wohlwollen, wollten wir sie dann doch eigentlich nicht, und ihr positives Bild wandelte sich schnell in ein negatives Bild. Eigenbeiträge wie polnischer Schwarzmarkt (in großen Mengen auftretende polnische Käufer-scharen), Schwarzarbeit und zunehmende Kriminalität, zum Beispiel von polnischen Autoschiebern, trugen zu einer umfangreichen negativen Darstellung der Polen in Berlin bei. Verschwiegen wurde weitgehend die große Anzahl der schon seit längerer Zeit in Berlin lebenden Polen, zum großen Teil auch Familien, die sich um ein legales Leben bei uns bemühten. Außer des bereits erlaubten legalen Aufenthaltes stand ihnen kein weiteres Recht zu, wie z. B. Sozialhilfe. Diese wurde nur im Rahmen des Ermessens gezahlt. Das heißt, nach der damaligen Aufgliederung unserer halben Stadt waren die zwölf Bezirksämter zuständig, in denen die Sozialämter entscheiden konnten, denn es ist ja ein Bundesgesetz, das "Bundessozialhilfegesetz", und ein Bundesgesetz steht über Landesrecht. Das bedeutete konkret, daß eine Gleichbehandlung im

Sozialhilfereich für polnische Bürger in Berlin nicht erreicht werden konnte. Das bedeutete, daß es Sozialämter in der Stadt gab, die sozial und human handelten und Sozialhilfe im Rahmen des Ermessens gewährten, der größere Teil aber wendete den § 120 BSHG an und unterstellte den Hilfesuchenden, daß sie im Bewußtsein ihrer Mittellosigkeit nach Deutschland eingereist und von vornherein billigend in Kauf genommen haben, hier von Sozialhilfe zu leben, da sie ja wissen mußten, daß sie hier von Sozialhilfe leben müssen, da sie hier keine Arbeitserlaubnis erhalten können, und somit haben sie auch keinen Anspruch auf Sozialhilfe - der logische Schluß daraus, sie sind nur aus dem Ostblock gekommen, um hier Sozialhilfe zu erhalten, und deshalb wird sie ihnen nicht gewährt. Die Betroffenen, die daraufhin weitgehend die unabhängigen Gerichte dieses Landes anriefen, mußten überwiegend erfahren, daß die Entscheidungen der Sozialämter fast ausschließlich bestätigt wurden, abgesehen von wenigen, seltenen Ausnahmen.

Und nun die zweite Variante der Sicherung des legalen Lebensunterhaltes, daß man das Recht erhält, arbeiten zu dürfen, wenn das zuständige Arbeitsamt zustimmt. - Das Recht, arbeiten zu dürfen. - Die Voraussetzungen sind dafür, daß man einen einstellungsbereiten Arbeitgeber findet, der einen Antrag auf Arbeitserlaubnis ausfüllt - damit geht man dann zum Arbeitsamt - dort schaut man in den Computer - stellt fest, es gibt mehr Arbeitslose als offene Stellen in der angestrebten Tätigkeit, und somit wird der Antrag mit der Begründung abgelehnt, daß vorrangige Kräfte dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen. Dabei bleiben viele Fakten unberücksichtigt, zum Beispiel, daß sich in der großen Zahl Arbeitsloser ein Teil nicht oder schwer vermittelbarer Menschen befindet, die, aus welchen Gründen auch immer, von einem Klein- oder Mittelbetrieb nie getragen werden können. Im allgemeinen regelt sich der größte Teil des Arbeitsmarktes am Arbeitsamt vorbei über die Anzeigenteile großer Tageszeitungen. Diese sind dann voll mit unzähligen Arbeitsangeboten, die dem Arbeitsamt nie als offene Arbeitsplätze gemeldet werden, so daß davon auszugehen ist, daß die dort geführten Statistiken nicht der Realität entsprechen, da die im dortigen Computer erfaßten offenen Stellen des Arbeitsmarktes weit unter den tatsächlichen Zahlen liegen.

Der Ausländer, der nun aber legal auf den Arbeitsmarkt möchte, ist überwiegend chancenlos, und obwohl der Arbeitsmarkt ständig einen Bedarf an Facharbeitern hatte, waren die Polen zum größten Teil bei ihren Bemühungen, eine Arbeitserlaubnis zu erhalten, trotz mehrfach nachgewiesener offener Arbeitsplätze, erfolglos. Bedenken sollte man in diesem Zusammenhang, daß während dieser Zeit Tausende von Aus- und Übersiedlern aus den Ostblockländern und der DDR

schützt hatten, unsere Freiheit verteidigten gegen die bösen Russen. Und ständig teilte sich alles weiter in dieser Welt, in Kriegsschauplätze, wer - wie - wo beteiligt ist - und immer hat wer recht - und immer sterben Menschen, weil wer recht hat - mein armes, unwürdiges Volk bot sich an nach vielen Seiten. Mein Volk aber ist nun nicht mehr geteilt, weil die Karten für das große Welterenspiel neu gemischt und neu verteilt werden. Das Spiel wurde gewonnen von meinem Teil, also sind wir die besseren, haben recht und können nun neu aufteilen unter dem anderen Teil, können ihnen nun sagen, wer von ihnen gut und wer schlecht ist. Das Recht des Siegers über den Besiegten.

Du wirst jetzt zu Recht fragen: was hat das alles mit Ausländern in der Stadt Berlin zu tun? Recht hast Du mit Deiner Frage. Gut, ich will versuchen, darauf zu antworten. Nimm zum Beispiel die Polen, die ich nun seit fast sechs Jahren berate in meinem Büro. Versetze Dich noch einmal in die Zeit der alten Ost-West-Machtblöcke - nimm die Zeit um 1980, die Zeit der Solidarität in Polen. Herzlich willkommen waren da die Polen in unserer Stadt - alles erhielten sie, von Aufenthalt, Sozialhilfe und Wohnungen in unserer Stadt, nur Arbeitserlaubnis erhielten die wenigsten. Viele sind daraufhin gekommen, da sie ja glaubten, hier willkommen zu sein - sie waren ja die ersten damals, die den Mut hatten, aus der harten Ostblockreihe herauszutreten. Denen, die kamen - na ja, zu viele waren es -, zu sagen: wir wollen euch nicht, das wäre vielleicht politisch unklug gewesen - ich weiß es nicht -, denn ich habe Schwierigkeiten, nachzuvollziehen, wie ein Politiker denkt. Also, der Widerstand in Polen der Polen dort, ja, der wurde weltweit auf der westlichen Seite natürlich begrüßt, aber hier bei uns - nach anfänglichem Wohlwollen, wollten wir sie dann doch eigentlich nicht, und ihr positives Bild wandelte sich schnell in ein negatives Bild. Eigenbeiträge wie polnischer Schwarzmarkt (in großen Mengen auftretende polnische Käufer-scharen), Schwarzarbeit und zunehmende Kriminalität, zum Beispiel von polnischen Autoschiebern, trugen zu einer umfangreichen negativen Darstellung der Polen in Berlin bei. Verschwiegen wurde weitgehend die große Anzahl der schon seit längerer Zeit in Berlin lebenden Polen, zum großen Teil auch Familien, die sich um ein legales Leben bei uns bemühten. Außer des bereits erlaubten legalen Aufenthaltes stand ihnen kein weiteres Recht zu, wie z. B. Sozialhilfe. Diese wurde nur im Rahmen des Ermessens gezahlt. Das heißt, nach der damaligen Aufgliederung unserer halben Stadt waren die zwölf Bezirksämter zuständig, in denen die Sozialämter entscheiden konnten, denn es ist ja ein Bundesgesetz, das "Bundessozialhilfegesetz", und ein Bundesgesetz steht über Landesrecht. Das bedeutete konkret, daß eine Gleichbehandlung im

Sozialhilfebereich für polnische Bürger in Berlin nicht erreicht werden konnte. Das bedeutete, daß es Sozialämter in der Stadt gab, die sozial und human handelten und Sozialhilfe im Rahmen des Ermessens gewährten, der größere Teil aber wendete den § 120 BSHG an und unterstellte den Hilfesuchenden, daß sie im Bewußtsein ihrer Mittellosigkeit nach Deutschland eingereist und von vornherein billigend in Kauf genommen haben, hier von Sozialhilfe zu leben, da sie ja wissen mußten, daß sie hier von Sozialhilfe leben müssen, da sie hier keine Arbeitserlaubnis erhalten können, und somit haben sie auch keinen Anspruch auf Sozialhilfe - der logische Schluß daraus, sie sind nur aus dem Ostblock gekommen, um hier Sozialhilfe zu erhalten, und deshalb wird sie ihnen nicht gewährt. Die Betroffenen, die daraufhin weitgehend die unabhängigen Gerichte dieses Landes anriefen, mußten überwiegend erfahren, daß die Entscheidungen der Sozialämter fast ausschließlich bestätigt wurden, abgesehen von wenigen, seltenen Ausnahmen.

Und nun die zweite Variante der Sicherung des legalen Lebensunterhaltes, daß man das Recht erhält, arbeiten zu dürfen, wenn das zuständige Arbeitsamt zustimmt. - Das Recht, arbeiten zu dürfen. - Die Voraussetzungen sind dafür, daß man einen einstellungsbereiten Arbeitgeber findet, der einen Antrag auf Arbeitserlaubnis ausfüllt - damit geht man dann zum Arbeitsamt - dort schaut man in den Computer - stellt fest, es gibt mehr Arbeitslose als offene Stellen in der angestrebten Tätigkeit, und somit wird der Antrag mit der Begründung abgelehnt, daß vorrangige Kräfte dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen. Dabei bleiben viele Fakten unberücksichtigt, zum Beispiel, daß sich in der großen Zahl Arbeitsloser ein Teil nicht oder schwer vermittelbarer Menschen befindet, die, aus welchen Gründen auch immer, von einem Klein- oder Mittelbetrieb nie getragen werden können. Im allgemeinen regelt sich der größte Teil des Arbeitsmarktes am Arbeitsamt vorbei über die Anzeigenteile großer Tageszeitungen. Diese sind dann voll mit unzähligen Arbeitsangeboten, die dem Arbeitsamt nie als offene Arbeitsplätze gemeldet werden, so daß davon auszugehen ist, daß die dort geführten Statistiken nicht der Realität entsprechen, da die im dortigen Computer erfaßten offenen Stellen des Arbeitsmarktes weit unter den tatsächlichen Zahlen liegen.

Der Ausländer, der nun aber legal auf den Arbeitsmarkt möchte, ist überwiegend chancenlos, und obwohl der Arbeitsmarkt ständig einen Bedarf an Facharbeitern hatte, waren die Polen zum größten Teil bei ihren Bemühungen, eine Arbeitserlaubnis zu erhalten, trotz mehrfach nachgewiesener offener Arbeitsplätze, erfolglos. Bedenken sollte man in diesem Zusammenhang, daß während dieser Zeit Tausende von Aus- und Übersiedlern aus den Ostblockländern und der DDR

zu uns kamen, die problemlos vom Arbeitsmarkt aufgenommen wurden, ohne daß sie die Arbeitslosenstatistiken erheblich verstärkten. Den Polen, denen noch dazu mitgeteilt wurde, daß ihre Facharbeiterdiplome nicht dem deutschen Standard entsprechen, wurden damit zusätzlich Steine in den Weg gelegt - den als Aussiedler anerkannten Polen wurde zugebilligt, daß sie mit den gleichen Diplomen problemlos auf dem Arbeitsmarkt als Facharbeiter einsteigen konnten. Außerdem wurden ihnen selbstverständlich umfangreiche Qualifizierungsmaßnahmen angeboten. Wollte aber ein Betrieb auf eigene Kosten einen Polen einstellen und die Qualifizierung für diesen selber übernehmen, so erhielt er dafür nicht die Genehmigung.

Du siehst, der Kreis schließt sich: ein angeblich wohlwollendes Verwaltungshandeln anfänglich - dann rapider Abbau der Möglichkeiten, hier ein legales Leben führen zu können. Das Aufteilen dieser Menschen in bürokratische Teilbereiche,

jeder die Ansicht vertritt, die einzig wahre polnische Gesinnung zu vertreten, was immer dieses auch bedeuten mag; dann noch dazu die hier tätige polnische Kirche, die nicht bereit ist, sich gesellschaftlich für ihre Leute zu engagieren - die weltberühmte polnische Solidarität, leider nur in Polen.

Das Verfahren der Arbeitserlaubniserteilung ist nach meinem Empfinden und Erkennen das Unmoralischste, Widersinnigste und Inhumanste in unserer Ausländerpolitik. Wenn man es von Anfang bis Ende logisch betrachtet, stellt es sich so dar:

Die Menschen, die aus den verschiedenen Ländern zu uns kommen, sind grundsätzlich bereit, ihre Arbeitskraft, ihr Wissen und ihr Können in unsere Gesellschaft einzubringen. Noch unter der Berücksichtigung einer kulturellen Vielfaltigkeit, die sie einbringen, könnte dieses zu einer großen Bereicherung unseres kulturellen und wirtschaftlichen Lebens einen nicht unwesentlichen Beitrag

# Man muss die Welt so nehmen, wie sie ist, aber nicht so lassen.

Ignazio Silone, italienischer Schriftsteller

wo sich jeder auf die Rechtmäßigkeit seiner Gesetze beruft, Entscheidungen trifft, die von den unabhängigen Gerichten als rechtmäßig bestätigt wurden. Viele habe ich auf diesem Weg kaputtgehen sehen, bis hin zum Selbstmord. Die ganzheitliche Betrachtung dieser Menschen findet nicht statt. Jeder hat ein Gesetz und jeder hat das Recht - das Aufenthaltsrecht, das Arbeitserlaubnisrecht, das Sozialhilferecht -, und dazwischen scheitern die Menschen.

Was bei den Polen noch erschwerend hinzu kam, war, daß sie für ihr Herkunftsland Verräter waren, da sie dieses verlassen hatten, also von daher nicht einmal eine moralische Unterstützung erhielten, noch daß sich ihr Staat auf diplomatischer Ebene für die Rechte seiner Auslandspolen einsetzte. Eine starke Lobby haben Ausländer in unserem Land durch den linken Flügel der Gesellschaft. Aber die Linken unterstützten die Polen ebenfalls nicht, da sie sie als privilegierte Renomierausländer der westlichen Ideologie betrachteten. Die stolzen polnischen Emigrantenvereine konkurrieren in einer nicht endenden Harmonie der Zwietracht gegeneinander, da

leisten. Aber wir haben umfangreiche, komplizierte gesetzliche Regelungen entwickelt, mit denen ein großer Teil absolut ausgegrenzt ist aus unserem Leben, ihnen die Möglichkeit der Teilhabe verschlossen, die sozialen Folgen auf Dauer nicht reparabel, denn Ausgrenzung geht Hand in Hand mit menschlicher Entwertung und mit dem Zerschlagen dieser Menschen, aber es führt auch zwangsläufig zu Aggressionen und Haß - die Saat, die wir säen, wird aufgehen, das Teilen in "Wir" und "Sie". Die junge Generation, die bei uns heranwächst, welches Verhältnis wird sie entwickeln zu unserem Land, was hat sie erfahren von unserem Land, die Eltern ausgegrenzt, entwertet - Identitätsbrüche -, welche Werte, welches Wissen, welchen Beitrag werden sie bereit sein, für diese, sie ablehnende Gesellschaft zu leisten? Alarmzeichen in vielen Bereichen, inzwischen nicht mehr übersehbar. Unsere Antwort - ein neues Ausländergesetz? - viel diskutiert, heiß umstritten in unserer Gesellschaft. Die Meßlatte, in vielen Bereichen höhergelegt, viele Stellen in der Gesellschaft zum Melden von "nicht legalem Verhalten dieser anderen, dieser

zu uns kamen, die problemlos vom Arbeitsmarkt aufgenommen wurden, ohne daß sie die Arbeitslosenstatistiken erheblich verstärkten. Den Polen, denen noch dazu mitgeteilt wurde, daß ihre Facharbeiterdiplome nicht dem deutschen Standard entsprechen, wurden damit zusätzlich Steine in den Weg gelegt - den als Aussiedler anerkannten Polen wurde zugebilligt, daß sie mit den gleichen Diplomen problemlos auf dem Arbeitsmarkt als Facharbeiter einsteigen konnten. Außerdem wurden ihnen selbstverständlich umfangreiche Qualifizierungsmaßnahmen angeboten. Wollte aber ein Betrieb auf eigene Kosten einen Polen einstellen und die Qualifizierung für diesen selber übernehmen, so erhielt er dafür nicht die Genehmigung.

Du siehst, der Kreis schließt sich: ein angeblich wohlwollendes Verwaltungshandeln anfänglich - dann rapider Abbau der Möglichkeiten, hier ein legales Leben führen zu können. Das Aufteilen dieser Menschen in bürokratische Teilbereiche,

jeder die Ansicht vertritt, die einzig wahre polnische Gesinnung zu vertreten, was immer dieses auch bedeuten mag; dann noch dazu die hier tätige polnische Kirche, die nicht bereit ist, sich gesellschaftlich für ihre Leute zu engagieren - die weltberühmte polnische Solidarität, leider nur in Polen.

Das Verfahren der Arbeitserlaubniserteilung ist nach meinem Empfinden und Erkennen das Unmoralischste, Widersinnigste und Inhumanste in unserer Ausländerpolitik. Wenn man es von Anfang bis Ende logisch betrachtet, stellt es sich so dar:

Die Menschen, die aus den verschiedenen Ländern zu uns kommen, sind grundsätzlich bereit, ihre Arbeitskraft, ihr Wissen und ihr Können in unsere Gesellschaft einzubringen. Noch unter der Berücksichtigung einer kulturellen Vielfaltigkeit, die sie einbringen, könnte dieses zu einer großen Bereicherung unseres kulturellen und wirtschaftlichen Lebens einen nicht unwesentlichen Beitrag

# Man muss die Welt so nehmen, wie sie ist, aber nicht so lassen.

Ignazio Silone, italienischer Schriftsteller

wo sich jeder auf die Rechtmäßigkeit seiner Gesetze beruft, Entscheidungen trifft, die von den unabhängigen Gerichten als rechtmäßig bestätigt wurden. Viele habe ich auf diesem Weg kaputtgehen sehen, bis hin zum Selbstmord. Die ganzheitliche Betrachtung dieser Menschen findet nicht statt. Jeder hat ein Gesetz und jeder hat das Recht - das Aufenthaltsrecht, das Arbeitserlaubnisrecht, das Sozialhilferecht -, und dazwischen scheitern die Menschen.

Was bei den Polen noch erschwerend hinzu kam, war, daß sie für ihr Herkunftsland Verräter waren, da sie dieses verlassen hatten, also von daher nicht einmal eine moralische Unterstützung erhielten, noch daß sich ihr Staat auf diplomatischer Ebene für die Rechte seiner Auslandspolen einsetzte. Eine starke Lobby haben Ausländer in unserem Land durch den linken Flügel der Gesellschaft. Aber die Linken unterstützten die Polen ebenfalls nicht, da sie sie als privilegierte Renomierausländer der westlichen Ideologie betrachteten. Die stolzen polnischen Emigrantenvereine konkurrieren in einer nicht endenden Harmonie der Zwietracht gegeneinander, da

leisten. Aber wir haben umfangreiche, komplizierte gesetzliche Regelungen entwickelt, mit denen ein großer Teil absolut ausgegrenzt ist aus unserem Leben, ihnen die Möglichkeit der Teilhabe verschlossen, die sozialen Folgen auf Dauer nicht reparabel, denn Ausgrenzung geht Hand in Hand mit menschlicher Entwertung und mit dem Zerbrechen dieser Menschen, aber es führt auch zwangsläufig zu Aggressionen und Haß - die Saat, die wir säen, wird aufgehen, das Teilen in "Wir" und "Sie". Die junge Generation, die bei uns heranwächst, welches Verhältnis wird sie entwickeln zu unserem Land, was hat sie erfahren von unserem Land, die Eltern ausgegrenzt, entwertet - Identitätsbrüche -, welche Werte, welches Wissen, welchen Beitrag werden sie bereit sein, für diese, sie ablehnende Gesellschaft zu leisten? Alarmzeichen in vielen Bereichen, inzwischen nicht mehr übersehbar. Unsere Antwort - ein neues Ausländergesetz? - viel diskutiert, heiß umstritten in unserer Gesellschaft. Die Meßlatte, in vielen Bereichen höhergelegt, viele Stellen in der Gesellschaft zum Melden von "nicht legalem Verhalten dieser anderen, dieser

Ausländer" verpflichtet - selbst Sozialhilfeanspruchnahme könnte unter Umständen zur Ausweisung führen. ...

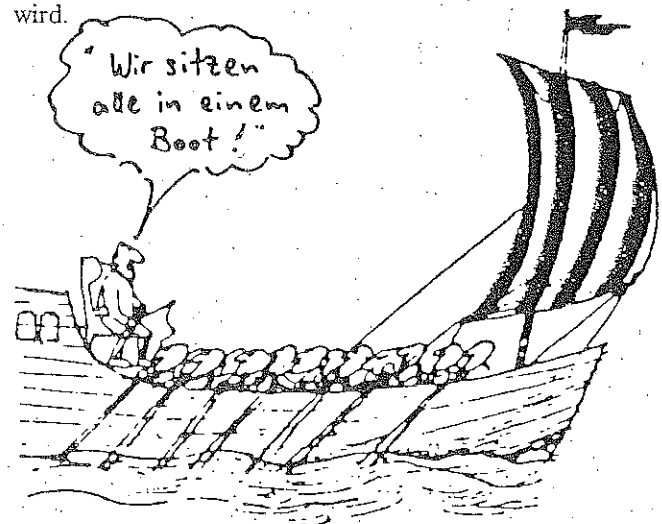
Die Pseudohumanität ist es, die mich so betroffen macht, der Umgang des Menschen mit dem Menschen, daß man alles tun kann mit ihnen und ihnen noch dazu die Schuld für die Erleidung ihres Schicksals zuweisen kann. Die Übermacht der perfekt funktionierenden Bürokratie unseres Rechtsstaates, die zur tödlichen Falle werden kann, da es aus ihr kein Entrinnen gibt, die Menschen zerbrechen läßt, die teilweise großes Leid in ihrem Lebensgepäck mittragen, nicht auslöschbare Bilder über das zurückgelassene Grauen ihrer Heimat, ihre Familien zerrissen, Familienmitglieder getötet oder verschollen, und ihre kostbaren Wertnormen - hier ohne Wert - ihre Wurzeln herausgerissen, durchtrennt. Mein Gewissen läßt sich nicht damit beruhigen, daß doch alles rechtmäßig ist in unserem Rechtsstaat - und ich frage mich, wo beginnt die eigene Schuld, wenn man es hinnimmt, daß Menschen in Länder zurückgeschickt werden, wo damit zu rechnen ist, daß sie Gefängnisse und Folter erwartet, wo eine türkische Großmutter, die das Enkelkind betreuen durfte, bis dieses sich angeblich selbst versorgen kann am Tage - abgeschoben wird, da - wie es heißt - diese die hochheiligen Belange der Bundesrepublik Deutschland beeinträchtigt. Der Richter der so ein Urteil spricht, sollte vielleicht in einer ruhigen Minute noch einmal darüber nachdenken, wie es möglich sein kann, daß eine alte Frau die Belange dieses Landes beeinträchtigen kann und welches Leid er damit in diese Familie bringt. Die Oma hatte Pech - im Gegensatz zum Beispiel zu Leistungssportlern, die innerhalb kürzester Zeit sogar die deutsche Staatsangehörigkeit erhalten können, da sie ja wichtig sind für unsere Belange. Oder wenn ein Familienvater, der einen Arbeitsplatz gefunden hat, die Arbeitserlaubnis beantragt und sein Begehren damit begründet, daß seine Kinder, seine Frau und er ja von etwas leben müßten, sonst verhungern müßten, wenn er kein Einkommen hätte, und dieses abgelehnt wird mit den Worten, er hätte nichts weiter vorzutragen gehabt als menschliche Bedürfnisse, "nichts weiter als menschliche Bedürfnisse", und dies wäre inzwischen in diesem Land kein Einzelfall, also kein Härtefall mehr, so einfach ist das.

Oft habe ich Kritik erfahren für meine Betroffenheit, für mein angeblich übergroßes Engagement für die "anderen" - eine gute Sozialarbeiterin soll Distanz herstellen zwischen sich und "denen" - ja, da mögen sie recht haben, ich kann nicht trennen zwischen ihrer und meiner Welt, zwischen ihnen und mir, zwischen ihren und meinen Kindern. Ihre Angst holt mich ein in meinen Träumen, dann befinde ich mich auf der Flucht - die Papiere fehlen mir, die Kinder gehen verloren, wir werden getrennt, auf Bahnhöfen, auf der Flucht,

im Gefängnis - Panik, Alpträumen...

Liebe Carol, was soll ich Dir nur schreiben über Ausländer in meiner Stadt - ich weiß es nicht: hunderte Wahrheiten habe ich gehört, jeder hat Recht, weißt Du, nur so wenig Toleranz habe ich gefunden. - Noch sind wir ein wohlhabendes Land, und an unseren gutbewachten Grenzen drängen sich die Hungerleider und Verzweifelten, und wir können wählen, wer für uns brauchbar, verwendbar ist, wen wir reinlassen, wen wir hierlassen, auf welche Art auch immer, denn wir haben die Macht, einzuteilen bis hin in die absoluten Negativbereiche der Sklavenarbeitsvermittler in der Grauzone - der Seximporteure für den Prostitutionsbereich, der Ex- und Hopp-Bewährungsehefrauen.

Zugegeben - mein Bericht ist rein subjektiv und spiegelt die Erfahrungen aus meinem Arbeitsbereich wider. Natürlich gibt es auch sehr viele Ausländer, denen es gut geht, die es geschafft haben in diesem meinem Land. Natürlich gibt es unter ihnen auch die, die Verbrechen begehen, in welcher Art auch immer. Diese Menschen sind wie Du und ich - vielfältig sind sie mir begegnet in all den Jahren: die Stolzen, die sich wehrten, die Resignierten, die Zerbrochenen, die Wütenden und Zornigen, die Verzweifelten, die Kinder. Mein Gott, die Kinder, welche Last habe ich sie tragen sehen, wenn sie, da sie schneller als die Eltern die deutsche Sprache erlernten, für diese bei den Behörden dolmetschen müssen. Was sagst Du einem Kind, wenn die Familie wieder ausgewiesen werden soll, wenn sie ihre Heimplätze verlieren, weil sie keine Sozialhilfe mehr erhalten, und das Kind fragt, wo sie die nächste Nacht schlafen können oder wovon sie sich Essen kaufen sollen - ja, was sagt man dann zu diesen Kindern? Ich weiß es nicht, jedesmal wieder weiß ich es nicht, ich weiß nur, daß der Tod, das Leid, die Verzweiflung, der Glaube, die Freude, die Hoffnung, das Glück, der Stolz, die Liebe, der Schmerz, die Unterdrückung, alles dieses und noch weiteres nur ein Gesicht hat, wenn es weltweit auch in verschiedenen Sprachen ausgedrückt wird.



*berichte & beispiele & berichte & beispiele & berichte & beispiele & berichte & beispiele & berichte & beispiele & berichte & beispiele & berichte*

Andreas Gerschel

## berichte &amp; beispiele &amp; berichte &amp; berspiele &amp; benchite &amp; bẽispiele &amp; berichte &amp; beispiele &amp;berichte &amp; beispiele &amp; berichte &amp; beispiele &amp; berichte &amp; berspiele &amp; berichte &amp; berspiele &amp; berichte

Nicht wie erwartet von außen kamen die Probleme, sondern innerhalb des Heimes begann eine größere Gruppe (ca. 20 Personen) rumänischer Asylsuchender, gewalttätig zu werden. Messerstechereien, sinnloses Zerstören von Zimmereinrichtungen, Rücksichtslosigkeit gegenüber den anderen Heimbewohnern mußten registriert werden. Später verlagerte sich der Aktionsradius dieser Gruppe nach außen. Es kam zu Diebstahlsdelikten, Ausschreitungen gegenüber den Dorfbewohnern, Randalen in einer Diskothek, Beschädigen von parkenden Autos. Es gab Verletzte auf der Seite der rumänischen Asylbewerber und auch auf der Seite der Deutschen, die zum Teil stationär im Krankenhaus behandelt werden mußten. Es gab sehr viele Strafanzeigen und es gab nun Angst. Angst seitens der Dorfbewohner vor "den Asylanten" und Angst seitens

der normal lebenden Asylsuchenden im Wohnheim vor einer angekündigten Rache von deutschen Rechtsradikalen. Diese Rache kam dann auch, und zwar genauso hinterlistig und brutal wie die Handlungen der auffälligen rumänischen Gruppe. Drei Asylsuchende wurden vor dem Wohnheim mit Messerschnitten verletzt und brutal niedergeschlagen. Die drei Asylsuchenden waren keine Rumänen. Es gab Strafanzeigen. Die Ermittlungen der Polizei bzw. Kriminalpolizei laufen. Im Dorf und der nahen Umgebung besteht die Meinung: Wenn die Polizei uns nicht schützen kann, müssen wir uns selber helfen. Das Dorf fühlt sich allein gelassen mit dem Problem der Gewalt auf beiden Seiten.

Woher kommt diese Gewalt? Gibt es Parallelen zwischen diesen beiden gewaltbereiten Gruppierungen? Die Verarbeitung der problematischen und sanktionierten Lebensbedingungen seitens der Asylsuchenden ist individuell unterschiedlich. Zum Beispiel bei Asylbewerbern aus Rumänien:

Rumänien ist ein Land mit großen wirtschaftlichen und politischen Problemen. Die jungen rumänischen Asylsuchenden sehen keine Lebensperspektive in ihrem Heimatland. Das bringen sie immer wieder zum Ausdruck. Das Asylverfahrensgesetz in Deutschland sichert dem Asylsuchenden zwar gewissen Mindestgarantien zu, jedoch müssen sie sich massive aufenthalts- und sozialrechtliche Einschränkungen gefallen lassen. Sicherheit finden sie hier nicht. Eine neue Existenzgründung ist im Asylverfahren nicht möglich. Die Verunsicherung in der Lebensperspektive und der sozialen Identität kann jedoch zu einer Orientierungslosigkeit führen.

Simone Roßner, Diakonisches Werk Meiningen



aus "Alltagsgeschichten": Karikaturen + Texte von David Kyungu (Tanzania) Breklumer Verlag

## Angst, Wut und das Gefühl der Hilflosigkeit...

Eine Nacht im Wohnheim Fürstenwalde / Susanne Weller

[illegible]

Als mich abends der Anruf erreichte, daß sich in Fürstenwalde "etwas zusammenbraut", die Lage schwer einzuschätzen sei, und wir mit ein paar Leuten kommen sollten, bedurfte es keiner großen Erklärungen mehr.

Bereits seit einer Woche hatten sich die Gerüchte verdichtet, daß an diesem Abend ein Überfall von 150 - 200 Rechtsradikalen auf das "Ausländerwohnheim" geplant sei.

An jenem Samstag hatte die CDU Fürstenwalde anlässlich des Tags des Flüchtlings ein Fest der Begegnung mit den Heimbewohnern auf dem Marktplatz veranstaltet. Deutsche feierten und diskutierten gemeinsam mit Ausländern. Prominente Politiker bezogen wohltuend deutlich und öffentlich Position gegen Ausländerfeindlichkeit und für das Grundrecht auf Asyl. Doch die Atmosphäre war spürbar gespannt, seit Tagen, wie mir Bernd Schumann, der Geschäftsführer des DW (Diakonischen Werkes) berichtete. Zermürbend für die Heimbewohner und auch für die Mitarbeiter. Die Polizei war informiert, ein Sicherheitskonzept vorbereitet. -

Zu dritt machten wir uns eilig auf den Weg. Zwei andere Frauen hatten sich spontan zur Mitfahrt entschlossen, beide nicht in der Flüchtlingsarbeit tätig, beide empört über die Vorfälle in Hoyerswerda, zwei, die sich "verhalten wollen".

Über Telefonkette versuchte ich schnell, noch andere zu informieren und zur Fahrt nach Fürstenwalde zu gewinnen. Nicht, um sich mit Skinheads zu prügeln, sondern um bei den Heimbewohnern zu sein, ihnen durch Anwesenheit vor Ort zu zeigen, daß Deutsche für ihren Schutz eintreten, und um den Gewalttätern zu zeigen, daß Beifall für ihr Tun die Ausnahme ist.

Schon die Ankunft am Wohnheim ließ Gefühle der Beklemmung und Wut in mir aufsteigen. Polizisten am Eingang, die Anwohner in Erwartung der Ereignisse schaulustig die Balkons ihrer Wohnungen bevölkernd, Polizeihunde nervös bellend am Zaun festgebunden. Wir gingen hinein. Herzliche Begrüßung durch die Bewohner, von den Kollegen vor Ort. Fremde Gesichter von Fürstenwalder Gleichgesinnten. Einen Teil der Heimbewohner, Mütter mit Kleinkindern, hatte man für die Nacht in den Samariter-Anstalten und teilweise in Fürstenwalder Familien aufgenommen.

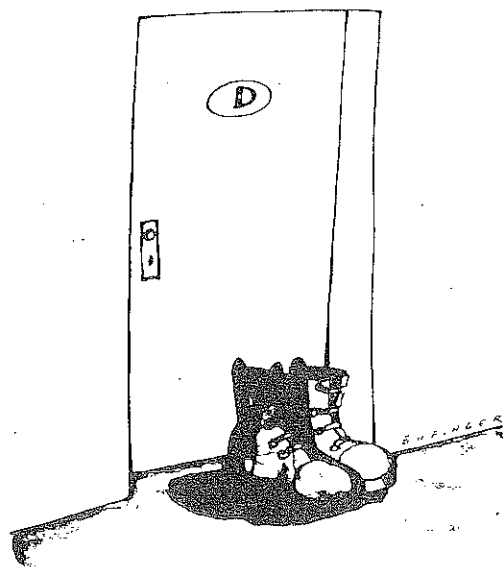
Kurz nach unserer Ankunft hatte die Polizei den Anmarsch von ca. 70 Rechtsradikalen auf das Heim verhindern können.

Draußen ist es ruhig. Es gibt Tee und Gespräche mit Heimbewohnern verschiedener Herkunft.

länder. Herr N. aus Angola, dessen Frau und die Kinder nicht im Heim übernachten, bemüht sich höflich zu sein. Ach ja, er werde auf der Straße desöfteren angepöbelt, aber es gäbe auch nette Menschen. Außenkontakte hat die Familie nur zur Kirche, sagt er, und daß er oft Heimweh hätte. Herr N. ist nervös. Zwei Kubaner bieten uns ihr Zimmer an, falls wir übernachten würden. Eine Gruppe aus Berlin trifft ein, etwa 20 junge Leute aus Leipzig, Berlin und Bochum. Der Anruf hatte sie erreicht, als gerade zur Auswertung einer gemeinsamen Reise zusammensaßen. Die Gruppe verteilt sich auf die einzelnen Häuser, in die einzelnen Flure. Die Bewohner scheinen über unsere Anwesenheit erleichtert zu sein. Gemeinsam mit Bernd Schumann laufe ich über das Gelände und wir reden mit den Polizisten. 150-200 Rechtsradikale bewegen sich in der Stadt, berichten sie. Sie kommen aus Fürstenwalde, Berlin und mehreren anderen Städten. Soviel ist bekannt. Es handelt sich folglich nicht, wie so oft behauptet, um spontane Aktionen junger Leute. Aus den Gesprächen wird deutlich, daß die Rechtsradikalen gut organisiert sind.

Sie verfügen über CB-Funk, haben ein gutes Kommunikationssystem, sind in der Lage, den Polizeifunk abzuhören.

**Verlaßt euch nicht auf Gewalt!**



aus dem Material zur Friedensdekade 1991/Werk & Feier, Fürstenwalde

Während wir an der Pforte stehen, patrouillieren einige von ihnen in wechselnden PKWs mit auffällig langen Antennen regelmäßig um das Gelände.

Ein Funkruf: Rechtsradikale sind ca. 20 km weiter auf dem Weg zum Ausländerwohnheim in Storkow. Bereitschaftspolizei wird angefordert, mit Blaulicht fahren mehrere Wagen vom Gelände. Die Hunde bellen nervös. Innerhalb weniger Minuten stehen die männlichen Heimbewohner mit Knüppeln und anderen Gerätschaften im Hof. Aufgeregt. Wir lassen uns nicht zusammenschlagen! Mir ist schlecht. Wir versuchen, beruhigend zu erklären, daß der Alarm in Storkow ausgelöst wurde. Daß alles ruhig ist. Die Bewohner gehen ins Haus zurück. Verständnis auf Seiten der Polizei für ihre Reaktion.

Die Polizisten erzählen uns von ihrer mangelhaften Ausrüstung. Nicht mal für jeden einen Helm, einen Schlagstock, nicht mal ausreichend Handschellen. Kein Funkkontakt zu Storkow, aber weitere Bereitschaftskräfte werden nach Rüdersdorf abgezogen, wo ebenfalls Polizei zum Schutz von Ausländern angefordert ist.

Der Bürgermeister ist zwischenzeitlich eingetroffen. Wir alle sind uns einig, daß es Schwerstverletzte geben würde, sollte es tatsächlich zum Aufeinandertreffen von Rechtsradikalen und Heimbewohnern kommen. Die verbliebenen Polizisten und ca. 30 Deutsche könnten wohl kaum etwas verhindern. Ich halte mich ziemlich kläglich an meiner Zigarette fest, habe Angst, fühle mich hilflos. Wie würde ich mich verhalten, wenn es "hart auf hart" käme. Von Natur aus eher feige und ungeübt im Umgang mit Baseballschlägern und ebenso wenig bereit, mich widerstandslos zusammenschlagen zu lassen.

Gleichzeitig bin ich wütend über das, was die Polizisten erzählen. Ihre Frustration ist nur zu verständlich. Es will mir nicht in den Kopf, daß es möglich ist, zum Schutz einer Atomkraftwerksruine innerhalb weniger Stunden bundesweit massive Sicherheitskräfte zusammenzuziehen, und hier, wenn es um den Schutz von Menschen geht, fehlt es an angemessener Ausstattung der Polizei. Was tun wir nächste Woche, ist die Frage. Wie schützen wir die Flüchtlinge, wenn nicht sichtbare Präsenz der Polizei die Skinheads vom Überfall abhält, fragt sich Bernd Schumann, und nicht nur er.

Für den Rest der Nacht bleibt es ruhig im Wohnheim Fürstenwalde. Bis in die frühen Morgenstunden sitzen wir zusammen in einem großen Raum, Flüchtlinge, Besucher. Tee, Kaffee, arabisches Brot und Begegnungen sich fremder Menschen in einem schwer zu beschreibenden Gefühl der Gemeinschaft.

Als ich gegen 4.30 Uhr morgens die Tür zu meiner Wohnung aufschloß, steckte mir die Angst

noch immer in den Knochen. Aber ich war zuhause. Ich mußte nicht flüchten aus meiner Heimat. Ich bin nicht Ausländerin auf der Straße, in der S-Bahn, im Supermarkt. Ich weiß, daß ich meine Zukunft hier gestalten kann. Und ich muß nicht auf engstem Raum zusammenleben mit vielen anderen Menschen, in einer Sammelunterkunft, wo Polizisten am Eingang zu meinem Schutz, eingeworfene Scheiben oder der Zaun drumherum mich nicht vergessen lassen, daß man mich hier nicht haben will. 14. 10. 1991.



### "Was soll ich denn tun?"

*berichte & beispiele & berichte & beispiele & berichte & beispiele & berichte*

Am 20. Januar war es nicht nur in der lokalen Presse zu lesen: *Welle der Gewalt am Wochenende in Thüringen*. Betroffen waren vor allem Ausländer in verschiedenen Thüringer Städten von den Gewalttaten; auch in Jena waren einige "Glatzen" nicht untätig - sie schlugen so heftig zu, daß ein junger Mann mit gebrochenem Handgelenk in die Klinik mußte. Das war nicht nur für einige seiner Freunde zuviel. Aber was tun? Wie kann man wenigstens ein Zeichen setzen gegen die zunehmende Gewalt auch in Jena? Denn einige Stadtväter sind noch immer damit beschäftigt, sich selbstgefällig auf die Schultern zu klopfen, weil es in Jena noch nicht so schlimm zugehe wie in anderen Städten (wie sie meinen). Nach der Polizei braucht man in diesen Situationen ja gar nicht erst zu fragen (obiger "Unfall" hat sich übrigens direkt vor den Türen und Augen der Polizei ereignet). Sollte man den Magistrat besetzen oder eine Kundgebung organisieren? Wie

könnten auch Bürger erreicht werden, die die Gewalt in unserer Stadt ignorieren oder verdrängen?

An einem Donnerstagnachmittag (23. 1. 92), zur besten Einkaufs- und Nach-Hause-geh-Zeit versperren etwa 40 junge Leute die Johannisstraße in der Innenstadt: sie stehen im Kreis, haben Kapuzen auf dem Kopf oder weißgemalte Gesichter. Ein Eimer voll Blut wird auf die Straße gekippt; drei Leute lösen sich laut schreiend aus dem Kreis, stürzen nieder, bleiben regungslos in der riesigen Blutlache liegen. Während wieder einige aus dem Kreis treten und langsam, schmerzhaft langsam, mit weißer Farbe die Umriss der Gestürzten und das Wort GEWALT auf die Straße malen, spricht der Studentenpfarrer über die Gewalt, die auch in Jena stattfindet, weil immer wieder Menschen sich wegdrehen, schweigen und meinen, nichts damit zu tun zu haben. Auch bei dieser Aktion eilen viel zu viele Passanten gleichgültig vorbei; manche nehmen aber wenigstens das Flugblatt mit. Bis weit in die Nacht hinein und noch am nächsten Tag brennen Kerzen neben den weißen Silhouetten auf der Straße, jemand hat sogar einen Blumenstrauß niedergelegt, und viele Menschen bleiben stehen, um das Flugblatt zu lesen:

Es fließt Blut! Auch in Jena!  
Als sie den Schwarzen schlugen,  
habe ICH geschwiegen.  
Als sie den Polen beschimpften,  
habe ICH geschwiegen.  
Als sie den Nachbarn traten,  
habe ICH geschwiegen.  
Wenn sie MICH angreifen,  
werden die anderen schweigen.

"Was soll ich denn tun?"

Ich mische mich nicht ein. Ich weiß nicht, ob mich jemand unterstützen wird.

- Angst überwinden! Miteinander reden: mit Bekannten, in der Zeitung, auf Arbeit, in der Schule.

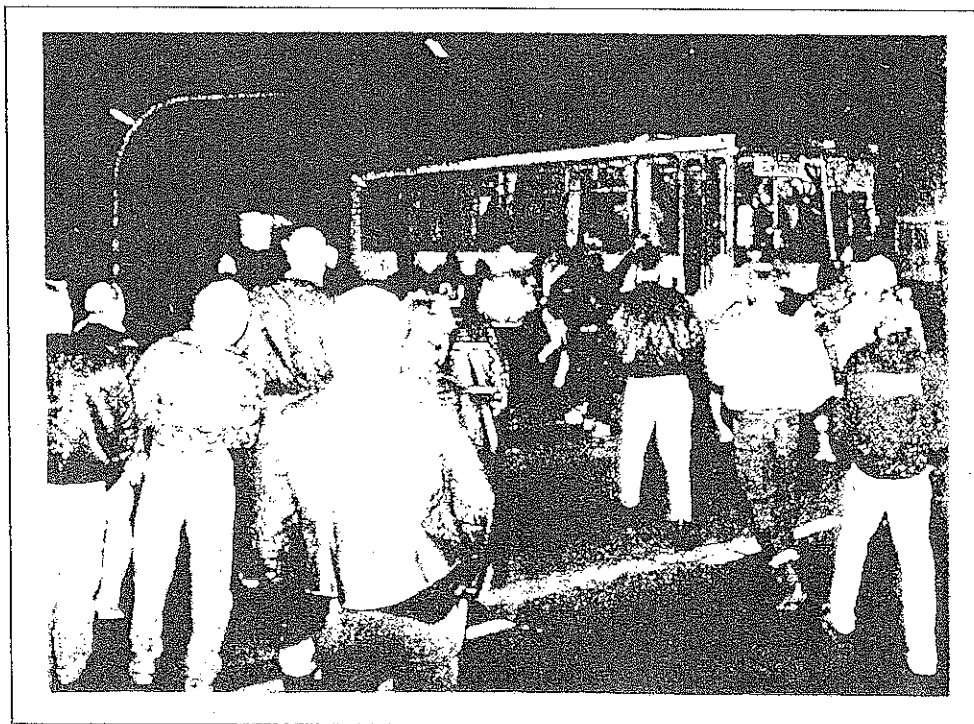
Wenn ich Zeuge von Gewalt werde:

- Nicht wegsehen! Um Hilfe rufen! Eingreifen!

Die Verantwortung tragen wir selbst!

Wir dürfen die Gewöhnung nicht zulassen!

Franziska Rohner, Cabana Jena



In Frankfurt/Oder wurde nach Abschaffung der Visumpflicht der Bus einer polnischen Reisegruppe attackiert (Foto aus IAF-Informationen/Labes)





Foto: Amme/Berlin

Obwohl die statistische Größe der ausländischen Wohnbevölkerung, die zum Teil seit vielen Jahren und Jahrzehnten in Brandenburg ansässig ist, ebenso wie die Zahl der ausländischen ArbeitnehmerInnen noch nicht eindeutig ermittelt werden konnte, ist doch unstrittig, daß die bei uns eine neue Heimat suchenden Flüchtlinge zur Zeit am meisten im Mittelpunkt des öffentlichen Interesses stehen. Und dies natürlich auch bei MitbürgerInnen, deren Interesse für andere Menschen sich in den subtilsten Formen von Rassismus und Diskriminierung erschöpft.

Nicht zuletzt deshalb besteht bereits seit über einem Jahr die Forderung einiger in der Ausländerberatung, -betreuung und -politik Erfahrener, keine Asylbewerber in die neuen Bundesländer zu verteilen, weil hier die flächendeckende Struktur von Beratungsstellen und Rechtsanwälten ebenso wie Angebote zur sozialen Integration, gegenseitigen Akzeptanz und des kulturellen Austausches noch fehle.

Dem ist mittlerweile nur noch bedingt zuzustimmen. Denn eine aktive "Gegensteuerung von Fremdenfeindlichkeit" existiert, auch wenn das ausländerpolitische Engagement in der deutschen, einheimischen Bevölkerung in den einzelnen Landkreisen des Landes Brandenburg noch unterschiedlich ausgeprägt ist. Die Einsatzbereitschaft der Kirchgemeinden ist hierbei besonders hervorzuheben.

Eine Fülle von Initiativen konzentriert sich in den Städten Potsdam, Frankfurt/O., Eisenhüttenstadt und Cottbus. Auch in Orten, die durch ausländerfeindliche Übergriffe vor allem Jugendlicher in den Negativschlagzeilen der Medien benannt wurden, kommen die Aktivitäten von Einzelpersonen und Initiativgruppen zur interkulturellen Verständigung sehr deutlich zur Wirkung.

Beispielhaft wäre das Projekt deutsch-ausländische Jugendarbeit des Initiativkreises in Wittenberge zu nennen. Hier fand im vorigen Jahr ein besonders grausamer Überfall deutscher Jugendlicher auf namibianische Lehrlinge statt. Die Situation in Wittenberge ist von einer überdurchschnittlich hohen Arbeitslosigkeit, bislang fehlenden Freizeitangeboten und Lehrstellen und der daraus resultierenden sozialen Brisanz gekennzeichnet. Der Initiativkreis Integration wurde von einem Sozialpädagogen aus Gelsenkirchen aufgebaut und arbeitet in Abstimmung mit der evangelischen Kirchgemeinde und dem "Frauen für Frauen e. V.". Im Laufe der letzten Monate wurde eine Menge erreicht:

ein Schutztelefon zur Vorbeugung von Übergriffen ist eingerichtet, im Übergangswohnheim für Asylbewerber üben sich Flüchtlinge und deutsche Jugendliche im Kraftsport und in der ehemaligen "Station Junger Techniker" wurde eine Werkstatt

eingerichtet, in der unter fachlicher Anleitung nicht ganz so junger Techniker gemeinsam Fahrräder repariert, Spielzeug und Kleinmöbel hergestellt werden. Weiterhin gibt es eine Folkloretanzgruppe und einen Nähzirkel (Kostüme!). Nicht zuletzt werden Sprachkurse angeboten. Sicher ein Höhepunkt war vor kurzem ein Fußballspiel rumänischer Asylbewerber gegen sich selbst als "rechts" einstufende Jugendliche. Schließlich "macht es keinen Sinn, den Ausländern mit Brandanschlägen gegenüberzutreten", so ein junger DVU-Anhänger.

"Begegnungswerkstätten" wie in Wittenberge entstanden auch in vielen anderen Orten (z. B. Fürstenwalde, Kremmen, Neuholland, Rathnow, Königs-Wusterhausen, Herzberg, Luckau, Eisenhüttenstadt, Wandlitz, Potsdam) mit einer Angebotsbreite von künstlerisch-kreativer Art, der

Vermittlung handwerklich-technischer Fertigkeiten bis zu Computerlehrgängen und thematischen Seminaren. Diese Projekte sind darauf ausgerichtet, vor allem Arbeitslosen und sich im Asylverfahren befindlichen Flüchtlingen die Möglichkeit sinnvoller Beschäftigung zu geben und dabei Vorurteile und Berührungängste zu überwinden.

Beratungsstellen zur sozialen und juristischen Hilfe für Ausländer sind vierorts noch im Entstehen, oft mit Hilfe Berliner Beratungsstellen, die hier langjährige Erfahrungen weitervermitteln können. Tatsächlich sind die Möglichkeiten der Rechtsberatung und des Rechtsbeistandes durch erfahrene Anwälte für Ausländer, ganz besonders aber für Flüchtlinge, regional sehr begrenzt bis völlig unzureichend. Das Engagement Westberliner Anwälte kann diesem Mangel ebenso wenig abhelfen wie die Tatsache, daß auch Mitarbeiter in den Behörden noch nicht immer über die verwaltungsrechtlichen Verfahren so gut informiert sind wie mancher Asylbewerber.

In den Kreisstädten gehören inzwischen Veranstaltungen für Erwachsene und auch für Kinder, die über die Hintergründe der sozialen Situation von Ausländern Auskunft geben sowie Integrationshemmnisse und andere spezifische Schwierigkeiten der "Fremden" nachvollziehbar machen und Lösungswege aufzeigen, zum öffentlichen

Informationsangebot.

Ein wesentliches Ziel für das Jahr 1992 ist dennoch, eine breitere Öffentlichkeit als die zumeist ohnehin für solche Themen zugänglichen Kreise zu interessieren.

Zunehmend organisieren sich BürgerInnen aus der ausländischen Bevölkerung, Arbeiter, Studenten und Flüchtlinge, in eigenen Interessenvertretungen. Der Ausländerbeirat in Eisenhüttenstadt und der sich in Gründung befindliche Ausländerbeirat Potsdam sind Beispiele für Möglichkeiten, aktiv an kommunalen Entscheidungen mitzuwirken.

Begegnungsstätten, die für alle einheimischen und zugewanderten BürgerInnen mit regelmäßigen Öffnungszeiten und festen Veranstaltungsprogrammen zugänglich sind, bedürfen auch in Zukunft der Aufmerksamkeit der kommunal zuständigen Ämter sowie der Institutionen des Landes, um die wichtige Arbeit der sich meist in einer im äußeren Rahmen unsicheren Situation befindlichen Projekte zu gewährleisten.

Ein wesentlicher Aspekt ist dafür unter anderem auch, welche Fördermöglichkeiten im Haushaltsplan des Landes Brandenburg für das Jahr 1992 angesetzt werden und in welchem starkem Maße sich Stadt- und Kreisverwaltungen veranlaßt sehen, finanzielle und strukturelle Hilfe zu leisten.

### **Statistik der AsylbewerberInnen im Land Brandenburg**

(Stand: 10. 02. 1992)

- Aufenthalt in der Zentralen Anlaufstelle (ZAST) Eisenhüttenstadt: 870 Personen
- Aufenthalt in Heimen im Land Brandenburg: 6340 Personen

### **Herkunftsländer der Flüchtlinge im Land Brandenburg**

(Stand: 20. 12. 1991)

Rumänien	2066 AsylbewerberInnen
Bulgarien	425
Vietnam	350
Türkei	292
Jugoslawien	235
Ghana	217
GUS	190
Angola	162
Indien	137
Libanon	135
Nigeria	119
Bangladesh	109

Pressemeldung dpa vom 28. 01. 1992:

*"In Brandenburg sind in 2228 auf Verwaltungsebene abgeschlossenen Asylverfahren 42 Asylbewerber als politisch Verfolgte anerkannt worden. Weitere 22 Antragsteller dürfen aus humanitären Gründen im Land bleiben. 700 Asylbewerber hätten das Land nach Ablehnung ihres Antrages durch die Anerkennungsstelle freiwillig wieder verlassen. Rund 4800 Asylanträge mußten noch bearbeitet werden."*

Aus dem Aufruf der Initiativgruppe "Wir Brandenburger Schülerinnen und Schüler sagen NEIN zu Gewalt und Rassismus"

Mit unserer Kampagne "Wir Brandenburger Schülerinnen und Schüler sagen NEIN zu Gewalt und Rassismus" wollen wir den Dialog eröffnen und fördern, wir wollen in sachlicher Diskussion Probleme aufdecken, um gemeinsame Lösungen zu finden. Weil Rassismus wie ein gefährlicher Virus in jedem Menschen, jeder Gruppe und Nation schlummert und bei kritischer gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Entwicklung verkappt oder offen wirksam werden kann, bitten wir Dich:

- \* wehr Dich, wenn in der Schule, am Ausbildungs- oder Arbeitsplatz, in Deiner Clique oder Gruppe, rassistische oder diskriminierende Entwicklungen und Sprüche laut werden
- \* widersprich, wenn gegen Ausländer gehetzt wird
- \* setze Dich gegen Gewalt ein
- \* schreibe Leserbriefe an Zeitungen, wenn einseitig oder negativ über Ausländer berichtet wird und zeige positive Beispiele auf
- \* beziehe Stellung gegenüber menschenverachtenden Witzen
- \* ruf beim Rundfunk und Fernsehen an und beschwer Dich, wenn einseitig oder negativ über Ausländer oder Deutsche berichtet worden ist
- \* hilf mit (oder mach es selber), daß ausländerfeindliche Parolen an Mauern und Gebäuden möglichst schnell wieder entfernt werden

- \* suche Kontakte (mit Deiner Gruppe) zu ausländischen Menschen in Deiner Nähe
- \* hilf mit, die "Woche der ausländische Mitbürger/interkulturelle Woche" vorzubereiten und durchzuführen
- \* überlege bitte, ob Du unsere Initiative "WIR BRANDENBURGER..." unterstützen und weiterverbreiten kannst
- \* überprüfe, ob Du mit Deinen Freundinnen und Freunden vielleicht selbst eine Initiativgruppe gründen kannst.

Auf jeden Fall aber bitten wir Dich (gemeinsam mit Deinen FreundInnen), sich nicht weg, wenn Flüchtlinge und Ausländer benachteiligt oder mißhandelt werden, stell Dich schützend vor sie. Und wenn es wirklich ganz schlimm wird, überlege schon einmal jetzt, wo Ausländer in diesem Land Asyl finden könnten und wor Du sie vor Angriffen verstecken könntest.

V.i.S.d.P. Initiativgruppe Wir Brandenburger Schülerinnen und Schüler sagen NEIN zu Gewalt und Rassismus & Arbeitsgruppe SOS-RASSISMUS Haus Villigst 584 Schwerte 5

Mehr Mut

W ä r e



gut.

## Überfall und Sport. Wie bitte?

Im Juli vergangenen Jahres trafen sich erstmals auf einem Weimarer Sportplatz Freizeitsportler aus Asien, Afrika und Europa zu einem internationalen Fußballtraining. In dieser Mannschaft, die sich FC Weimar International nennt, kicken seitdem ausländische Arbeitnehmer und Studenten sowie Deutsche aus verschiedenen Arbeitsbereichen und Altersstufen. Intention dieser "multikulturellen Körperertüchtigung"



FC International Weimar/August 91 (Training mit Sponsor)

war einerseits die Vorbereitung auf ein geplantes Kleinfeldfußballturnier, das als sportlicher Höhepunkt der "Woche der ausländischen Mitbürger/innen" im Oktober 1991 vom Büro des Ausländerbeauftragten beim Magistrat der Stadt Weimar vorgesehen war, andererseits aber die Verständigung zwischen Deutschen und Nichtdeutschen über den Sport in seinem integrativen Charakter. Allein dieses Training wurde ein solcher Erfolg, daß es letztendlich sogar räumliche Probleme gab, da das Interesse an diesem "bunten Fußballtraining" in der Öffentlichkeit ständig zunahm. Am Tag der deutschen Einheit fanden diese sportlichen Initiativen ihren Höhepunkt. Zwölf Mannschaften (u. a. auch zwei Teams von Asylbewerbern) aus drei Kontinenten kämpften gemeinsam und gegeneinander um die Plätze.

Zu diesem Zeitpunkt gab es die "Aktion für ein gewaltfreies Weimar" längst noch nicht. Diese wurde im November 1991 im Rahmen einer Zusammenkunft von Vertretern des Magistrates, von im Jugendbereich tätigen Initiativen, Vertretern der Kirche und anderen engagierten Weimärern geboren. Am 7. November 1991 wurde die "Aktion für ein gewaltfreies Weimar" aus der Taufe gehoben. Auch hier waren die positiven Zeichen, die das internationale Fußballtraining und das multikulturelle Fußballturnier in der Öffentlichkeit gesetzt hatten, noch in guter Erinnerung. Da sich die "Aktion für ein gewaltfreies Weimar" als eine Initiative gegen die Gewalt auf der Straße, aber auch in anderen Lebensbereichen versteht, mußte das Spektrum der einzubeziehenden Personen stark erweitert werden. So

wurde am 14. Dezember 1991 im Rahmen des "gewaltfreien Weimar" wieder ein Fußballturnier veranstaltet. Das Besondere: zum ersten Mal in Weimars Sportgeschichte nahm eine Mannschaft der Rechten Szene Weimars daran teil. Dem Ausländerbeauftragten, Michael Hugo, war es nach zahlreichen Gesprächen gelungen, dieser Aktion ein völlig neues Niveau zu geben: durch die Zusage der "Rechten".

Unerwartete Brisanz erhielt das Turnier durch einen Überfall von jugendlichen Rechten auf die Arbeiterwohnunterkunft der in Weimar lebenden Mocambiquaner in der Nacht zuvor. Nur Stunden später standen sich der FC International (darunter zwei der vom Überfall betroffenen Mocambiquaner) und der rechte Club des Vereins "Am Dichterweg", der sich im Interview der Presse und dem Fernsehen zuvor gegen Ausländer ausgesprochen hatte, auf dem Parkett der Fußballhalle gegenüber. Weitere Teilnehmer waren eine Vertretung der ausländischen Studierenden der HAB Weimar sowie ein Team des Magistrates Weimar.



FC International gegen Akademie Erfurt (0:3)

Zu Recht wurde am Ende der Spiele der Fair-Play-Pokal der Stadt Weimar vom Oberbürgermeister dem Sieger übergeben.

Am 15. Januar 1992 organisierte eine Weimarer Fachschule ein Hallenturnier, zu dem der FC International eingeladen wurde. Die Fußballturniere im Rahmen des "gewaltfreien Weimars" sind mittlerweile fast eine Tradition geworden, obwohl seit dem ersten Fußballtraining im Juli 1991 gerade ein 3/4 Jahr vergangen ist. Dieses Training wird seit vier Wochen in einer Turnhalle fortgesetzt. Engagiert haben sich der CVJM Weimar, der die Trägerschaft über dieses Training übernommen hat, sowie das Sportamt und der Ausländerbeauftragte des Magistrats Weimar. Starkes Interesse an diesem Training hat auch eine Gruppe rechtsradikaler Jugendlicher geäußert (einige von ihnen waren auch an dem Überfall auf das Wohnheim der Mocambiquaner beteiligt).

Im Frühjahr 1992 sind zwei weitere Fußballturniere geplant, an denen Ausländer und Deutsche verschiedener politischer Richtungen teilnehmen werden. Auch zur "Woche der ausländischen Mitbürger/innen" wird es wieder ein großes buntes Fußballturnier am Tag der deutschen Einheit geben. Sportler verschiedener Hautfarben, Religionen und Kulturen werden sich gemeinsam auf die Jagd nach dem Leder begeben.

Heiner Kraft

### Die Aktion "Gewaltlos leben" in Thüringen

*"Ich verpflichte mich zu einem gewaltlosen Leben".*

So lautet der erste Satz des Gründungsdokumentes, in dem Ziele, Hoffnungen und Wünsche der 1984 um den Langenschader Pfarrer Jo Winter gegründeten Gruppe in Form von zehn Geboten formuliert sind. Das Papier, in dem Gedanken von Martin Luther King von Gerechtigkeit, Menschenwürde und Frieden aufgenommen sind, zog bereits nach kurzer Zeit die Aufmerksamkeit der "Firma" auf sich. 1986 organisierte "Gewaltlos leben" seine antimilitaristische Arbeit in verschiedenen Sachgruppen, so z. B. zu juristischen, Menschenrechts- und Umweltfragen. Wie Pfarrer Winter berichtet, engagieren sich gegenwärtig ca. 200 Leute in ganz Deutschland innerhalb der Aktion.

Vor der "Wende" machte die Gruppe u. a. mit ihrem antimilitaristischen Kabarett "Amika" und ihren Umweltaktionen (u. a. 15 Klagen gegen Umweltdelikte) auf sich aufmerksam. Aber auch danach blieb der Kern der Gruppe seinen Idealen treu. Gewaltfrei leben heißt für sie auch: ohne Militär. Im Juli 1990 hielten Mitglieder und Sympathisanten das Friedenszeichen vor einem Wehrkreiskommando in Saalfeld. Als Symbol für "Armee gibt auf" geschah das von da an allförltäglich um 17 Uhr. Mehrere junge und ältere Leute hielten Mahnwachen. Nachdem der Leiter des Objekts, ein Oberst der NVA, zunächst seine Zustimmung zu der Aktion gegeben hatte, revidierte er seine Meinung später gründlich. Die weiße Fahne verschwand von da an ebenso regelmäßig wieder, wie sie geißt wurde.

Nachahmer der Aktion gab es in Jena und Oldenburg. Die Aktion fand Ende 1990 ihren vorläufigen Abschluß, nachdem der neue Leiter des "Verteidigungskreiskommandos" versichert hatte, daß er und seine Dienststelle ausschließlich für den Zivilschutz und Repräsentationszwecke da sind.



Eine neue Aktion der Gruppe, die sich gegen Tiefflüge der Luftwaffe über Saalfeld richtet, beginnt im Herbst 1991 mit eigenen Fahnen, Spruchbändern und Transparenten. "Tiefflüge töten. Tiefflüge stoppen!" heißt das Motto. Unterstützung erhält die Aktion von Kreistagsabgeordneten, die mehrheitlich ein Schreiben an Ministerpräsident Duchac verabschiedeten und ihn darin bitten, sich im Bundesrat für ein Tiefflugverbot in Thüringen einzusetzen. Seit Anfang dieses Jahres ist der Lärm der Tiefflieger über Saalfeld vorerst verstummt...

Obwohl die Mahnwachen erstmal beendet sind, ist geplant, daß am 14. März Vertreter der Gruppe aus ganz Deutschland nach Bonn fahren, um im Verteidigungsministerium noch einmal nachdrücklich die Einstellung aller Tiefflüge sofort und überall zu verlangen.

Pfarrer Winter ist optimistisch, was die Zukunft der Gruppe angeht. "Man engagiert sich wieder", sagt er. Für den Pazifisten ist es keine neue Erfahrung, weiterhin zwischen allen Stühlen zu sitzen.

Im Frühjahr soll in Berlin eine weitere Sachgruppe ins Leben gerufen werden.

(Quelle: "Glaube und Heimat" v. 2. 2. 92)

Aus dem AUFRUF zum Friedensgebet am 28. Oktober 1991 in der Leipziger Nikolaikirche:

...Wir möchten eine "Kette gegen die Gewalt" und gegen das Auseinanderbrechen der Zusammengehörigkeit der Menschheit bilden. Wir suchen Menschen, die bereit sind, sich zum Schutz von Ausländern vor ein Wohnheim bzw. um ein Lager zu stellen, wenn Gefahr droht. Den Menschen in den Heimen und auch anderen deutschen Mitbürgern wollen wir zeigen, daß auf der Seite der Ausländer auch ein Teil der deutschen Bevölkerung steht. Dies bedeutet, gewaltlos gegen die Gewalt und den Haß aufzustehen. Nicht mehr schweigen, sondern auch gemeinsam Protestaktionen (Demonstrationen) - falls es zu einem Angriff auf ein Heim oder eine Gruppe von Ausländern gekommen ist - durchzuführen. Wir wollen ein Telefonnetz aufbauen, damit wir uns untereinander schnell verständigen und in kurzer Zeit möglichst viele Menschen informieren können. Es gibt eine begrenzte Anzahl von Erstadressen, die im Falle einer Notsituation, zum Beispiel von der Heimleitung eines Asylheimes, angerufen werden können. Diese geben die Informationen dann weiter, die wiederum benachrichtigen die nächsten und kommen zum Ort des Geschehens. So könnte eine "Kette gegen Gewalt" - eine "Kette der Liebe" entstehen.

Dieser Aufruf ist der 1. Schritt gewesen, um eine Aktion gegen die zunehmende Gewalt gegenüber Ausländern einzuleiten. Die katholischen Gemeinden haben sich diesem Aufruf angeschlossen, auch Pax Christi. Dadurch haben wir ca. 200 Adressen erhalten, von Menschen, die bereit sind, sich dieser Aktion anzuschließen. Dazu kommen weitere Vertreter von Gewerkschaften und anderen Gruppen.

In einem 2. Schritt wurde am 18. Februar 1992 in einem Gesprächsabend über unsere Erwartungen von gewaltfreien Aktionen gesprochen. Es wurde über persönliche Motive, die Formen und Folgen des Handelns miteinander nachgedacht.

In einem 3. Schritt werden die Heime besichtigt und Kontakte zu den Asylbewerbern gesucht.

Wir stehen momentan vor dem 4. Schritt, indem wir Formen des gewaltfreien Widerstandes in einem Seminar praktisch einüben wollen. Aus diesem Seminar soll sich auch ein Kreis von Verantwortlichen herauskristallisieren, die bei einem Einsatz die Leitung übernehmen können. Wir halten die Einübung von gewaltfreiem Widerstand für dringend notwendig, um unsere ausländischen Mitmenschen zu schützen, und hoffen, daß sich andere Gruppen von unserem Versuch, eine "Kette gegen Gewalt" aufzubauen, anstecken lassen.

Dieter Braun



Was verbindet wirklich? (Foto: Amme)

"We have a good feeling here"  
Multikulturelle Abende in Leipzig-Grünau

Ich fahre zu meiner Tante nach Amerika und nehme mit einen Koffer, einen Hut, ein Auto, ein Paar Schuhe. 22 Personen aus 10 Ländern spielen ein altes Kinderspiel und versuchen, sich der deutschen Sprache zu bemächtigen. Als Y. aus Afghanistan an die Reihe kommt, beginnt er mit gebrochenem Deutsch und breitem Grinsen: "Ich fahre nicht nach Amerika, denn ich habe keine Tante dort und kein Auto und keinen Hut." Das Spiel endet im Gelächter.

Seit Mitte Oktober 1991 gibt es die gemeinsamen Abende mit Asylbewerbern und Deutschen in der St. Martinskirche in Leipzig-Grünau. Ein ökumenisches Unternehmen, das getragen ist von der Herrnhuter Gemeinde und der Grünauer evangelischen und katholischen Kirchgemeinden. Jeden Montagabend treffen sich etwa 20 - 30 Personen, davon meist mehr als die Hälfte Asylbewerber aus dem nahegelegenen Asylbewerberwohnheim. Gemeinsam wird besprochen, wie die Abende gefüllt werden sollen.

Bunt war bislang das Programm; Asylbewerber berichteten über die Situation in ihrem Heimatland - über den Iran, über Algerien, Liberia, Zaire, Äthiopien. Es gab Informationen über das Asylverfahren, darüber, wie man sich zu verhalten hat, wenn man abgelehnt wird. Abende gab es mit Sprach- und Gesellschaftsspielen. 14tägig haben wir nun "deutsche Abende" eingeführt, an denen nur in deutscher Sprache geredet werden soll. Zwei bis drei Stunden dauert ein Abend, viele kommen regelmäßig. Kürzlich fragte ich, warum sie kommen: "Weil es mir gefällt", sagte K. aus Bulgarien.

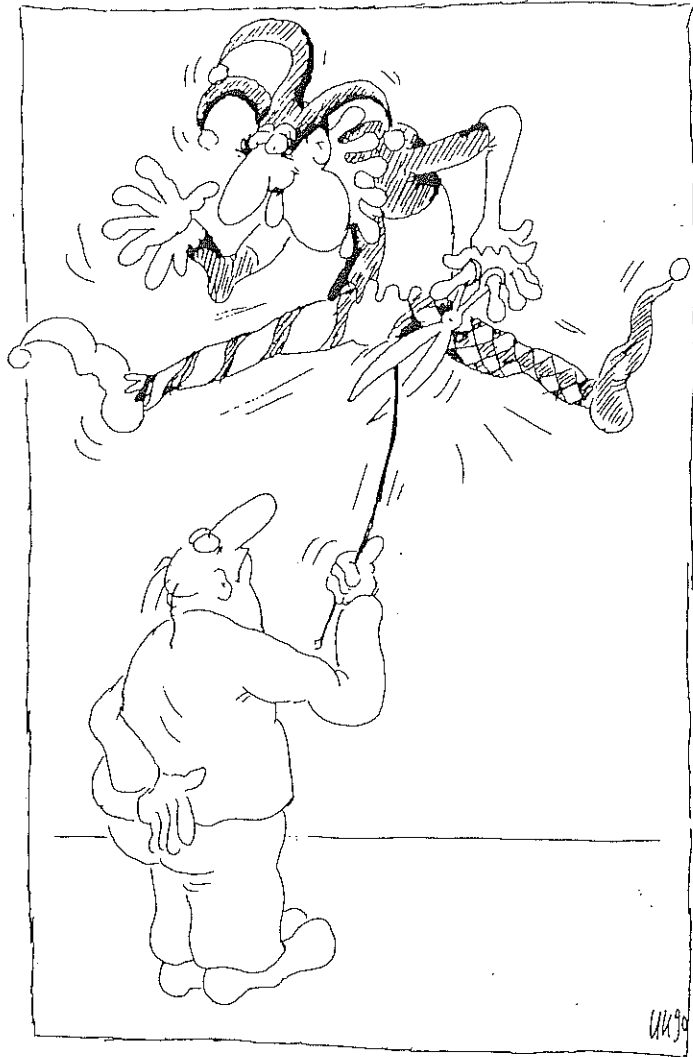
#### Der heiße Herbst in Leipzig-Grünau

In Leipzig-Grünau sind etwa 300 Asylbewerber untergebracht. Anfang 1991 kamen die ersten an. Früher wohnten in dem Asylbewerberwohnheim Vietnamesen. Das

Haus wurde umfunktioniert, als die Stadt - laut Einigungsvertrag - ihre Kontingente zugewiesen bekam (insgesamt soll Leipzig 1.600 Asylbewerber unterbringen).

Das Asylbewerberwohnheim steht mitten in Grünau, einer 100 000 Einwohner zählenden Satellitenstadt am Süd-West-Rand Leipzigs. Fünf- bis zehnstöckige schachbrettartig angeordnete und langgezogene Häuserreihen sowie einige Hochhäuser prägen den Charakter der 12 Jahre alten Wohnstadt. Grünau ist nicht mehr die "grüne Au" von früher, sie ist zur grauen Au geworden: enges Wohnen, wenig Grünflächen, viele Autos, kaum Kinderspielflächen - Grünau ist Hoyerswerda nicht unähnlich.

Dann kam der heiße Herbst 1991. Die Rechten warfen Molotow-Cocktails, Sympathisanten unterstützten sie johlend, klatschend, auffordernd zu Hunderten. "Wenn einer ein Feuer legt, lege ich noch einen Scheit dazu", und die aufgebrachte Menge verlangte in einem Bürgerforum in der St. Martinsgemeinde klare Handlungen. Das tat die Stadt dann auch und verlegte 200 Roma in einer Nacht- und Nebelaktion an den Rand der Stadt.



Karikatur: Uwe Krause

### Das Feld nicht den Rechten überlassen

Wir wollten etwas dagegensetzen, und pragmatisch sollte unser Vorgehen sein. Es standen uns drei Schritte vor Augen. Als erstes nahmen wir Kontakt zu den Asylbewerbern auf. Beziehungen sollten wachsen zu den im Ghetto lebenden Asylbewerbern aus 28 Ländern. Wir stellten fest, daß viele keinen Kontakt zu Deutschen haben. Viele nahmen uns bei Kaffee und Tee gastfreundlich auf. In einem zweiten Schritt luden wir sie zu einem gemeinsamen Abend in die 800 m entfernte St. Martinsgemeinde ein. Zwei von uns holten sie über längere Zeit ab. Einige hatten Angst, als Ausländer erkannt und niedergeschlagen zu werden. In einem dritten Schritt versuchten wir, die Verantwortung für die Abende zu teilen. Asylbewerber und Deutsche begannen, Verantwortung für den Abend zu tragen. Heute ist der Charakter der Abende so, daß nicht wir etwas für die Asylbewerber tun, sondern wir erleben den Abend als unseren gemeinsam getragenen Abend.

### Multikulturelle Abende

*"Wir lernen etwas über die anderen Menschen und Kulturen, mit denen wir zusammenleben",* sagt ein Liberianer. Wir tauschen uns aus und *"es ist der einzige Platz, wo ich sagen kann, was ich denke"*, fügt ein Äthiopier hinzu. So wird auch die deutsche Sprache geübt, *"wir versuchen zu lernen"*, *"sonst gibt es nicht viele Möglichkeiten"*. Hier wurde die *"Basis für Freundschaften gelegt, zu Deutschen und zu anderen Asylbewerbern"*. Eine Facette von unterschiedlichen Erfahrungen wird geschildert. Wir wissen, wir erreichen nur etwa 15 % der Asylbewerber in Grünau, und an den Ursachen der Probleme ändern wir nicht viel. Es bleibt ein Tropfen auf den heißen Stein. Und trotzdem wollen wir diese kleine Brücke bauen und diese kleine Bank zum Verweilen anbieten.

### Noch kein Thema für die Kirchen

Asylbewerber sind noch kein Thema im Zentrum der Kirchen. Einzelne und einige Gruppen sind inzwischen wach geworden. Doch wir siedeln uns noch am Rande an. Wir setzen auf Zeit. Die Kirchen müssen den Ort ihrer gesellschaftlichen Verantwortung neu definieren. Wir wollen dazu unseren Beitrag leisten. Wir haben Spaß an diesem Einsatz und hoffen noch auf viele Freunde und Mitstreiter. Noch sind wir zu wenige angesichts des großen Problems - es gilt, konkrete Friedensarbeit zu leisten.

Johannes Fischer

### Predigt zum Abschluß der ökumenischen Prozession gegen Ausländerfeindlichkeit am Buß- und Bettag 1991 auf dem Platz der Akademie in Berlin von Superintendent Lothar Wittkopf aus Berlin-Kreuzberg:

Das ist klar, liebe Freundinnen und Freunde, der Schutz des Fremden ist Gottes Gebot! *"Wie ein Einheimischer aus eurer Mitte soll der Fremde gelten, der bei euch wohnt; du sollst ihn lieben wie dich selbst; denn ihr seid auch Fremdlinge gewesen in Ägyptenland. Ich bin der Herr, euer Gott"* (3. Mose 19, 34). So die Weisung an Israel im 3. Buch Mose - in dem Buch der hebräischen Bibel, das sich mit dem Zentrum des jüdischen Lebens befaßt, dem gottesdienstlichen Kultgeschehen. Aus diesem Zentrum heraus wird entfaltet, daß auch das alltägliche Leben von der Heiligung Gottes umfaßt ist und wie sich das auswirkt: *"Wie ein Einheimischer aus eurer Mitte soll der Fremde gelten, der bei euch wohnt!"*

Die Predigt Jesu nimmt das jüdische Gebot auf und macht es zu einem der entscheidenden Gesichtspunkte für das Leben, das vor Gott Zukunft hat. In den Seligpreisungen der Bergpredigt wird den Ärmsten der Armen das Gottesreich verheißen. Matthäus unterstreicht diese Verheißung gegen Ende seines Evangeliums. An ganz her

ausgehobener Stelle, unmittelbar vor dem Bericht von der Passion Jesu, gibt er einen Blick frei auf das Ende aller Tage. Die geschenkte Einsicht heißt: nicht nur das Hören des Jesus-Rufes zur Umkehr, sondern das Handeln im Geiste Jesu ist entscheidend. Der Menschensohn, der Messias, der Herr dieser Schöpfung wird feststellen, ob zutrifft: *"Ich bin ein Fremder gewesen, und ihr habt mich aufgenommen"* (Mt 25, 35). Die Gerechten, die Unbescholtenen werden sich schwer tun zu verstehen. Sie werden ihre Fragen haben und ihre Arglosigkeit ausgiebig erklären: Wann haben wir dich als Fremden gesehen? Die Antwort läßt nicht auf sich warten. Sie ist schon heute zu haben: Was ihr getan habt für die Hungernden und Durstenden, für die Mittellosen, die Kranken und Gefangenen und - zentral in die Mitte gestellt - *"was ihr getan habt für die Fremden unter euch, das habt ihr mir getan"* (Mt. 25, 40). So klar ist es: der Schutz des Fremden ist Gottes Gebot! Aber es genügt nicht, daß wir das wissen. Es genügt nicht, daß wir das in unseren Gottesdiensten be-

kennen. Es ist nicht getan mit den Erklärungen unserer Synoden und Bischöfe. Gottes Gebot will bewahrt sein durch unser Tun und Leben.

*"Ich bin ein Fremder gewesen, und ihr habt mich aufgenommen"* - das fängt damit an, daß wir uns selbst einlassen und an die Seite von Flüchtlingen und Ausländern stellen. Damit fängst es an, daß wir in all unseren Lebensbezügen für den Schutz des Fremden, für wirkliches Zusammenleben mit Ausländern eintreten. Das wird uns aussetzen dem Widerspruch und offener Feindschaft. Wer sich heute dem nicht aussetzen will, setzt sich nicht ein für die Achtung von Gottes Gebot. Christinnen und Christen können nicht hinnehmen, was in diesen Wochen zu Tage kommt an Gewalt und Haß gegen Flüchtlinge und schon lange hier lebende Ausländer. Flüchtlinge werden bei ihrem Leben bedroht, werden zu Gejagten gemacht und sind der rassistischen Raserei ausgeliefert. Die Politik nimmt sich Zeit zu Diskussionen und ignoriert die Not von Menschen durch Behördenabläufe. Ein junger Berliner, Mete Eksi, der hier zuhause war und doch auch türkisch - die Sprache seiner Eltern - sprach, wird mitten in der Stadt totgeschlagen. Christenmenschen können nicht wegsehen, nicht unbeteiligt bleiben, denn hier wird Gottes Gebot mißachtet und verletzt.

Gott möge uns neu darin bestärken,

- \* überall zu widersprechen, wo Flüchtlinge und Ausländer herabgesetzt werden;

- \* zu informieren und Fakten zu beschaffen, wo Unkenntnisse sind und falsche Behauptungen geäußert werden;

- \* uns an die Seite von Flüchtlingen und Ausländern zu stellen, wo ihnen Haß entgegenschlägt und Verfolgung angedroht ist;

- \* uns schützend vor sie zu stellen und Hilfe zu leisten, wo Gewalt gegen sie gerichtet wird.

*"Ich bin ein Fremder gewesen, und ihr habt mich aufgenommen"* - das heißt auch, daß wir in den Kirchen und Gemeinden, aus welchen wir kommen, das Gespräch zu diesen Fragen führen.

Der Schutz der Flüchtlinge und Ausländer gehört zum Zentrum des kirchlichen Auftrages. Es ist wichtig, daß wir das Netz der Gruppen und Gemeinden, die sich hier engagieren, verstärken und ausbauen. Für Gefährdete, Verfolgte und von Abschiebung Bedrohte muß es weiter Aufnahme und Asyl in der Kirche geben. Der Arbeitskreis "Asyl in der Kirche" gibt Informationen und berät Gemeinden, die sich an der Asylarbeit beteiligen wollen. Der Arbeitskreis ist zu erreichen über die Heilig-Kreuz-Gemeinde in Kreuzberg.

Es ist klar: Der Schutz des Fremden ist Gottes Gebot. Vielleicht ist es uns wirklich klar. Aber vielen Menschen in dieser Stadt und in diesem Land ist dies offenbar nicht klar oder unerheblich. Es ist den Verantwortlichen in den Regierungen, in den Parlamenten und Verwaltungen offenbar nicht klar oder nicht bedeutsam. Es ist den Parteien zu wenig Verpflichtung, auch nicht dort, wo sonst gerne Bezug genommen wird auf die christlichen Werte.

Laßt uns darum streiten und dieser Klarheit aufhelfen in unserer Gesellschaft. Wir wissen, daß es dabei schon jetzt und heute um einen Anfang des Gottesreiches geht:

*"Ich bin ein Fremder gewesen, und ihr habt mich aufgenommen."*

Amen.



Karikatur: D.Kyungu

## "Wann ist ein Mann ein Mann?"

Gewalt und was man(n) dagegen tun kann

Was ist ein "richtiger" Mann? Was für Eigenschaften muß er haben? Überlegen Sie mal kurz, was Ihnen dazu einfällt. Gesprächsfähig, hilfsbereit, zärtlich, sensibel, mitfühlend ...? Wahrscheinlich gehört für Sie, wie für die meisten Menschen, Kraft und Stärke und auch eine gewisse Härte zu einem "richtigen Mann". Wer kennt nicht solche Sprüche wie *"Jungen weinen nicht"* (Wieso eigentlich nicht? Was tun sie stattdessen?) und *"Das ist ja ein Waschlappen"* (Was soll ich mir darunter eigentlich vorstellen? Waschlappen finde ich ganz hilfreich.). Mit solchen Sprüchen und einem solchen Rollenbild wachsen jedenfalls Männer in unserer Gesellschaft auf.

Ein Beispiel für die geschlechtsspezifische Sozialisation will ich geben: In der U-Bahn habe ich zwei sechsjährige Jungen beobachtet, die sich halb ernst, halb spielerisch - aber sehr gekonnt - prügeln. Was ich erst in einem Selbstverteidigungskurs lernte, wußten sie schon mit ihren sechs Jahren, daß z. B. Schläge in die Nieren sehr schmerzhaft sind (Wer bringt ihnen das eigentlich bei?). Unvorstellbar, daß Mädchen sich genauso technisch perfekt schlagen. Oft wissen erwachsene Frauen ja noch nicht, wie sie eine Faust richtig ballen (Achtung: Daumen nach außen, sonst ist er nach dem ersten Schlag futsch).

Zur Erziehung der Männer zu Männern schreiben die Soziologinnen Cheryl Benard und Edit Schlaffer: *"Die eine Hälfte der Bevölkerung wird abgehärtet, zu Kampfbereitschaft und Abenteuerlust angeregt, ihre Empfindungen und Sensibilitäten werden systematisch abgestumpft und ihre Bereitschaft und Motivation,*

*die Geschlechtsidentität 'männlich' anzunehmen und zu verinnerlichen, wird gefördert durch die Vermittlung der Überlegenheit dieser Rolle gegenüber der anderen."* (Der Mann auf der Straße, 1980, S. 262)

Mich verwundert aufgrund der geschlechtsspezifischen Sozialisation nicht, daß die Gewalttäter, die seit einiger Zeit verstärkt auftreten, mit wenigen Ausnahmen Männer sind. Was dagegen tun?

Das ZDF stellte vor einigen Monaten mit dem Film "Das Ende des Faustrechts - jugendliche Gewalttäter üben die Friedfertigkeit" das Anti-Aggressions-Training vor. Dieses Training wurde von dem Sozialpädagogen Dr. Jens Weidner entwickelt. Nach Studienreisen in den USA brachte er die Idee mit entwickelt ein Konzept für jugendliche Straftäter in der Jugendhaftanstalt Hameln. Die Teilnahme an dem Training ist absolut freiwillig. Praktisch sieht es ungefähr so aus: Mehrmals in der Woche trifft sich eine etwa siebenköpfige Gruppe zu mehrstündigen Sitzungen. Beteiligt sind neben den Inhaftierten Dr. Weidner, ein Mitarbeiter des Gefängnisses und ein oder zwei

ehemalige Absolventen des Anti-Aggressions-Trainings.

Innerhalb eines Zeitraumes von einigen Monaten wird der Gewalttäter mit seiner Tat und den Folgen für das Opfer konfrontiert. Er muß sich damit auseinandersetzen, daß er in dieser und in vielen anderen Situationen nicht anders als mit Gewalt reagieren konnte. Die Sprachlosigkeit, mit der einzelne auf die (gestellten) Provokationen reagierten, weil sie offensichtlich nicht gelernt hatten, sich verbal zu verteidigen und abzugrenzen, hat mich erschreckt. Hinter der Teilnahme an dem Training, für das die jungen Männer durchaus auch die Hänseleien der übrigen Inhaftierten einstecken müssen, steckt aber oft schon diese Einsicht. *"Das darf mir nicht nochmal passieren. Das nächste Mal kriege ich dann zehn Jahre und muß nach Celle"*, sagte ein Teilnehmer. Für diese Einsicht muß man aber offensichtlich schon gewisse Erfahrungen mit Gewalt hinter sich haben; die 16- bis 18jährigen Jugendlichen sind noch nicht bereit umzulernen. Erst mit 19, 20 Jahren melden sich die jungen Männer zu dem Training an.

Dr. Weidner faßt die Teilneh-



Graffiti im Prenzlauer Berg (Foto: Amme)

mer nicht zimperlich an. Die harte und direkte Konfrontation ist vielleicht auch der angemessene Weg, um diesen "harten Kerls" zu zeigen, was sie mit ihrer Gewalt angerichtet haben. Der Erfolg gibt Jens Weidner jedenfalls recht: Bisher ist noch kein Absolvent des Anti-Aggressions-Trainings rückfällig geworden. Neben der Konfrontation mit der Tat und den Folgen für das Opfer steht eine zweite Konfrontation. Praktisch alle Täter waren als Kinder Opfer von Gewalt. Viele sind von ihren Eltern mißhandelt worden. Häufig ist auch die Situation, daß der kleine Junge mit ansehen mußte, wie sein Vater seine Mutter schlug; als er dann groß genug war, konnte er seinerseits den Vater mit Gewalt davon abhalten, die Mutter zu schlagen. Gewalt wurde hier also als etwas Positives erlebt. Die Erfahrung von Gewalt als Konfliktlösungsstrategie haben alle gemeinsam. Hier den Täter mit der eigenen Opfersituation zu konfrontieren, kann den Ausbruch aus dem Teufelskreis der Gewalt bedeuten und ein Umlernen und Neulernen bewirken.

An dem Konzept von Jens Weidner überzeugt mich der Ansatz, daß Männer sich mit Männern auseinandersetzen und daß "Ehemalige" miteinbezogen sind. Die Opfer selber sind nur indirekt an der Therapie beteiligt (z. B. ein aufgenommenes Interview, Berichte von Dritten über den Gesundheitszustand des Opfers).

Dieses Anti-Aggressions-Training ist ein nachahmenswertes Modell, um die Rückfälligkeit der Gewalttäter wirksam zu verringern. Es fehlt m. W. leider noch an tragfähigen Konzepten, wie die Ideen dieses Trainings in die Präventivarbeit übernommen werden können. Es fehlt aber auch generell eine emanzipatorische Jungen- und Männerarbeit, die Jungen und Männer bei ihrer Suche nach einem neuen Rollenverständnis unter

stützt. Es ist selbstverständlich wichtig, mit einzelnen Gewalttätern zu arbeiten, wie es im Anti-Aggressions-Training geschieht. Abschließend möchte ich aber betonen, daß die Gewaltbereitschaft (von Männern, besonders von Männergruppen) ein strukturelles Phänomen ist. Es gilt allgemein, was Renate Rieger zur Gewalt speziell gegen Frauen festhielt: *"Die Auseinandersetzung um Gewalt (gegen Frauen) kann nur auf dem Hintergrund einer Patriarchatsanalyse angemessen geführt werden. Patriarchale Gesellschaften sind charakterisiert durch ein hierarchisch strukturiertes (Geschlechter-)Verhältnis, das offene und verdeckte Gewalt produziert. Gewalt (gegen Frauen) ist als ein Aspekt dieses Herrschaftsverhältnisses und nicht einfach als Handeln eines Individuums zu interpretieren."* (Wörterbuch der feministischen Theologie, 1991, S. 153; alle Klammern von mir, A. R.)

Antje Röckemann

Nachtrag: Am 11. 2. 92 war im Tagesspiegel eine kurze Nachricht, daß jetzt auch in Berliner Gefängnissen ein Anti-Aggressions-Training angeboten wird. A. R.



## DIE GEWALT

Die Gewalt fängt nicht an  
wenn einer einen erwürgt  
Sie fängt an  
wenn einer sagt:  
"Ich liebe dich:  
Du gehörst mir!"

Die Gewalt fängt nicht an  
wenn Kranke getötet werden  
Sie fängt an  
wenn einer sagt:  
"Du bist krank:  
Du mußt tun was ich sage"

Die Gewalt fängt an  
wenn Eltern  
ihre folgsamen Kinder  
beherrschen  
und wenn Päpste und Lehrer und  
Eltern  
Selbstbeherrschung verlangen

Die Gewalt herrscht dort  
wo der Staat sagt:  
"Um die Gewalt zu bekämpfen  
darf es keine Gewalt mehr geben  
außer meiner Gewalt"

Die Gewalt herrscht  
wo irgendwer  
oder irgend etwas  
zu hoch ist  
oder zu heilig  
um noch kritisiert zu werden

oder wo die Kritik nichts tun darf  
sondern nur reden  
und die Heiligen oder die Höheren  
mehr tun dürfen als reden

Die Gewalt herrscht dort wo es heißt:  
"Du darfst Gewalt anwenden"  
aber oft auch dort wo es heißt:  
"Du darfst keine Gewalt  
anwenden"

Die Gewalt herrscht dort  
wo sie ihre Gegner einsperrt  
und die verleumdete  
als Anstifter zur Gewalt

Das Grundgesetz der Gewalt  
lautet: "Recht ist, was wir tun.  
Und was die anderen tun  
das ist Gewalt"

Die Gewalt kann man vielleicht nie  
mit Gewalt überwinden  
aber vielleicht auch nicht immer  
ohne Gewalt.

Erich Fried

## Anregungen für praktische Aktionen

Wenn sich eine Jugendgruppe mit dem Thema "Gewalt" beschäftigt, kann sehr schnell der Wunsch entstehen, dieses Thema "öffentlich" zu machen. Bei guter Vorbereitung einer "Aktion" sollte man sich auch nicht scheuen, aus der kirchlichen Öffentlichkeit auf die Straße und Marktplätze hinauszutreten.

Zuerst nun noch ein paar allgemeine und kurze

### Hinweise zur Vorbereitung einer Aktion:

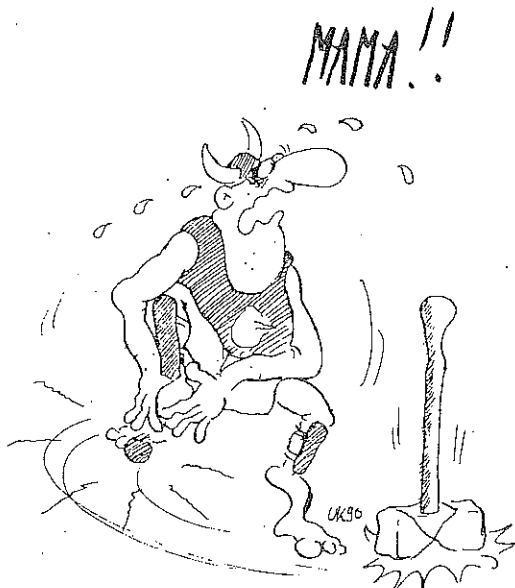
1. Welches ist das entscheidende Problem, das uns beschäftigt? Was soll verändert werden?
2. Warum gibt es dieses Problem? Wie ist es entstanden?
3. Was können wir konkret dagegen tun? Was ist das Aktionsziel?
4. Wie sollen wir vorgehen, um das Ziel zu erreichen? Welche Methoden können wir wählen?
5. Welches sind die Ergebnisse?
6. Was hat die Aktion bewirkt?

### Organisatorische und pädagogische Hinweise:

1. Eine Aktion muß gut vorbereitet sein.
2. Sie erfordert viel Zeit, darf aber nicht zu lange dauern, sonst erlischt die Begeisterung.
3. Beratung ist notwendig.
4. Die Ziele dürfen nicht zu hoch gesteckt sein. Können sie nicht erreicht werden, ist die Enttäuschung groß.
5. Die Presse kann eingeschaltet werden.

### 4 Schritte zur Vorbereitung und Durchführung:

1. Sehen (Wo wird das Thema sichtbar?)
2. Beurteilen (Was können wir tun?)
3. Handeln (Wie bereiten wir die Aktion vor und wie führen wir sie durch?)
4. Auswerten (Was haben wir erreicht?)



Karikatur: Uwe Kraeusel

Hier einige Anregungen für Aktionen, die in der "Öffentlichkeit" sehr effektiv sein können:

### 1. AKTIONS-TRIP

Beschreibung: Mit dieser Methode will man die Öffentlichkeit verblüffen, Kopfschütteln verursachen, zum Nachdenken anregen.

Bei einem Gespräch stellt eine Gruppe fest, es sei eine Aktion wert, in der Öffentlichkeit auf ein bestimmtes Problem hinzuweisen. Die Teilnehmer überlegen sich nun, wie sie ihr Problem effektiv, ohne viel Material und ohne viele Worte darstellen können. Der Phantasie sind keine Grenzen gesetzt. Wichtig ist nur: auf das Anliegen muß durch überdeutliches Handeln aufmerksam gemacht werden, ohne in eine Diskussion einsteigen zu wollen. Der "Spieler" bezieht die Passanten in sein "Straßentheater" ein und spielt so, als wäre der Fall eingetreten. Das ist wichtig: der Spieler darf die Passanten nicht im Stil eines Interviews ansprechen, sondern soll die Szene echt spielen. Auf den verblüfft dastehenden Passanten geht er nicht näher ein. Es sollen auf diese Weise nur Denkanstöße gegeben werden.

### Beispiel

Thema: Fehlen von Atombunkern

Die Spieler könnten Passanten einer Stadt fragen: "Entschuldigen Sie, wo geht es zum nächsten Atombunker?" Oder ein anderer Spieler sitzt in einem Café und fragt die Tischnachbarn geheimnisvoll, leise: "Entschuldigen Sie, ich habe den Tip erhalten, Sie wüßten, wo hier in der Stadt der Atombunker ist. Können Sie ihn mir verraten, ich zahle auch gut."

### Organisatorische und pädagogische Hinweise:

1. Die pointierte, knappe und kurze Szenendarstellung macht das Besondere eines Aktions-Trips aus.
2. Vom Spieler wird Zivilcourage erwartet. Er spielt den Außenseiter, Verrückten und wird eventuell verspottet und ausgelacht.
3. Die Spieler können entsprechende Requisiten verwenden.
4. Für die Durchführung eines Aktions-Trips muß die Gruppe gut vorbereitet sein.
5. Handzettel, Flugblätter u. a. können die Spielszene begleiten.
6. Die Spielszenen müssen nachher ausgewertet werden. Vielleicht kann man einen Bericht schreiben oder eine Dokumentation anlegen.

### 2. FLUGBLATT

Beschreibung: Das Flugblatt ist methodisch sehr vielseitig und spontan einsetzbar. Man kann die Öffentlichkeit mit Kurzinformationen auf wichtige Dinge aufmerksam machen.

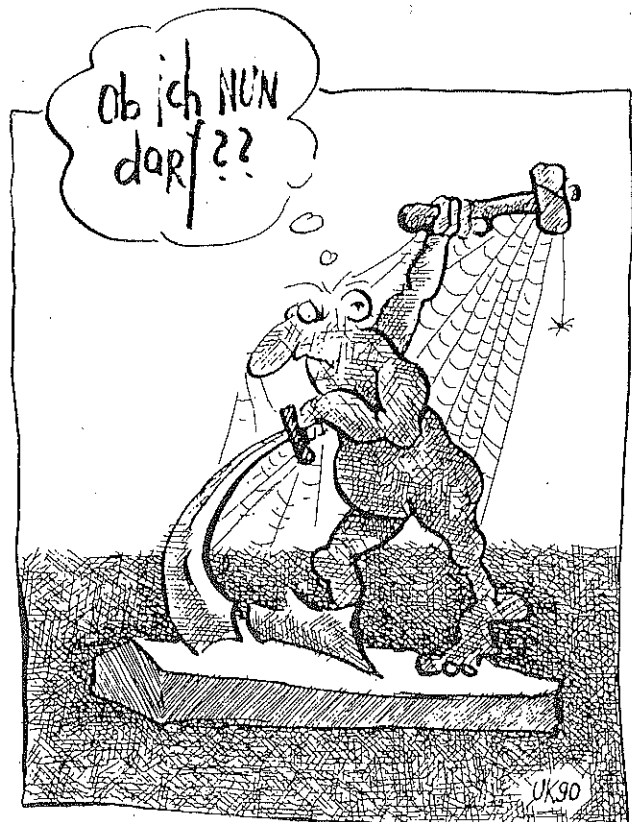
Bei der Abfassung des Flugblattes sind folgende Regeln zu beachten:

1. Einfaches Papier reicht aus.
2. Schlagzeilenartige Überschriften, nicht zuviel Text
3. Graphische Hervorhebung der einzelnen Informationen
4. Gut und leicht lesbare Texte
5. Achten auf guten Druck bzw. saubere Hektographie
6. Jedes Flugblatt muß ein Impressum tragen, d. h. Name und Unterschrift des Herausgebers.
7. Ein Flugblatt sollte nicht größer als DIN -A 4 sein.

Die Flugblätter werden an Passanten, an bestimmte Gruppen oder in Briefkästen verteilt.

Organisatorische und pädagogische Hinweise:

1. Die Herausgeber eines Flugblattes müssen gut informiert sein.
2. Es empfiehlt sich, einige Flugblätter als Vorlage zu nehmen. Sie bieten Anregungen.
3. Für eine Flugblattaktion werden viele Mitarbeiter benötigt.
4. Das Thema muß aktuell sein.
5. Geht es um eine Einladung zu einer Veranstaltung, dürfen die Blätter nicht zu früh ausgeteilt werden, höchstens vier-fünf Tage vorher. Am Veranstaltungstag darf nicht gerade ein "wichtiges" Fußballspiel oder ein Krimi im Fernsehen gezeigt werden.
6. Für eine Einladung ist es nicht unwichtig, welche Autorität das Flugblatt unterschrieben hat, wer der Veranstalter ist.



Karikatur: Uwe Kraeusel

## GEWALT kennt keine Grenzen

Entwurf eines Bildungsseminars der Evangelischen Jugendarbeit Berlin-Brandenburg

Gewalteskalation und Polarisierung in der Jugendzene, Werteverstärkungen in der Gesellschaft seit der Wende, drohender Ausbruch des Golfkrieges und die verbreitete Unsicherheit - auch unsere eigene - im Umgang mit dem Thema "GEWALT" drängten uns, die Problematik aufzunehmen.

Zu thematischer Arbeit motivierte Jugendliche (14 - 17 Jahre), konzentrierte Arbeitsatmosphäre in einem Rüstzeitenheim, die Möglichkeit, über mehrere Tage flexibel Arbeitszeiten zu planen und auf neue Fragen eingehen zu können, erleichterten die Entscheidung.

**Thema:** "Gewalt kennt keine Grenzen"

**Zielsetzung:** Erfahren, wie Gewalt in der Lebensgestaltung wirkt und wie sie im Glauben an den gerechten Gott des Lebens begrenzt, gestaltet und gelebt werden kann.

**Eröffnung:** Einander bei der spielerischen Gestaltung zum Problem "Gewalt" kennenlernen und Voreinstellungen und Erfahrungen sich am Startabend bewußtmachen.

Erläuterung der Themenwahl und Motivation zur Gestaltung in drei Gruppen, in denen Mitarbeiter allenfalls animierend eingreifen sollen.

1. Eine Gruppe nutzt reichlich vorhandene Orffsche und improvisierte Instrumente und bereitet "musikalische Einfälle" zum Thema vor (Rhythmus, Lautstärke, Instrumentierung, Melodiefragmente).

2. Mit Stoffbahnen und Stützen gestaltet eine "Theatergruppe" eine Darbietung "Gewalt kennt keine Grenzen".

3. Stifte, Farben und Papier animieren zur Gestaltung einer Litfaßsäule zum Thema (Werbung, "Wir sind eine starke Truppe", Nazisymbole, "Haut die Glatzen, bis sie platzen" u. ä.).

Bei der Präsentation wird der Rückgriff aufs Thema herausgestellt durch Aufnahme von Assoziationen der "Zuschauer" und Erläuterungen der "Akteure".

Abendstation: Raum nur von Altarkerze erleuchtet - Kanon "Herr, gib uns deinen Frieden".

Was in den letzten Wochen beherrschte, zunächst als Befürchtung - dann in furchtbarer Berichtserstattung - es gibt Realitätssinn, das Fragezeichen im Thema zu streichen:

"Gewalt kennt keine Grenzen", Kinder - Eltern - Großeltern - Enkel - Männer und Frauen - Christen - Juden - Moslems - Syrer - Iraker - Amerikaner - Saudis - Israelis - Franzosen, Grenzen werden bedeutungslos im Strudel der Gewalt eines Krieges.

Überall auf der Welt, nicht nur in Amerika, sind die Jüngsten und Schwächsten die ersten Opfer: "Was wird aus einem Kind, wenn die Eltern im Krieg sind?" (aus "The Guardian")

*James ist neun Jahre alt. Er ist eines jener Kinder, die durch die amerikanische Annäherung an Chancengleichheit bis auf weiteres zu Waisen wurden. Beide Eltern dienen in der Armee. Beide sind an den Golf versetzt worden. ...*

*James mag den Krieg nicht, und für Präsident Bush hat er auch jetzt nicht viel übrig. In einem Schulaufsatz, den er mit der Zeichnung von drei Särgen illustrierte, schrieb er: "Ich vermisse meine Mutter und meinen Vater sehr. Ich hab sie sehr lieb, und ich bete für sie, daß sie bald nach Hause kommen. Ich träume jeden Tag von meiner Mutter und von meinem Vater, und ich hab Angst, daß sie nicht nach Hause kommen und daß, wenn ich sie wiedersehe, sie daliegen, reglos, bedeckt von der Fahne. Manchmal möchte ich weglaufen, ganz weit weg. Meine Freunde sind auch alle traurig, weil ihre Eltern fort sind, und wir reden immer nur darüber, wann sie endlich nach Hause kommen. Jeden Tag sehe ich fern, und alles, was ich sehe, ist Krieg, Krieg, Krieg. Ich wünschte, Gott könnte mich hören."*

*James (Name geändert) geht im Südosten Washingtons zur Schule. ... Ein Lehrer sagt: "Ich konnte es fast nicht ertragen, den Aufsatz, den James geschrieben hat, zu lesen. Es ist unglaublich, daß ein so kleines Kind so starke Gefühle ausdrückt. Seitdem hat er nicht mehr davon gesprochen. Er*

*hält sich einfach die Ohren zu, wenn über den Krieg geredet wird."*

*Er hält sich nicht nur die Ohren zu, er hält auch seine Gefühle zurück und zeigt doch sein ganzes Elend, indem er über die Stränge schlägt. ...*

Krieg soll nach Gottes Willen nicht sein. Und wenn Krieg ist, gilt dann noch der Halt und Trost der alten Worte?

Psalm 36, 1 - 8 (lesen)

Vielleicht kann in der Beschäftigung mit dem Thema "Gewalt" wenigstens ein dick gedrucktes Fragezeichen hinter die Überschrift kommen. (Teelichte werden in Kreuzform aufgestellt und angezündet.)

Gebet: Gott, schaffe endlich Frieden. Strafe, die den Krieg wollen, Lügen: Sie erreichen nicht, was sie wollen. Gott, schaffe endlich wieder Hoffnung in den Opfern und gib Mut und Stärke, ihnen ins Auge zu sehen: Kindern, Frauen, Männern, Tieren. Gott, nimm unsere Angst in dir auf und laß uns fragen: "Was ist jetzt zu tun?" und "An wen können wir uns halten?"

Kanon: Dona nobis pacem...

Zwischenbemerkung: Bei den Vorbereitungen schien uns wichtig, jeden idealistischen Ansatz zum Umgang mit der Gewalt zu vermeiden und stattdessen zu helfen, Gewalterfahrungen anzunehmen und ernstzunehmen und zu entdecken, wie in der Tradition des gemeinsamen Glaubens von Juden und Christen Gewalt ihre Grenze im Gehorsam gegenüber Gott hat.

Die realistische und zugleich kritisch-prophetische Sicht der Gestalt Davids in den Erzählsträngen der Sammelbücher war uns dabei Hilfe und Konzentrationspunkt.

1. TZ: "Gewalt - fast wie im Traum"

Erfahren, wie Gott sich auf die Seite der Schwächeren stellt, sie schützt und neue Mittel im Konflikt finden läßt.

Hinführung zur David-Überlieferung:

1. \* Erzählungen aus kriegerischer Zeit, ca. 1000 v. Chr.: Israel setzt sich gegenüber seinen Nachbarvölkern zur Wehr, wird ein Volk mit einem König - wie Nachbarvölker

Frage: Bleibt Gott der König und Herr über Krieg und Frieden oder wird der König als ein von ihm beauftragter Mensch Gewährsmann für Gottes Gebot und Geleit?

\* Ein kleines Volk kämpft ums eigene Leben gegen die starke Übermacht.

2. Musik und Atemübungen, eigene Entspannung/Atemrhythmus der anderen wahrnehmen, Gedanken wandern. Einstimmung mit zwei Wortketten: Ich erinnere Situationen und Erfahrungen, als ich mich klein - schwach - elend - mickrig -

winzig - ohnmächtig - unterbelichtet ... erlebt  
 habe. Ich stelle mir vor, ich bin: gewaltig - stark -  
 mächtig - groß - überlegen ...

3. Gespräche zu dritt: Wortreihen werden vorgelesen und jeder überlegt ein Erlebnis, eine Geschichte, einen Traum, wo er sich entweder klein vorkam oder gewaltig, um davon den anderen zu erzählen.

4. Erzählen der Geschichte 1. Sam. 17

5. Gruppenarbeit: Lest nach 1. Sam. 17, 40 - 54 und notiert auf Plakaten:

a) Was findet ihr stark an der Geschichte? Was findet ihr belastend?

b) Worin besteht das Geheimnis Davids nach dieser Heldengeschichte?

c) Sammelt Argumente und entscheidet, ob David eher leichtsinnig oder mutig war! (Gruppenberichte zur letzten Frage mit Begründung)

In der Zusammenfassung wird deutlich, mit welcher Selbstverständlichkeit Gewalt angewendet wird. David wird zum "Helden", weil er sich die Mittel der Auseinandersetzung nicht vorgeben läßt. In ihm findet Gott unerwartete Wege, sein Volk zu schützen. Völlig unverständlich bleibt die in der Tradition des "Heiligen Krieges" begründete Tendenz zur Vernichtung der Gegner.

2. TZ: "Gewalt bei uns zuhaus" - Die eigene Konflikt- und Gewaltbereitschaft wahrnehmen und Möglichkeiten des Umgangs mit Gewalt im Horizont des Glaubens bedenken (1. Sam. 18, 6-14)

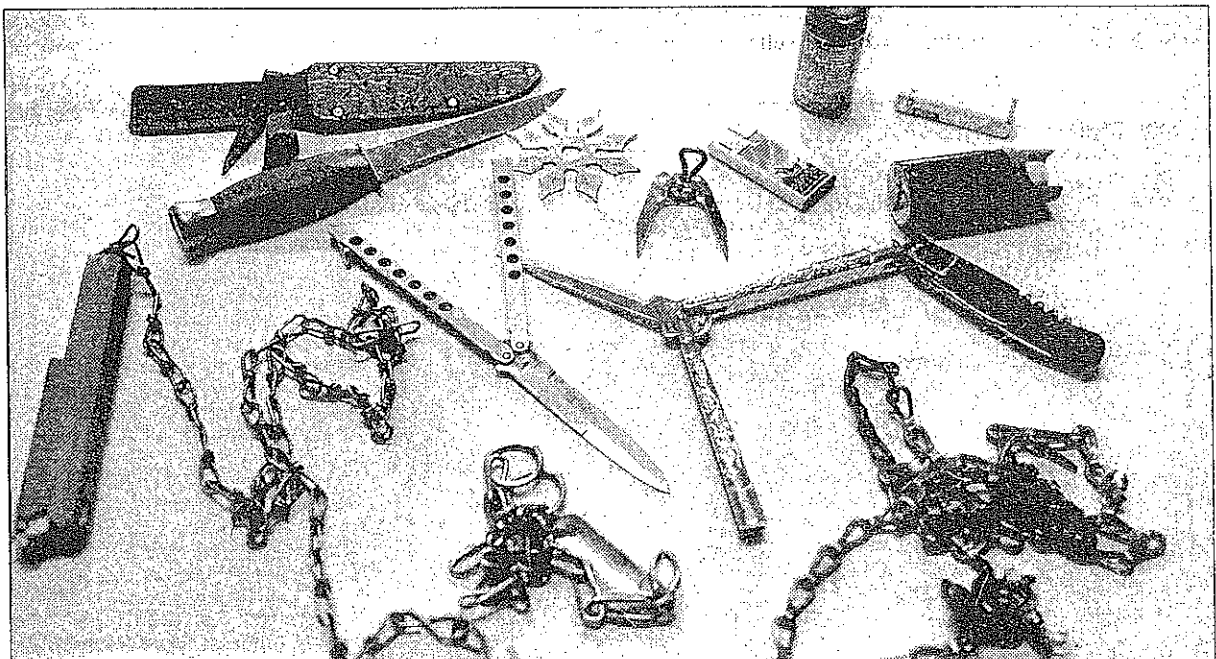
Unter der Überschrift "Konflikte in Samuels Haus" wird der Text bis einschließlich Vers 11 erzählt im Stil der für die im Bibeltext anschließend geschilderte Situation. Der Text wird gelesen, und die Teilnehmer werden werden, einander im übertragenen Sinn "an die Hand zu nehmen". Sie gehen ca. 15 Min. miteinander

spazieren mit der Aufgabenstellung, sich über für sie wichtige Momente der Erzählung auszutauschen und von dem Weg einen symbolischen Gegenstand mitzubringen, der ein Element der Geschichte verdeutlicht (z. B. Steine, Knüppel, Blumen, Tücher u. ä.). In einer Gesamtrunde wird der Symbolgehalt wahrgenommen und versucht, elementare Züge der Geschichte, wie David Saul verschont, in gegenwärtige Situationen zu übertragen. (Schwierigkeiten entstehen, wenn die Bezogenheit der Arbeitsschritte aufeinander nicht deutlich genug werden, und wenn bei allen Aktualisierungen der Gefahr von Klischees und vereinfachenden Lösungen gewehrt werden muß.) Anschließend werden Gruppen gebildet (ca. 7 Leute). Jede Gruppe soll mit drei der "gesuchten" Gegenstände durch das Gestalten eines Bildes mit Farben, durch das Schreiben eines Briefes oder durch das Spielen einer Szene neue Chancen miteinander anders vorgeben, gestalten. Die Ergebnisse werden in der großen Gruppe den anderen vorgestellt.

3. TZ: "Die Saat von Unrecht und Gewalt als Herausforderung, immer wieder von vorn zu beginnen." Erkennen, wie Unrecht immer wieder neues Leiden verursacht und Weiterleben nur durch Vergebung möglich wird.

1. Sam. 12, 1 - 10; 13 - 15a

1. In Gruppen werden künstlerische Verarbeitungen zum Thema "Gewalt" betrachtet und eigene Erfahrungen dazu ins Verhältnis gesetzt. Für die Gruppenarbeit lagen Kunstpostkarten der Mittelstelle für Werk und Feier vor: W. Mattheuer, Kain und Abel. Die Darstellung von Täter und Opfer, Mutter und Kind als Zeugen (und "Mitopfer"?), die Abwesenheit Gottes als Ausdruck seiner Schwäche helfen über die verschiedenen Identifikationsmöglichkeiten, auch eigene Ängste



Fundstücke einer Razzia in höheren Klassen (Foto: Schwarz)

bei Gewalterfahrung zu thematisieren.

2. In der anschließenden ausführlichen Diskussion über "Gewalt unter Jugendlichen" ging es um die verschiedenen Möglichkeiten, auf Gewaltandrohung z. B. rechtsradikaler Cliquen zu reagieren. Die in der Diskussion unterschiedlich beantwortete Frage, ob man sich nicht schlicht auf das Gewaltpotential einstellen müsse durch eigene Waffen und das Suchen nach eigenen Verteidigungsmöglichkeiten, wurde zugespitzt in der abschließenden Erzählung.

3. Nacherzählen der Bathseba-David-Geschichte und anschließend Verlesen der biblischen Erzählung von der Begegnung Nathans mit David. Im Auftrag Gottes wird hier Widerspruch gegen die Willkür und Gewaltanwendung Davids erhoben und ein Beispiel gegeben, wie weitere Lebensmöglichkeiten sich eröffnen.

Das Seminarprogramm wurde ergänzt durch weitere zugeordnete Beiträge, z. B.

\* Gewalt gegen die Natur - Text, Musik, Dias zur indianischen Reaktion auf die Eroberungshaltung der Weißen (Rede des Häuptlings Seattle an den Präsidenten der Vereinigten Staaten)

\* "Stasi, Stasi und kein Ende" - Gespräch mit einem an der Auflösung des Staatssicherheitsdienstes Beteiligten zu verschiedenen Möglichkeiten und Schwierigkeiten der Vergangenheitsbearbeitung

\* Planspiel zum Thema "Soziale Gerechtigkeit, Fortschritt und Schutz der Natur"

\* Theateraktion: Gewalt gegen Kinder - ein Prozeß wird inszeniert

\* Lebensbild aus dem Kampf für Gerechtigkeit in Südafrika (Farisani) und dazu der Film "Schrei nach Freiheit"

\* Abschließend der Werkstattgottesdienst mit "Zeichen gegen die Gewalt", verschiedenen Texten und einem Lebensbild aus "Liebhaber des Friedens - Albert Einstein", Seeligpreisungen "Selig und freuen"

#### Briefe

Liebe Kati, es hat sich viel verändert, und ich weiß nicht, wie das noch weitergehen soll. Manchmal spüre ich richtig, wie der Egoismus zunimmt: Jeder denkt nur an sein eigenes Fortkommen, wie er möglichst viel in kurzer Zeit verdienen kann und was er sich alles leisten will. Man hat wenig Zeit füreinander. Das ist zu Hause ähnlich wie mit meinen Freunden.

Dann habe ich etwas Schlimmes erfahren. Ein Junge aus unserer Schule ist von Skins zusammengeschlagen worden. Er mußte zwei Tage im Krankenhaus bleiben deswegen. Immer öfter hört man solche Geschichten, wie die Gewalt unter uns zunimmt. - Kann ich etwas dagegen tun?

Manche meiner Freunde sagen: Du mußt dich einfach damit abfinden. Ich will das nicht. Was

meinst Du dazu?

Tschüß! David

Lieber David!

Ich danke Dir für Deinen Brief, der mich tief bewegt hat. Das, was Du mir schriebst, sind für mich keine neuen Erfahrungen; ich habe es öfter schon bemerkt. Mir geht es oft so wie Dir, ich weiß manchmal nicht, wie es weitergehen soll. Ich sitze dann sehr lustlos und traurig da und kann keinen klaren Gedanken fassen.

Letzte Woche war ich zur Rüstzeit. Auch dort spielte das Thema "Gewalt" eine große Rolle. Diskussionen über "rechts und links" und über Gewaltanwendung bzw. Gewaltvermeidung bestimmte den Tageslauf. Oft konnte ich gar nicht mitdenken, geschweige denn mitreden. Ich konnte nur noch beten. Und ich glaube, daß das Gebet ein Zeichen unserer Ohnmacht, aber auch ein Zeichen des Sich-nicht-damit-abfinden-wollens ist.

SCHALOM! Kati

(Dieser Seminar-Entwurf und die Anregungen für praktische Aktionen stammen aus der Gewalt-Baustein-Mappe des Landesjugendpfarramtes Potsdam)

#### Der Brunnen

Eine große Trockenheit war über das Land gekommen. Zuerst war das Gras braun und grau geworden. Dann starben Büsche und kleinere Bäume. Kein Regen fiel, der Morgen erwachte ohne die Erfrischung des Taus. Die Tiere waren in großer Anzahl verdurstet, denn nur wenige hatten noch die Kraft gehabt, aus dieser Wüste zu fliehen.

Die Trockenheit dauerte an. Selbst die stärksten, ältesten Bäume, deren Wurzeln bis tief in die Erde reichten, verloren ihre Blätter. Alle Brunnen und Flüsse, die Quellen und Bäche waren vertrocknet.

Eine einzige Blume war am Leben geblieben, denn eine ganz kleine Quelle gab noch ein paar Tropfen Wasser. Doch die Quelle war am Verwelken: "Alles vertrocknet und verdurstet und stirbt. Ich kann doch daran nichts mehr ändern. Wozu soll es noch sinnvoll sein, daß ich die paar Tropfen aus der Erde hole und auf den Boden fallen lasse?"

Ein alter kräftiger Baum stand in der Nähe. Er hörte die Klage und sagte noch zur Quelle, bevor er starb: "Niemand erwartet von dir, die ganze Wüste zum Grünen zu bringen. Deine Aufgabe ist es, einer Blume Leben zu geben. Mehr nicht."

Ein afrikanisches Märchen

## Initiativen stellen sich vor...

## CABANA IN SUHL

Seit dem 10. 10. 1991 existiert nun auch in Suhl (Südthüringen) ein Treffpunkt mit der Bezeichnung "CABANA". Unmittelbar nach der Multikulturellen Woche/Woche der ausländischen Mitbürger kamen Adelino Massuvira aus Mocambique und Falk Ponsold, Kreisjugendwart in Benshausen, auf die Idee, eine Cabana zu gründen, die es bislang in Suhl noch nicht gab. Die Idee war und ist, den Kontakt zwischen Deutschen und Ausländern herzustellen und auf diese Weise einige Probleme abzuschaffen wie z. B. Berührungängste, Vorurteile etc.

So treffen sich regelmäßig jeden 1. Freitag im Monat etwa 25 junge Leute: Künstler, Schüler, Arbeitnehmer und Studenten zum Kennenlernen und Diskutieren über ihre Probleme. Eine Besonderheit ist, daß dieses Treffen nicht in kirchlichen Räumen stattfindet. Es findet im Club- und Vereinshaus, Bahnhofstr. 20, statt, das dem Kulturbund gehört; finanziell wird die Cabana durch die Beratungsstelle BESEG Suhl und die Stadt unterstützt, da diese als Selbsthilfegruppe eingetragen ist.



Neben vielen Schwierigkeiten gibt es auch Erfreuliches mitzuteilen. Mit der Gründung der Cabana ist es uns gelungen, Menschen unterschiedlicher Meinungen zusammenzubringen, die sich offen über ihre Probleme unterhalten können. Die Cabana hat außer bei kirchlichen Mitarbeitern auch bei Politikern in Suhl Anerkennung gefunden. Leider ist festzustellen, daß, obwohl die Bereitschaft vieler Suhler Einwohner gegenüber der Cabana groß ist, ihr viele in Suhl lebende Ausländer fern bleiben. Die Ursachen dafür sind uns bisher nicht bekannt.

Im Rahmen der Cabana gab es viele schöne Höhepunkte, zum Beispiel ein mocambiquanischer Abend, wo Spezialitäten und Musik aus Mocambique angeboten wurden, und ein multikultureller Nikolaus mit Wichtelgeschenken aller Art.

Es ist noch im Rahmen der Cabana für die nächste Zeit unter anderem die Vorbereitung der Multikulturellen Woche, Gründung einer gemischten Band, wo Deutsche und Ausländer zusammen spielen werden, und vieles andere geplant. Die Cabana in Suhl ist fast die Fortsetzung der Multikulturellen Woche, die erstmals in dieser Stadt im letzten Jahr von Christina Vater aus Viernau initiiert und von der Stadt und der Kirche unterstützt und durchgeführt wurde.

Falls Sie Vorschläge und Meinungen haben, um unsere ausländischen Mitbürger zu motivieren, schicken Sie sie bitte an: Adelino Massuvira

Ev. Kreiskirchenamt

Kirchberg 7, O - 6000 Suhl.

**Das Kaffee PALAVER in Nordhausen stellt sich vor:** Wir, die "Initiative Begegnungskaffee" wollen im Kaffee PALAVER und mit dem Kaffee einen Begegnungsraum schaffen, in dem sich Deutsche und ausländische Mitbürger treffen und miteinander ins Gespräch kommen können. Wir glauben, daß so ein Treffpunkt notwendig ist - gerade bei uns. Wie es wird? - Wir werden sehen! DU jedenfalls bist herzlich eingeladen!!!

Adresse: Kaffee PALAVER, Stollberger Str. 35, O - 5500 Nordhausen

### BERATUNGSZENTRUM FÜR FOLTEROPFER ERÖFFNET

Das Zentrum, das sich in Berlin befindet, ist ein von Berliner Ärzten gegründeter gemeinnütziger Verein, der sich die medizinische, psychotherapeutische und soziale Betreuung und Rehabilitation von Verfolgten und deren Familienangehörigen zur Aufgabe gemacht hat, die in ihren Herkunftsländern gefoltert worden sind.

Ein interdisziplinäres Behandlungszentrum für Folteropfer erweist sich nach diesen Erfahrungen als notwendig, da die betroffenen Patienten in der gesundheitlichen und psychosozialen Regelversorgung ihre spezifischen Verletzungen nicht behandeln lassen können und es in Deutschland bisher an Kenntnissen über die besonders sensiblen Probleme von Folteropfern mangelt.

Die vom Zentrum betreuten Patienten - es handelt sich um Gefolterte aus dem Iran, Irak, Uganda, Pakistan, der Ex-DDR und anderen Ländern - weisen schwere körperliche und seelische Schäden auf, die dem "Survivor-Syndrom" von ehemaligen KZ-Häftlingen ähneln. Ein Kreis von ehrenamtlich tätigen Fachärzten, Psychotherapeuten und Krankengymnastinnen unterstützt die im jetzigen Stadium nur im kleinen Rahmen mögliche Arbeit.

#### Anschrift:

Behandlungszentrum für Folteropfer e. V.

Haus 6 - DRK-Kliniken Westend

Spandauer Damm 130, W - 1000 Berlin 19

Tel. 030-3035 3591

Spendenkonto-Nr.: 000307 4234, Deutsche Apotheker- und Ärztebank, BLZ 100 906 03.

### DER TÜRKISCHE FRAUENVEREIN BERLIN E. V. STELLT SICH VOR:

**Beratung:** Hier werden Frauen einzeln oder in Gruppen über Gesundheits-, Familien, Schul-, Kindergarten- und Wohnprobleme etc. beraten. Dazu werden auch Hausbesuche gemacht, wobei auch Gespräche mit der ganzen Familie geführt werden.

#### Beratungszeiten:

Mo 10 - 14, Di 10 - 18, Mi 10 - 16, Do 10 - 16, Fr 10 - 14 Uhr.

**Begleitungen:** Als Dolmetscherin und unterstützende Hilfe

bei Behörden, Krankenhäusern, Schulen etc. begleiten wir die Frauen.

Außerdem bieten wir verschiedene Kurse (z. B. Alphabetisierung, Nähen, Schreibmaschine, Hausaufgabenhilfe) an.

Adresse: Urbanstr. 115, W - 1000 Berlin 61, Tel. 692 39 56.

## FORUM FÜR INTERKULTURELLE ARBEIT UND VÖLKERVERSTÄNDIGUNG E. V. RECHTSHILFEFONDS FÜR AUSLÄNDER E. V.

Liebe Freundinnen und Freunde,

Wir wenden uns auf diesem Wege an Euch, um Euch für ein Projekt zu interessieren, das so denken wir - die Diskussion um einlebenswerte Leben in Deutschland bereichern kann. Bestimmt jede(r) von Euch kann aus den Erfahrungen erzählen, die Nichtdeutsche in Deutschland gemacht haben. Geschichten aus dem Herkunftsland von ImmigrantInnen und Flüchtlingen, Erfahrungen im Umgang mit den Behörden und der Bevölkerung hier und Auseinandersetzungen untereinander: Wut und Trauer unter den Betroffenen, angesichts der Pogrome. Gleichgültigkeit und klammheimliche Zustimmung bei manch Deutschen. Zurückhaltung und Resignation bei vielen, die sich solidarisch fühlen. Stimmungen.

Schicksale, die in Gesetze gefaßt werden. Ausländerrecht, Durchführungsverordnungen, Richtlinien, Behördenwillkür. Flüchtlingsheime, Durchgangslager, das Einleben hier, Ursachen für die Flucht, Erwartungen für die Zukunft. Ghettos, Mietwucher, soziale Ausgrenzung, der menschliche Umgang mit den Nachbarn.

Freunde gewinnen, den eigenen Kulturhorizont erweitern, neue Erfahrungen durch Miteinanderleben und Zusammenarbeiten, Initiativen beschreiben.

Daten, Zahlen, Hintergrundmaterial. Bundesweit.

Und das ist es, was wir wollen: Wir wollen ein Buch schreiben, das in erzählerischer Darstellung die oben genannten Bereiche in Form von Kurzgeschichten und Berichten umfaßt. Wer sind wir?

Wir haben eine Beratungsstelle mit Rechtsanwälten in München. Der Rechtshilfefonds e. V. wird dabei vom Forum für interkulturelle Arbeit und Völkerverständigung unterstützt. Schreibt uns:

Daisersstr. 9, W - 8000 München 70, Tel. 089-725 77 74

## Die Initiative "Freundeskreis RE'UT/SADAKA" und die deutsch-ausländische Jugendgruppe "DIE BAHNBRECHER"

Seit 1990 treffen sich türkische, aramäische und deutsche Jugendliche, um gemeinsam Vorurteile, Ängste und vielleicht sogar feindselige Gefühle zwischen den Menschen verschiedener Kulturen in der Stadt zu überwinden. Die Initiatoren dieser Gruppe kamen aus Israel und waren Mitglieder der jüdisch-arabischen Jugendbewegung RE'UT/SADAKA - der Name bedeutet "Freundschaft" -, ein interkulturelles Projekt einer Begegnung zwischen Arabern, Juden, Türken, Aramäern und Deutschen. Der Schwerpunkt der Arbeit von RE'UT/SADAKA gilt der Versöhnung zwischen Juden und Arabern innerhalb Israels. Ihnen ist wichtig: "Wir wollen nicht nur über Frieden sprechen - sondern Frieden machen." So treffen sich jede Woche landesweit sieben Gruppen aus je zwanzig arabischen und jüdischen Jugendlichen. Außerdem gibt es regelmäßig kulturelle Anlässe und Studientreffen sowie ein jährliches Weiterbildungsseminar. Auch Einsätze in arabischen Dörfern, wo zum Beispiel bei Pumpen- und Hausbau geholfen wird, gehören zur Arbeit der Gruppe.

Auch nach dem Golfkrieg konnten die Gespräche und die Zusammenarbeit fortgesetzt werden.

Im westfälischen Ahlen hat sich nach dem israelischen Vorbild eine deutsch-ausländische Partnergruppe RE'UT/SADAKA unter dem Namen "Bahnbrecher" gegründet, die es sich zur Aufgabe gemacht hat,

einen "Freundeskreis für RE'UT/SADAKA" zu bilden und die Arbeit in Israel ideell und materiell zu fördern.

Wer mehr darüber erfahren möchte, wende sich an: Dietmar Hecht, Schillerstr. 34, W - 4730 Ahlen.

## Das Referat Ausländerarbeit im Berliner Missionswerk

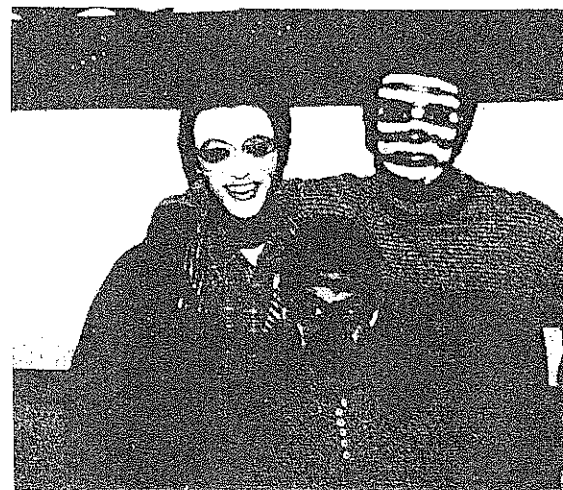
Wir Mitarbeiterinnen im Referat Ökumenische Ausländerarbeit versuchen, unsere Erfahrungen mit Ausländern, Asylbewerbern und Flüchtlingen, mit Initiativen und Verbänden für Gemeinden fruchtbar zu machen. Wir besuchen Gemeinden und kirchliche Gruppen, aber auch Gruppen und Initiativen außerhalb der Kirche, um gemeinsam mit ihnen nachzudenken über die Fragen: Was können Kirchengemeinden in dieser Situation tun? Wie und wo kann und sollte man sich als Gemeinde engagieren?

Wir beraten und begleiten Gemeinden und Gruppen, aber auch einzelne Engagierte im Zusammenhang mit Ausländer- und Asylfragen. Bei Festen oder Veranstaltungen zu diesem Thema geben wir Informationen, aber wir stehen als Pastorinnen auch bei seelsorgerlichen Problemen zur Verfügung, wir predigen und versuchen gemeinsam mit Kirchengemeinden, theologisch über Ausländerthemen nachzudenken.

Da wir uns schon seit 1988, damals noch im ÖMZ/IBMG, mit diesem Thema beschäftigen, denken wir, daß wir so etwas wie Brückenbauerinnen zwischen Aus- und InländerInnen sein können. Wir vermitteln auch Kontakte zu anderen Initiativen und geben die Handreichung für Gemeinden zu Ausländerfragen "Nah & Fern" gemeinsam mit der Leipziger Mission und der EKD-Außenstelle heraus.

Wir freuen uns, wenn uns Gemeinden oder Gemeindegruppen einladen und kommen gern. Interessenten und Mitarbeiter aus den fünf östlichen EKD-Kirchen (Ev. Kirche in Berlin-Brandenburg, Kirchenprovinz Sachsen, Ev.-Luth. Kirche des Görlitzer Kirchengebietes, Ev. Kirche Anhalts und Pommerische Ev. Kirche) können sich wenden an das Berliner Missionswerk, Referat Ausländerarbeit, Georgenkirchstr. 70, O - 10117 Berlin, Tel. 4383 220, 4383 226.

Dagmar Henke



## Ökumene vor der Haustür

Die Ev.-Luth. Mission zu Leipzig nimmt ihre Verantwortung zur Ausländerarbeit seit einigen Jahren in überregionaler, ökumenischer Zusammenarbeit wahr. Dabei haben sich für das Ausländerreferat folgende Aufgaben ergeben:

a) Arbeit mit Ausländern und für Ausländer (Vertrags- und Gastarbeiter, Studenten, Flüchtlinge und Asylbewerber)

\* Ausländer ausfindig machen und ihnen menschlich und seelsorgerlich beistehen

- \* Ausländer in ihren alltäglichen Lebensbedingungen bei Rechts- und Asyl-, Arbeits- und Ausbildungs sowie Wohnungsfragen beraten und begleiten
  - \* Kontakte zu Angehörigen bzw. Gruppen ihrer Nationalität herstellen
  - \* Kontakte zu Gemeinden und Gruppen vermitteln, Begegnungsmöglichkeiten bei Veranstaltungen und Freizeiten anregen und organisieren
  - \* Angebot regelmäßiger Begegnungen für In- und Ausländer im Missionshaus
  - b) Öffentlichkeitsarbeit in den Gemeinden
  - \* Gemeindeveranstaltungen nach Möglichkeit zusammen mit Ausländern bzw. themenbezogen, z. B.
    - Beratung und Begleitung von Ausländern
    - Rechts- und Asylfragen
    - Gewalt und Ausländerfeindlichkeit
    - multikulturelles Zusammenleben
  - \* Informationen zur Situation und Rechtslage, den Arbeits- und Lebensbedingungen der Ausländer hier und in den Herkunftsländern
  - \* Beratungen für Gemeinden, Gruppen und Mitarbeiter zur Wahrnehmung ihrer Verantwortung beim Aufbau der Ausländerarbeit in ihren Regionen
  - \* Seminare zur Information, Motivation, Weiterbildung und zum Erfahrungsaustausch für haupt- und nebenamtliche Mitarbeiter zu Aspekten und Problemfeldern der Arbeit mit Ausländern (Asyl, Flucht und ihre Ursachen, Kultur, Religion, Zusammenleben)
  - \* Angebote:
    - Vermittlung von Arbeitshilfen und Materialien
    - Gottesdienste, Gemeinde-, Jugend- und Kinderveranstaltungen
    - Besuch von Pfarr- und Mitarbeiterkonventen
- "Ökumenisches Lernen" vom fernen Nächsten ist vergleichsweise sehr viel einfacher, als die Ökumene vor der Haustür zu praktizieren."*
- Anfragen von Interessenten und Mitarbeitern aus dem Bereich der drei lutherischen Landeskirchen von Mecklenburg, Sachsen und Thüringen sind zu richten an:  
Ev.-Luth. Mission zu Leipzig, Ausländerreferat,  
Paul-List-Str. 19, O - 7010 Leipzig, Tel. 32 60 47

Dieter Braun

### **VEREINIGTE AKTION FÜR RUMÄNIEN E. V. - Mitglied im Diakonischen Werk Berlin-Brandenburg e. V. -**

Der Verein besteht seit Mai 1991, arbeitet jedoch schon seit 1990 mit ehrenamtlichen Mitgliedern

Er schickte nicht nur Hilfstransporte mit Kleidung, Baby-nahrung, Lebensmitteln, Medikamenten etc. nach Rumänien, sondern arbeitet auch vor Ort bei der Verteilung z. B. mit dem Deutschen und dem Rumänischen Roten Kreuz zusammen

Er hat eine Partnerschaft mit dem "Demokratischen Forum der Deutschen in Rumänien" (DFDR).

Der Verein braucht nach wie vor Unterstützung durch Gemeinden, um weiterhin notleidende Menschen in Rumänien (besonders Kindern, alten Menschen, Behinderten) helfen zu können. Er ist bemüht, Partnerschaften zwischen deutsche n und rumänischen Gemeinden zu vermitteln und bietet Hilfe zur Selbsthilfe an (z. B. Schulung von Fachkräften aus R. in Deutschland, Dorfprojekte).

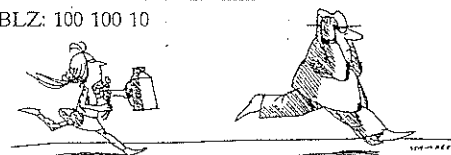
Der Aufbau einer Herzchirurgie für Kinder in Hermannstadt ist geplant.

Der Verein kümmert sich auch um in Berlin lebende Rumänen und hat dort ein Sozialbüro.

Die rumänische Gemeinde trifft sich in der Griech.-Kathol. Gemeinde in Kreuzberg (Mittenwalder Str.)

Nähere Informationen über Erich Brockhaus (Vorsitzender)

Ilsesteinweg 67, W - 1000 Berlin 38, Tel. 802 46 34  
Spendenkonto-Nr.: 6363106 "Berlin Rumänienhilfe"  
Postgiroamt Berlin BLZ: 100 100 10



### **SPENDENAUFTRUF für ROMA-SELBSTHILFE-PROJEKTE in der CSFR**

Jahrzehntelange Ausgrenzung und Diskriminierung sowie aktuelle Wirtschaftskrise und Massenarbeitslosigkeit beim gesellschaftlichen Umwälzungsprozeß in der CSFR haben hunderttausende Roma, als schwächstes Glied der Gesellschaft, in eine äußerst bedrängte, existentielle Notlage manövriert.

Während die - u. a. von der GEW Berlin und dem AK Asyl in der Kirche und zahlreichen Gemeinden, Initiativen und Organisationen unterstützte, sehr erfolgreiche - Kleiderspendenaktion demnächst auslaufen wird, läuft die Geld-Spenden-Sammlung für Roma-Selbsthilfeprojekte in der CSFR weiter. Unter anderem ist der Aufbau einer Druckerei vorgesehen.

Nähere Informationen und Kontakte über Ralf Heinemann, Nansenstr. 2, W - 1000 Berlin 44, Tel. 624 51 68.

Spendenkonto: KVA Kreuzberg für Heilig Kreuz zugunsten "ROMA CSFR", 1000 Berlin 61, Kto-Nr. 88094-106, Postgiroamt Berlin, BLZ 100 100 10

## **NACHRICHTEN**

### **Ausländerarbeit bildet Schwerpunkt kirchlicher Aktivitäten**

**Zweite Regionale Ökumenische Versammlung in Dresden beendet**

Neue Impulse vor allem für die kirchliche Arbeit mit Ausländern waren Schwerpunkte der zweiten regionalen Ökumenischen Versammlung, die an einem Novemberwochenende in Dresden stattgefunden hatte. Wie Teilnehmer berichteten, spielte dabei vor allem die Koordinierung der vielfältigen Aktivitäten um das Ökumenische Zentrum mit den Dresdner Kirchengemeinden eine Rolle. Die Teilnehmer regten unter anderem ein Kontakttelefon zum Thema Gewalt und die Benennung von Ausländerbeauftragten bei den Kirchenvorständen an, berichtete Maria Jacobi am Montag, 25. November, vom Ökumenischen Informationszentrum in der Elbestadt. Auch über ökumenisch erteilten Religionsunterricht und Informationsarbeit zu sozialen Problemen an den Schulen sei gesprochen worden.

Zufrieden äußerte sich die Mitarbeiterin auch

über die Ökumenische Arbeitsloseninitiative, die bereits mit acht ABM-Stellen an der Koordinierung von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen in den Kirchgemeinden arbeite. Es sei deutlich geworden, daß es zur Zeit erfreulich viele Aktivitäten in der Elbestadt gäbe, sagte sie weiter. Das nächste Dresdener Regionaltreffen der Ökumenischen Versammlung sei für Mai 1992 geplant.

(aus epd Landesdienst Ost Nr. 226 v. 26. 11. 91)

### Podium mit Bischöfen

Offene Woche im Ökumenischen Info-Zentrum Dresden

Mit Erscheinungen von Gewalt gegen Ausländer befaßte sich eine "Offene Woche" Ende Januar (1992) im Dresdener Ökumenischen Informationszentrum. Im Verlauf der Woche fand ein Podium mit mehreren Bischöfen statt, das den Standort der Kirchen im konziliaren Prozeß klären helfen sollte. Neben der kirchlichen Ausländergruppe "Cabana" mit ihren Dialogangeboten waren auch die zahlreichen Beratungsstellen der seit einem Jahr bestehenden Einrichtung dabei.

Die Eröffnungswoche, mit der das Ökumenische Informationszentrum vor einem Jahr starke Resonanz und viele Anregungen von Gruppen und einzelnen Christen erhielt, sollte inhaltlich wieder aufgenommen werden, sagte dessen Mitarbeiter Heinz Kitsche gegenüber der Presse.

(nach NZ vom 10. 1. 92)

### Nicht jeder Rechte ist auch ein Nazi

Erster landesweiter "Runder Tisch gegen Gewalt" in Dresden

Dresden (epd). Viele rechtsgerichtete Jugendliche fühlen sich durch ihre pauschale Einordnung als "Nazi" gesellschaftlich ausgegrenzt. Dies sei beim ersten landesweiten "Runden Tisch gegen Gewalt" deutlich geworden, berichtete der sächsische Landtagspräsident Erich Iltgen am 22. Januar vor Journalisten in Dresden.

Auch das "Wegbrechen von jugendgemäßen Einrichtungen" und das Fehlen geeigneter Sozialarbeiter als Ansprechpartner seien Gründe für eine erhöhte Gewaltbereitschaft unter Jugendlichen. Zur Sprache gekommen sei zudem der "Frust der Jugendlichen über die ausgegebenen Steuergelder für Asylbewerber statt für Jugendarbeit". Wie Iltgen weiter sagte, hätten die 18 vorwiegend rechtsgerichteten Jugendlichen bei dem Gespräch mehrfach beklagt, "in Elternhaus und Gesellschaft nicht angenommen zu sein". Außerdem hätten sie die "überraschende Wendigkeit der Erwachsenen bei dem Umbruch in der DDR" kritisiert. Auf die Vorbehalte der Erwachsenen bei Kleidung und Haartracht der Jugendlichen reagierten sie oft mit Gegendruck, sagte Iltgen. Viele der Jugendlichen seien "in überraschend hohem Maße" in ihren Wohngebieten bei der Behinderten- und Betreuungsarbeit aktiv.

Zufrieden äußerte sich Iltgen insgesamt über das Ergebnis des Gesprächs, an dem 25 Vertreter des Staates, kirchlicher Ausländer- und Jugendarbeit,

der Polizei, der Staatsanwaltschaft und der in Sachsen untergebrachten Asylbewerber teilgenommen hatten. Allerdings müßten sich die Vertreter der Gesellschaft und des Staates darüber klar sein, nicht dem "harten Kern" gesprochen zu haben, sagte er. Es bestehe die Hoffnung, mit dem Instrument des Runden Tisches eine "Hilfe bei der Identifikationskrise Jugendlicher" zu schaffen. Das Gespräch könne aber nicht die staatlichen Maßnahmen gegen Gewaltanwendung ersetzen, sagte der CDU-Politiker. Die am "Runden Tisch" beteiligten Jugendlichen hätten sich gegen jede Form von Gewalt ausgesprochen und eine Fortsetzung des Gesprächs begrüßt.

Wie der Landtagspräsident forderte, sollten die Forderungen der Jugendlichen nach der Freizeitmöglichkeiten und "Transparenz bei der Verteilung von Finanzen an Jugendliche" auch praktische Konsequenzen haben. Hier müsse zunächst an die Verlängerung von ABM-Stellen in der Jugendarbeit gedacht werden, sagte er.



Iltgen rief die Politiker auf allen Ebenen zu mehr Aufmerksamkeit gegenüber den Problemen Jugendlicher auf. Ziel der Jugendpolitik müsse in jedem Fall die "Hilfe zur Selbsthilfe" sein, sagte er. Die "Bestandsaufnahme" solle im März mit einem Gespräch linker Gruppierungen fortgesetzt werden, fügte der Parlamentspräsident hinzu.

(aus: "Die Kirche" vom 2. 2. 92)

### Ausländer haben jetzt Beauftragten

Staatskanzlei wählte aus 16 Bewerbern

In der Thüringer Staatskanzlei ist die Suche nach einem Ausländerbeauftragten für das Land endgültig beendet. Der Thüringer Ekkehard Peters, bislang Pressereferent im Bischöflichen Amt Erfurt-Meiningen und Vater dreier Kinder, nahm am 24. Februar seine Tätigkeit auf.

(nach der Thür. Allgem. vom 29. 1. 92)

## Theodor-Heuss-Preis verliehen

Der Theodor-Heuss-Preis wurde in diesem Jahr an die Ausländerbeauftragten der neuen Bundesländer verliehen. Die Medaille erhielten die Gölitzer Initiative "via regia", die sich besonders der Kontaktpflege zwischen Deutsche und Polen angenommen hat, und die Initiative "Wir Brandenburger Schülerinnen und Schüler sagen NEIN zu Gewalt und Rassismus" (siehe auch unser Beitrag in diesem Heft) - Herzliche Glückwünsche und Dank für die Arbeit der Preisträger!

Dagmar Henke

## HINWEIS:

**Der Ökumenische Arbeitskreis Ausländerarbeit lädt zur diesjährigen Jahrestagung vom 8. - 10. 5. 92 nach Leipzig ein. Das Thema wird Kirchenasyl sein. Einladungen und Anmeldungen bei Dieter Braun, Leipziger Mission, Paul-List-Str. 19, O - 7010 Leipzig.**

Das mobile Kindertheater MUTABOR spielt in Berlin und im Land Brandenburg Stücke über reale Probleme von Kindern aus aller Welt. Nach jeder Vorstellung spielen die Kinder selbst Theater unter Anleitung der SchauspielerInnen. Weitere Infos und Kontakt über B. Linsmeier, Kreuzbergstr. 43, W - 1000 Berlin 61, Tel. 785 95 16 oder Ost-Berlin 449 75 45.

## Materialhinweise

Sebastian Reinfeldt,  
**RASSISMUS: DIE UNSICHTBARE GEWALT**  
erschieden in der Reihe Podium Progressiv  
128 S., Br., DM 9,- (3. Aufl.)  
Hrsg.: PDS Rheinland Pfalz/Linke Liste  
Postfach 3346, W - 6500 Mainz

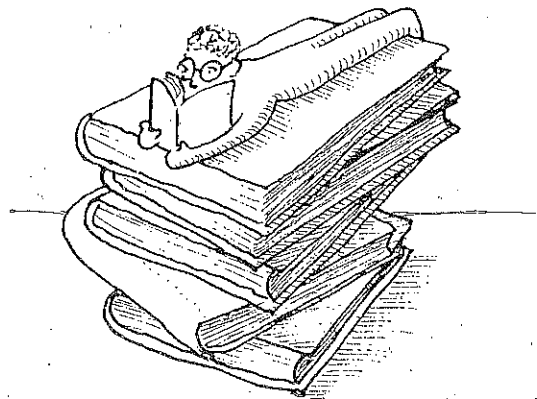
**Sonderheft zur Kampagne der IG Metall Jugend  
"STOPPT GEWALT UND RASSISMUS"**  
innerhalb der Vierteljahresschrift IDEEN für antirassistische und antifaschistische Arbeit, 90 S., Br.  
Druck und Vertrieb: Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste,  
Buch- und Mediendienst, Hauptstr. 2, W - 3308 Beienrode/  
Königsutter, Tel. 8817

**Dem HASS keine Chance  
PROJEKTE HANDBUCH RECHTSEXTREMISMUS**  
Handlungsorientierte Gegenstrategien und offensive, ausländerfreundliche Auseinandersetzungsformen mit rechts-extremistischen und rassistischen Tendenzen in der Jugend-szene - Eine Sammlung von Ideen, Aktionen, Projekte, Argumenten und Beispielen aus der (offenen) Jugendarbeit von Ralf-Erik Posselt und Klaus Schumacher, 286 S., Br.  
copyright: Amt für Jugendarbeit d. Ev. Kirche v. Westfalen,  
Haus Villigst, 5840 Schwerte 5, Tel. 755180

**"SINTI UND ROMA" - Eine Studie der Ev. Kirche in Deutschland (EKD), erarbeitet von der Kommission "Sinti und Roma" der EKD**  
zu beziehen über Kirchenamt der EKD, Herrenhäuser Str. 12,  
W - 3000 Hannover 21 oder Außenstelle Berlin, Auguststr.  
80, O - 1040 Berlin.

**"FLÜCHTLINGE UND FREMDE - EINE AUFGABE FÜR CHRISTEN"** heißt ein Arbeitspapier des deutschen Zweigs der internationalen katholischen Friedensbewegung PAX Christi, das Ende Oktober 1991 und im Sekretariat Feststr. 9 in W - 6368 Bad Vilbel bestellt werden kann. Dieses Arbeitspapier möchte Denkanstöße, Informationen und Handlungsanregungen vermitteln. Dies geschieht aus katholischer Sicht der alten Bundesländer. Erfahrungen aus den neuen Bundesländern werden (noch?) nicht mitgeteilt. Hilfen für und Berichte aus der Praxis stehen im Mittelpunkt der 52seitigen Broschüre. Dabei vermitteln besonders zwei Texte aus der Arbeit von Pfarrgemeinderäten nachdenkswerte Anregungen. Über den Kreis katholischer Leser hinaus dürfte der Artikel "Kirche und das Recht auf Asyl" Interesse finden als ein kleiner historischer Abriss über Haltung und Engagement der offiziellen katholischen Kirche in den letzten zehn bis fünfzehn Jahren.

**ALS GASTARBEITNEHMER IN DIE BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND - Eine Information für Bewerber von der Zentralstelle f. Arbeitsvermittlung d. Bundesanstalt f. Arbeit (Auslandsabteilung) Nr. 4/91 (Stand: Juni 1991), Feuerbachstr. 42-46, W - 6000 Frankfurt/Main 1, Tel. 7111-0.**



**Marianne Krüger-Potratz, ANDERSSEIN GAB ES NICHT. AUSLÄNDER UND MINDERHEITEN IN DER DDR.**  
Waxmann Münster/New York 1991, 279 S., Br., DM 38,-,  
ISBN 3-89325-091-3, m. Beiträgen v. G. Hansen u. D. Jasper.

**EINWANDERBARES DEUTSCHLAND oder VERTREIBUNG AUS DEM WOHLSTANDS-PARADIES?**  
Mit Beiträgen von L. Funcke, D. Sölle, H. Geißler u. a.  
Horizonte-Verlag GmbH Frankfurt/M., Hg. S. S. Iranbomy

**EHEN ZWISCHEN DEUTSCHEN UND AUSLÄNDERN.**  
Internationales Ehe- und Familienrecht, Aufenthalts- und Staatsangehörigkeitsrecht.  
Das Heft kann bezogen werden bei der Ausländerbeauftragten des Senats, Potsdamer Str. 65, W - 1000 Berlin 30, Tel. 2604-2360.

**MENSCHEN SUCHEN BEI UNS ASYL.** Eine ökumenische Handreichung für die Gemeinden. Hrsg. vom Landesjugendpfarramt u. dem Diakonischen Werk in der Pommerschen Ev. Kirche sowie vom Caritas-Verband. Kontaktadresse: Pastorin Christa Göbel, Ev. Konsistorium, Bahnhofstr. 35/36, O - 2200 Greifswald, Tel. 5261

**ISLAM IM ABENDLAND.** 1. Sonderband d. Zeitschrift DIE BRÜCKE. ISBN 3-925134-06-9. Der Sonderband steht am Anfang einer Reihe, die Fragestellungen der Zeitschrift DIE BRÜCKE nach Ursachen und Folgen der Migration aufgreift. Der Sonderband hat 160 Seiten und ist im Buchhandel oder über DIE BRÜCKE e. V., Riottestr. 16, W - 6600 Saarbrücken 3, Tel. 390 58 50 erhältlich (Preis: DM 14,- + Porto).

**ZUM UMGANG MIT DER GEWALTAKZEPTANZ.** Erste Ausgabe einer Handreichung für Pädagogen und Lehrer im Freistaat Sachsen. Zusammenge stellt und herausgegeben vom Sächsischen Staatsministerium für Kultus. Aus dem Inhaltsverzeichnis: Rechtsradikalismus, Auf der Suche nach Erklärungsmustern, Gewaltakzeptanz unter Jugendlichen, Materialsammlung und Veranstaltungshinweise, Kontaktadressen, Materialien der Jugendverbände, Kirchen, Kommunen, Wettbewerbsausschreibung, Filmangebote, Erfahrungsberichte und Meinungen können an das Sächsische Staatsministerium f. Kultus, Abt. V, Ref. 4, Frau Bräunling, Archivstr. 1, O - 8060 Dresden gerichtet werden.

Die Universität Leipzig, Laboratorium f. Studentenforschung, Gesellschaft f. Jugend- und Sozialforschung Leipzig e. V., Forschungsstelle für Ausbildungs- und Berufsforschung hat eine Studie herausgegeben: **JUGEND IN LEIPZIG 1991. Zur Situation Jugendlicher in einer ostdeutschen Großstadt.** Autorenkollektiv.

Die **epd-Dokumentation 7/91** beschäftigt sich mit dem Thema **"HAKENKREUZE AUF DER SCHULBANK"** und kann bezogen werden über den GEP-Vertrieb, PF 170361 in W - 6000 Frankfurt/M. (Tel. 78 97 21 89) zum Preis von DM 8,50.

Eine Neuauflage der **HANDREICHUNG FÜR DIE ARBEIT MIT FLÜCHTLINGEN UND ASYLSUCHENDEN IN DER KIRCHENGEMEINDE** erscheint im April und ist zu beziehen über das Landeskirchenamt der Ev. Kirche im Rheinland, Hans-Böckler-Str. 7, W - 4000 Düsseldorf 30, Postfach 32 03 40.

## D O K U M E N T A T I O N

### Schlußkommuniqué der Ministerkonferenz über Maßnahmen zur Eindämmung illegaler Einreisen aus und über Mittel- und Osteuropa

Auf Einladung des Bundesministers des Innern der Bundesrepublik Deutschland haben sich in Berlin am 30./31. Oktober 1991 die zuständigen Minister Albaniens, Belgiens, Bulgariens, Deutschlands, der Tschechoslowakei, Dänemarks, Estlands, Frankreichs, Griechenlands, Großbritanniens, Irlands, Italiens, Jugoslawiens, Lettlands, Litauens, Luxemburgs, der Niederlande, Österreichs, Polens, Portugals, Rumäniens, der Schweiz, Spaniens, der Sowjetunion, der Ukraine, Ungarns und Weißrusslands getroffen und haben

I. mit dem Ausdruck der Befriedigung darüber, daß die tiefgreifenden politischen Veränderungen jetzt einen freien Reiseverkehr in ganz Europa ermöglichen, was eine Voraussetzung für die Erhaltung und Entwicklung freier Gesellschaften

ist;

unter Bekräftigung der Erwägungen und Forderungen der Ministerkonferenz über Wanderungsbewegungen von Personen aus den Ländern Ost- und Mitteleuropas am 24./25. Januar 1991 in Wien;

unter Berücksichtigung der Verpflichtungen, die sich aus der Genfer Konvention vom 28. Juli 1951 über den Flüchtlingsstatus und dem Protokoll von New York vom 31. Januar 1967 ergeben;

angesichts der Zunahme der Wanderungsströme aus den und über die Staaten Mittel- und Osteuropas in die westeuropäischen Staaten;

in der Erkenntnis, daß international operierende Menschen-

## WER IST FARBIG ?

Als ich geboren wurde  
War ich Schwarz  
Als ich erwachsen wurde  
War ich Schwarz  
Wenn ich krank bin  
bin ich schwarz  
Wenn ich sterbe  
bin ich schwarz

Als du geboren wurdest  
warst du rosa  
Als du aufwuchst  
warst du weiß  
Wenn du erregt bist  
wirst du rot  
wenn du dich erkältest  
wirst du blau  
wenn du krank wirst  
wirst du purpur  
wenn du stirbst  
wirst du grün  
aber du hast die stirn  
mich "farbig" zu nennen!

Übersetzung: Klaus Fitterer

**MENSCHEN SUCHEN BEI UNS ASYL.** Eine ökumenische Handreichung für die Gemeinden. Hrsg. vom Landesjugendpfarramt u. dem Diakonischen Werk in der Pommerschen Ev. Kirche sowie vom Caritas-Verband. Kontaktadresse: Pastorin Christa Göbel, Ev. Konsistorium, Bahnhofstr. 35/36, O - 2200 Greifswald, Tel. 5261

**ISLAM IM ABENDLAND.** 1. Sonderband d. Zeitschrift DIE BRÜCKE. ISBN 3-925134-06-9. Der Sonderband steht am Anfang einer Reihe, die Fragestellungen der Zeitschrift DIE BRÜCKE nach Ursachen und Folgen der Migration aufgreift. Der Sonderband hat 160 Seiten und ist im Buchhandel oder über DIE BRÜCKE e. V., Riottestr. 16, W - 6600 Saarbrücken 3, Tel. 390 58 50 erhältlich (Preis: DM 14,- + Porto).

**ZUM UMGANG MIT DER GEWALTAKZEPTANZ.** Erste Ausgabe einer Handreichung für Pädagogen und Lehrer im Freistaat Sachsen. Zusammengestellt und herausgegeben vom Sächsischen Staatsministerium für Kultus. Aus dem Inhaltsverzeichnis: Rechtsradikalismus, Auf der Suche nach Erklärungsmustern, Gewaltakzeptanz unter Jugendlichen, Materialsammlung und Veranstaltungshinweise, Kontaktadressen, Materialien der Jugendverbände, Kirchen, Kommunen, Wettbewerbsausschreibung, Filmangebote. Erfahrungsberichte und Meinungen können an das Sächsische Staatsministerium f. Kultus, Abt. V, Ref. 4, Frau Bräunling, Archivstr. 1, O - 8060 Dresden gerichtet werden.

Die Universität Leipzig, Laboratorium f. Studentenforschung, Gesellschaft f. Jugend- und Sozialforschung Leipzig e. V., Forschungsstelle für Ausbildungs- und Berufsforschung hat eine Studie herausgegeben: **JUGEND IN LEIPZIG 1991. Zur Situation Jugendlicher in einer ostdeutschen Großstadt.** Autorenkollektiv.

Die **epd-Dokumentation 7/91** beschäftigt sich mit dem Thema **"HAKENKREUZE AUF DER SCHULBANK"** und kann bezogen werden über den GEP-Vertrieb, PF 170361 in W - 6000 Frankfurt/M. (Tel. 78 97 21 89) zum Preis von DM 8,50.

Eine Neuauflage der **HANDREICHUNG FÜR DIE ARBEIT MIT FLÜCHTLINGEN UND ASYLSUCHENDEN IN DER KIRCHENGEMEINDE** erscheint im April und ist zu beziehen über das Landeskirchenamt der Ev. Kirche im Rheinland, Hans-Böckler-Str. 7, W - 4000 Düsseldorf 30, Postfach 32 03 40.

## DOKUMENTATION

### Schlußkommuniqué der Ministerkonferenz über Maßnahmen zur Eindämmung illegaler Einreisen aus und über Mittel- und Osteuropa

Auf Einladung des Bundesministers des Innern der Bundesrepublik Deutschland haben sich in Berlin am 30./31. Oktober 1991 die zuständigen Minister Albaniens, Belgiens, Bulgariens, Deutschlands, der Tschechoslowakei, Dänemarks, Estlands, Frankreichs, Griechenlands, Großbritanniens, Irlands, Italiens, Jugoslawiens, Lettlands, Litauens, Luxemburgs, der Niederlande, Österreichs, Polens, Portugals, Rumäniens, der Schweiz, Spaniens, der Sowjetunion, der Ukraine, Ungarns und Weißrusslands getroffen und haben

I. mit dem Ausdruck der Befriedigung darüber, daß die tiefgreifenden politischen Veränderungen jetzt einen freien Reiseverkehr in ganz Europa ermöglichen, was eine Voraussetzung für die Erhaltung und Entwicklung freier Gesellschaften

ist;

unter Bekräftigung der Erwägungen und Forderungen der Ministerkonferenz über Wanderungsbewegungen von Personen aus den Ländern Ost- und Mitteleuropas am 24./25. Januar 1991 in Wien;

unter Berücksichtigung der Verpflichtungen, die sich aus der Genfer Konvention vom 28. Juli 1951 über den Flüchtlingsstatus und dem Protokoll von New York vom 31. Januar 1967 ergeben;

angesichts der Zunahme der Wanderungsströme aus den und über die Staaten Mittel- und Osteuropas in die westeuropäischen Staaten;

in der Erkenntnis, daß international operierende Menschen-

## WER IST FARBIG ?

Als ich geboren wurde  
War ich Schwarz  
Als ich erwachsen wurde  
War ich Schwarz  
Wenn ich krank bin  
bin ich schwarz  
Wenn ich sterbe  
bin ich schwarz

Als du geboren wurdest  
warst du rosa  
Als du aufwuchst  
warst du weiß  
Wenn du erregt bist  
wirst du rot  
wenn du dich erkältest  
wirst du blau  
wenn du krank wirst  
wirst du purpur  
wenn du stirbst  
wirst du grün  
aber du hast die stirn  
mich "farbig" zu nennen!

*Übersetzung: Klaus Fitterer*

händler in ausbeuterischer Absicht zunehmend Menschen in den Herkunftsländern mit falschen Versprechungen über die wirtschaftlichen und sozialen Lebensbedingungen in den Zielstaaten zur Auswanderung veranlassen, sie durch hohe Schleuserforderungen teilweise zur Aufgabe ihrer gesamten Habe bewegen und einem häufig leidvollen Dasein ausliefern; in dem Bewußtsein, daß unkontrollierte Wanderungsbewegungen in den gegenwärtigen Größenordnungen für die Stabilität aller Länder und für die harmonische Entwicklung der Beziehungen zwischen den europäischen Völkern eine Belastung darstellen;

im Hinblick darauf, daß die Ziel- und Transitländer erhebliche Mittel zur Bewältigung des Zustromes aufwenden müssen, die sinnvoller für die Beseitigung der Ursachen der Wanderungsbewegungen eingesetzt werden könnten;

II. gemäß dem Grundsatz gutnachbarlicher Zusammenarbeit - der in der Charta von Paris als Zeichen des Beginns eines neuen Zeitalters in Europa festgeschrieben wurde - die gemeinsame Verantwortung aller teilnehmenden Staaten und ihre Solidarität mit den Erstaufnahmeländern, insbesondere bei Massenwanderbewegungen, festgestellt, bei voller Würdigung des hohen Wertes der Freizügigkeit den illegalen Wanderungsbewegungen mit Entschiedenheit und geeigneten Mitteln entgegenzutreten, und die Anwendung sowohl kurzfristig als auch mittel- und langfristig wirkender Strategien und unterschiedlicher Instrumente für erforderlich erachtet;

### III. folgende Maßnahmen beschlossen:

1. Zur kurzfristigen Verhinderung oder Eindämmung der illegalen Einwanderung werden die teilnehmenden Staaten

- \* die Bekämpfung der Schleuserkriminalität nach einem gemeinsamen taktischen Konzept verstärken sowie gegen die unerlaubte Beschäftigung illegal eingereister Ausländer vorgehen, dazu jeweils Sachinformationen, insbesondere über Schleusungswege und Methoden der Fälschung von Identitäts- und Reisepapieren austauschen und für die Übermittlung personenbezogener Daten die rechtlichen Voraussetzungen, insbesondere durch den Abschluß von Regierungsabkommen, schaffen;

- \* gründliche Kontrollen an Straßen- und Eisenbahngrenzübergängen sowie auf Flughäfen und in Seehäfen nach möglichst einheitlichem Standard durchführen, dazu wirksame Verfahren festlegen zur Feststellung und Unterbindung illegaler Einreisen einschließlich illegalen Aufenthalts unter dem Vorwand touristischer oder geschäftlicher Besuche und sich in dem Zusammenhang insbesondere anhand mitzuführender Belege und Nachweise über Ziel und Bedingungen des Aufenthaltes vergewissern;

- \* die Überwachung der Grenzen außerhalb der Grenzübergänge durch Einsatz mobiler Kräfte in lageangepaßter Stärke an erkannten oder vermuteten Schwachstellen soweit erforderlich intensivieren und dabei in enger Abstimmung bis hin zu Absprachen über eine Schwerpunktverteilung des Grenzschutzpersonals auf der Basis gemeinsamer Analysen und aktueller Lagebilder handeln;

- \* eingedenk ihrer Verpflichtungen aus dem Übereinkommen über die Internationale Zivilluftfahrt die auf ihren Flughäfen verkehrenden Luftfahrtunternehmen bei der Erfüllung der Aufgaben nach Standard 3.37 und 3.37.2 von Anhang 9 zum vorgenannten Übereinkommen unterstützen, ferner darauf achten, daß die Luftfahrtunternehmen am Abflugort das Vorhandensein der für den Zielstaat erforderlichen Grenzübertrittsdokumente kontrollieren, und Sanktionen gegen solche Luftverkehrsunternehmen vorsehen, die Ausländer ohne die Dokumente in ihr Hoheitsgebiet verbringen; entsprechendes gilt für Unternehmen, die Ausländer auf dem See- oder Landweg befördern;

- \* der sich aus dem völkerrechtlichen Grundsatz der guten Nachbarschaft ergebenden Verpflichtung nachkommen, Personen zurückzunehmen, die aus dem eigenen Staat illegal in einen anderen Staat eingereist sind und von diesem sobald als möglich oder nach Maßgabe bestehender Regierungsabkommen zurückgeschoben werden;

- \* eventuell zwei- oder mehrseitige Rückübernahmeabkommen und Vereinbarungen über die zügige Durchbeförderung von ausreisepflichtigen Personen abschließen, soweit solche noch nicht bestehen;

- \* dafür Sorge tragen, daß rückübernommene Personen unverzüglich und in jedem Fall in die Ausgangs- oder Heimatstaaten verbracht werden, soweit die Betroffenen keine Bleiberechte besitzen;

- \* sich gegenseitig beim Ausbau der Infrastruktur der Grenzsicherung, insbesondere bei der Ausstattung und Ausbildung der Grenzsicherungskräfte, einschließlich der Kommunikation und der Informationsverarbeitung, unterstützen;

- \* Möglichkeiten untersuchen, die Modalitäten und Kriterien für einen teilweisen Ausgleich finanzieller Ungleichgewichte zu definieren, die infolge der Ab- und Zurückschiebungsmaßnahmen entstehen.

2. Die Minister werden die zuständigen nationalen Stellen ersuchen, die Sichtvermerkspolitik im Rahmen des Möglichen und im Geist gemeinsamer Verantwortung anzunähern, um zu einer besseren Eindämmung des Einwanderungsdrucks beizutragen

3. Zur Durchführung der unter III. 1. aufgeführten Maßnahmen werden die teilnehmenden Staaten eine Arbeitsgruppe bilden mit dem Auftrag, unverzüglich Realisierungsvorschläge, insbesondere zur wirksamen Bekämpfung der Schleuserkriminalität, zu unterbreiten, soweit solche Vorschläge nicht bereits in bestehenden Arbeitsgruppen unter Einbeziehung der teilnehmenden Staaten geprüft werden oder geprüft werden können.

IV. ...alle an der Wiener Ministerkonferenz über Wanderungsfragen vom 24./25. Januar 1991 beteiligten Staaten aufgefordert, zur mittel- und langfristigen Beseitigung der Ursachen der Wanderungsbewegungen die in der Wiener Abschlusserklärung enthaltenen Empfehlungen umzusetzen, insbesondere folgende Vorschläge:

- \* eine aktive Zusammenarbeit, um in den Staaten eine Politik und Fördermaßnahmen zu entwickeln, die dazu geeignet sind, ungeordnete Wanderungsbewegungen einzuschränken;

- \* die Möglichkeiten einer wirtschaftlichen Zusammenarbeit in den Grenzgebieten zu fördern, um grenzüberschreitende Arbeitnehmerschaft zu ermöglichen;

- \* Vereinbarungen zwischen interessierten Teilnehmerstaaten, die Ausbildungs- und Beschäftigungsmöglichkeiten für eine bestimmte Dauer vorsehe, wie z. B. Arbeit im Rahmen von Verträgen zur Verwirklichung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit oder die Beschäftigung für kurze Dauer von Arbeitern, vorausgesetzt, daß diese Arbeiter den Schutz der Sozial- und Arbeitsgesetzgebung genießen;

- \* Bemühungen um eine engere Zusammenarbeit, um die wirtschaftliche und soziale Wiedereingliederung von Personen zu erleichtern, die freiwillig in ihr Heimatland zurückkehren;

- \* ein Informationssystem zu schaffen und Informationen über die Lage des Arbeits- und Wohnungsmarktes in den betreffenden Ländern auszutauschen, um die Bevölkerung in geeigneter Weise über die tatsächliche Situation aufklären zu können.

Die teilnehmenden Staaten sind sich darüber einig, daß die gesellschaftliche und wirtschaftliche Fortentwicklung in den Heimatstaaten langfristig die wichtigste Voraussetzung dafür bildet, den Menschen dort wieder eine berufliche und soziale Perspektive zu geben, die sie in ihrer Heimat bleiben läßt.

Berlin, 31. Oktober 1991

händler in ausbeuterischer Absicht zunehmend Menschen in den Herkunftsländern mit falschen Versprechungen über die wirtschaftlichen und sozialen Lebensbedingungen in den Zielstaaten zur Auswanderung veranlassen, sie durch hohe Schleuserforderungen teilweise zur Aufgabe ihrer gesamten Habe bewegen und einem häufig leidvollen Dasein ausliefern; in dem Bewußtsein, daß unkontrollierte Wanderungsbewegungen in den gegenwärtigen Größenordnungen für die Stabilität aller Länder und für die harmonische Entwicklung der Beziehungen zwischen den europäischen Völkern eine Belastung darstellen;

im Hinblick darauf, daß die Ziel- und Transitländer erhebliche Mittel zur Bewältigung des Zustromes aufwenden müssen, die sinnvoller für die Beseitigung der Ursachen der Wanderungsbewegungen eingesetzt werden könnten;

II. gemäß dem Grundsatz gutnachbarlicher Zusammenarbeit - der in der Charta von Paris als Zeichen des Beginns eines neuen Zeitalters in Europa festgeschrieben wurde - die gemeinsame Verantwortung aller teilnehmenden Staaten und ihre Solidarität mit den Erstaufnahmeländern, insbesondere bei Massenwanderbewegungen, festgestellt, bei voller Würdigung des hohen Wertes der Freizügigkeit den illegalen Wanderungsbewegungen mit Entschiedenheit und geeigneten Mitteln entgegenzutreten, und die Anwendung sowohl kurzfristig als auch mittel- und langfristig wirkender Strategien und unterschiedlicher Instrumente für erforderlich erachtet,

III. folgende Maßnahmen beschlossen:

1. Zur kurzfristigen Verhinderung oder Eindämmung der illegalen Einwanderung werden die teilnehmenden Staaten

- \* die Bekämpfung der Schleuserkriminalität nach einem gemeinsamen taktischen Konzept verstärken sowie gegen die unerlaubte Beschäftigung illegal eingereister Ausländer vorgehen, dazu jeweils Sachinformationen, insbesondere über Schleusungswege und Methoden der Fälschung von Identitäts- und Reisepapieren austauschen und für die Übermittlung personenbezogener Daten die rechtlichen Voraussetzungen, insbesondere durch den Abschluß von Regierungsabkommen, schaffen;

- \* gründliche Kontrollen an Straßen- und Eisenbahngrenzübergängen sowie auf Flughäfen und in Seehäfen nach möglichst einheitlichem Standard durchführen, dazu wirksame Verfahren festlegen zur Feststellung und Unterbindung illegaler Einreisen einschließlich illegalen Aufenthalts unter dem Vorwand touristischer oder geschäftlicher Besuche und sich in dem Zusammenhang insbesondere anhand mitzuführender Belege und Nachweise über Ziel und Bedingungen des Aufenthaltes vergewissern;

- \* die Überwachung der Grenzen außerhalb der Grenzübergänge durch Einsatz mobiler Kräfte in lageangepaßter Stärke an erkannten oder vermuteten Schwachstellen soweit erforderlich intensivieren und dabei in enger Abstimmung bis hin zu Absprachen über eine Schwerpunktverteilung des Grenzschutzpersonals auf der Basis gemeinsamer Analysen und aktueller Lagebilder handeln;

- \* eingedenk ihrer Verpflichtungen aus dem Übereinkommen über die Internationale Zivilluftfahrt die auf ihren Flughäfen verkehrenden Luftfahrtunternehmen bei der Erfüllung der Aufgaben nach Standard 3.37 und 3.37.2 von Anhang 9 zum vorgenannten Übereinkommen unterstützen, ferner darauf achten, daß die Luftfahrtunternehmen am Abflugort das Vorhandensein der für den Zielstaat erforderlichen Grenzübertrittsdokumente kontrollieren, und Sanktionen gegen solche Luftverkehrsunternehmen vorsehen, die Ausländer ohne die Dokumente in ihr Hoheitsgebiet verbringen; entsprechendes gilt für Unternehmen, die Ausländer auf dem See- oder Landweg befördern;

- \* der sich aus dem völkerrechtlichen Grundsatz der guten Nachbarschaft ergebenden Verpflichtung nachkommen, Personen zurückzunehmen, die aus dem eigenen Staat illegal in einen anderen Staat eingereist sind und von diesem sobald als möglich oder nach Maßgabe bestehender Regierungsabkommen zurückgeschoben werden;

- \* eventuell zwei- oder mehrseitige Rückübernahmeabkommen und Vereinbarungen über die zügige Durchbeförderung von ausreisepflichtigen Personen abschließen, soweit solche noch nicht bestehen;

- \* dafür Sorge tragen, daß rückübernommene Personen unverzüglich und in jedem Fall in die Ausgangs- oder Heimatstaaten verbracht werden, soweit die Betroffenen keine Bleiberechte besitzen;

- \* sich gegenseitig beim Ausbau der Infrastruktur der Grenzsicherung, insbesondere bei der Ausstattung und Ausbildung der Grenzsicherungskräfte, einschließlich der Kommunikation und der Informationsverarbeitung, unterstützen;

- \* Möglichkeiten untersuchen, die Modalitäten und Kriterien für einen teilweisen Ausgleich finanzieller Ungleichgewichte zu definieren, die infolge der Ab- und Zurückschiebungsmaßnahmen entstehen.

2. Die Minister werden die zuständigen nationalen Stellen ersuchen, die Sichtvermerkspolitik im Rahmen des Möglichen und im Geist gemeinsamer Verantwortung anzunähern, um zu einer besseren Eindämmung des Einwanderungsdrucks beizutragen

3. Zur Durchführung der unter III. 1. aufgeführten Maßnahmen werden die teilnehmenden Staaten eine Arbeitsgruppe bilden mit dem Auftrag, unverzüglich Realisierungsvorschläge, insbesondere zur wirksamen Bekämpfung der Schleuserkriminalität, zu unterbreiten, soweit solche Vorschläge nicht bereits in bestehenden Arbeitsgruppen unter Einbeziehung der teilnehmenden Staaten geprüft werden oder geprüft werden können.

IV. ...alle an der Wiener Ministerkonferenz über Wanderungsfragen vom 24./25. Januar 1991 beteiligten Staaten aufgefordert, zur mittel- und langfristigen Beseitigung der Ursachen der Wanderungsbewegungen die in der Wiener Abschlusserklärung enthaltenen Empfehlungen umzusetzen, insbesondere folgende Vorschläge:

- \* eine aktive Zusammenarbeit, um in den Staaten eine Politik und Fördermaßnahmen zu entwickeln, die dazu geeignet sind, ungeordnete Wanderungsbewegungen einzuschränken;

- \* die Möglichkeiten einer wirtschaftlichen Zusammenarbeit in den Grenzgebieten zu fördern, um grenzüberschreitende Arbeitnehmerschaft zu ermöglichen;

- \* Vereinbarungen zwischen interessierten Teilnehmerstaaten, die Ausbildungs- und Beschäftigungsmöglichkeiten für eine bestimmte Dauer vorsehe, wie z. B. Arbeit im Rahmen von Verträgen zur Verwirklichung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit oder die Beschäftigung für kurze Dauer von Arbeitern, vorausgesetzt, daß diese Arbeiter den Schutz der Sozial- und Arbeitsgesetzgebung genießen;

- \* Bemühungen um eine engere Zusammenarbeit, um die wirtschaftliche und soziale Wiedereingliederung von Personen zu erleichtern, die freiwillig in ihr Heimatland zurückkehren;

- \* ein Informationssystem zu schaffen und Informationen über die Lage des Arbeits- und Wohnungsmarktes in den betreffenden Ländern auszutauschen, um die Bevölkerung in geeigneter Weise über die tatsächliche Situation aufklären zu können.

Die teilnehmenden Staaten sind sich darüber einig, daß die gesellschaftliche und wirtschaftliche Fortentwicklung in den Heimatstaaten langfristig die wichtigste Voraussetzung dafür bildet, den Menschen dort wieder eine berufliche und soziale Perspektive zu geben, die sie in ihrer Heimat bleiben läßt.

Berlin, 31. Oktober 1991

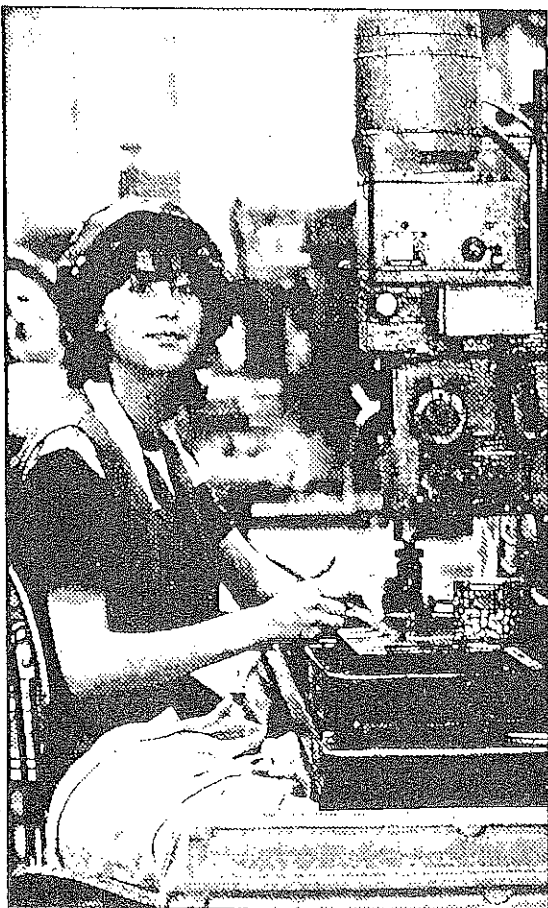
## Situation ausländischer Arbeiterinnen in Dresden

Bedingt durch die Tatsache, daß unsere Beratungsstelle in erster Linie von ArbeiterInnen, die auf der Grundlage der Regierungsabkommen in die DDR kamen, frequentiert wird und wieder die VietnamesInnen die größte Zahl der beratungssuchenden Personen stellen, soll das Hauptaugenmerk dieser Darstellung auf vietnamesischen Frauen liegen.

I. Die Gruppe der vietnamesischen Frauen auf Regierungsabkommen ist eine inhomogene, sich zunehmend entsolidarisierende Gruppe. Gemeinsam ist ihnen i. d. R. ihr absolutes Abhängigkeitsverhältnis von ihrem männlichen Partner, dem sie oft völlig ausgeliefert sind. Die auch unter Deutschen zu beobachtende Entsolidarisierung wird bei AusländerInnen dadurch noch verstärkt, daß sie als nationale Gruppen aufenthaltsrechtlich, also künstlich, nochmals in kleinere Gruppen aufgespalten werden.

### Frauen mit Bleiberecht

Die wenigsten Frauen haben sich zu DDR-Zeiten einen "roten Ausweis" (DDR-Bleiberecht) besorgt. Die Gruppenleiter und Sprachmittler ha-



ben das Wissen um diese Bleibemöglichkeit meist für sich behalten. Ohne männliche Begleitung wären sie ohnehin nicht zur Behörde gegangen. Hatten die Frauen Partner, war es nach traditionellem Verständnis sowieso dessen Aufgabe, Dinge wie das Bleiberecht zu klären. Wir hören dieses: mein Freund/Mann hat das nicht gewußt, sehr oft. Einige Frauen haben über die Altfallregelung, also mehr als 8 Jahre Aufenthalt am 1. 1. 91, eigenständiges Bleiberecht erworben. Allerdings sind es nur wenige Frauen, die schon so lange in der DDR/Deutschland sind, da sie nach 5 - 7 Jahren etwa eigentlich von den Eltern zum Heiraten eines von den Eltern bestimmten Partners nach Hause geholt wurden. Verheiratete Frauen sind getrennt von ihrer Familie wohl nie länger als fünf Jahre in der DDR geblieben. Eine größere Gruppe vietnamesischer Frauen hat Bleiberecht durch den Ehepartner erworben. In den meisten Fällen sollte man davon ausgehen, daß es sich um legale Eheschließungen zweier unverheirateter Partner handelt, von denen der eine (meist der Mann) über das DDR-Bleiberecht oder über die Altfallregelung Bleiberecht erwarb, was akzessorisch Folgen für den anderen Partner (meist die Frau) hat. Da aufenthaltsrechtliche Angelegenheiten aber Sache des Mannes sind, habe ich es in meiner Praxis bereits mehrfach erlebt, daß Ehefrauen noch ihre Aufenthaltsbewilligung hatten, obwohl ihr Partner Bleiberecht hatte. Zwei vietnamesische Männer gaben mir gegenüber auch zu, dies als Machtmittel ihren Frauen gegenüber einsetzen zu wollen. Durch verschiedene Notlagen und im Zusammenhang mit einem starken Verfall aller ethischen, moralischen und kulturellen Werte (s. unten), können Eheschließungen und dadurch erworbenes Bleiberecht zwischen bereits anderweitig verheirateten Paaren (Urkundenfälschung) nicht außer Betracht bleiben. Für die hier lebenden Partner sind kaum Folgen zu verzeichnen; für die in Vietnam zurückgelassenen Familien ist es eine Katastrophe. Bleiberecht über gefälschte oder gekaufte Aufenthaltserlaubnisse spielt meiner Ansicht nach bzgl. der mit der großen Unsicherheit verbundenen Ängste (es gibt keine Originalakte) eine weniger große Rolle, da das Problem im ganzen ohnehin meist nur vom männlichen Partner überblickt wird, der i. d. R. die Papiere auch besorgt hat.

### Frauen mit Aufenthaltsbewilligung

Die meisten Frauen, die noch da sind, haben lediglich eine Aufenthaltsbewilligung, d. h. sie können bis zum Ende ihres ursprünglichen Vertrages in Deutschland bleiben. Aber auch sie sind häufig durch Vermittlung, Unterstützung eines männlichen Partners hier geblieben. Es gibt sehr

wenige vietnamesische Frauen, die allein nach Kündigung ihres Abkommens in der DDR geblieben sind oder auch über längere Zeit freiwillig ohne Partner gelebt haben. Es scheint für eine Vietnamesin nahezu unmöglich, hier ohne männlichen Partner mit dem traditionellen Rollenverständnis ihrer Landsleute zurechtzukommen.

II. Eine große Zahl der Vietnamesinnen hatten sich für die Zeit des Arbeitsvertrages (5 Jahre) nicht nur von ihren Eltern und sonstigen Anverwandten, sondern auch von ihrem Ehepartner und oft noch sehr kleinen Kindern trennen müssen. Die Ghettoisierung in den Arbeiterwohnheimen der DDR mit 5 qm pro Person und bis zu 1000 ArbeiterInnen auf engstem Raum, die in verschiedenen Schichten in verschiedensten Betrieben arbeiteten, beraubte Männer wie Frauen gleichermaßen ihres Privatlebens, ihrer Menschenwürde. Die allgemeine Wohnsituation vietnamesischer Frauen in den kommunalen Wohnheimen der Stadt Dresden hat sich - außer von 5 auf vielleicht 8 qm pro Person - kaum verbessert. 97 % der vietnamesischen ArbeiterInnen sind arbeitslos.

60 % der vietnamesischen ArbeitnehmerInnen sind obdachlos; besonders betroffen sind Frauen mit Aufenthaltsbewilligung. Die Zahl der obdachlosen Mütter mit Säuglingen/ kleinen Kindern kann nicht genau benannt werden, sollte keinesfalls unterschätzt werden. Daß vietnamesische Obdachlose im Stadtbild keine Rolle spielen, hängt damit zusammen; daß farbige AusländerInnen bzgl. der allgemeinen Gewaltbereitschaft unter unseren MitbürgerInnen ihre Obdachlosigkeit sehr schlecht überstehen würden. Außerdem ist Obdachlosigkeit ein Ausweisungsgrund nach dem Ausländergesetz.

Innerhalb der kommunalen Wohnheime hat sich eine (untereinander oft sehr teuer erkaufte) Hierarchie aufgebaut:

- die, die ein Zimmer/Bett ordnungsgemäß gemietet haben;
- die, die auch noch mit in diesem Zimmer schlafen dürfen;
- die, die auf dem Korridor/in der Küche/im Bad schlafen;
- die, die auf dem Balkon schlafen.

Von Wohnheimen außerhalb Dresdens wissen wir bereits, daß man auch im Keller schläft, den schlechtesten, weil unsichersten Schlafplätzen. Ich halte es in Dresden nur noch für eine Frage der Zeit, bis VietnamesInnen in den kommunalen Wohnheimen in den Kellern schlafen.

Für uns als Beratungsstelle kommt erschwerend hinzu, daß mir vor Monaten vom Wohnungsamt mitgeteilt und später bestätigt wurde, der Leiter des Wohnungsamtes weise AusländerInnen auf Regierungsabkommen außerhalb der kommunalen Wohnheime keinen kommunalen Wohnraum zu. Gelegentlich gelingt es VietnamesInnen, doch

Wohnungen zu erhalten. Wir wissen aus sicheren Quellen, zum Teil der Mieter selbst, daß für die Weitergabe/Vermittlung von Zuweisungen/Mietverträgen für schlechte Wohnsubstanz unter den Vietnamesen horrenden Summen gezahlt werden. Inwiefern die Zuweisungen/Mietverträge echt, gefälscht oder ihrerseits von der entsprechenden deutschen Behörde gekauft sind, will und kann ich nicht sagen.

III. Provozierend muß gesagt werden: war eine vietnamesische Frau zu DDR-Zeiten gezwungen, einen Partner zu haben, damit er ihr die Holzkisten für den Versand von Waren nach Vietnam mehrmals jährlich beschaffte, baute und packte (genau dies nämlich selbst zu tun, war/ist ihr nach vietnamesischem Rollenverständnis unmöglich), so braucht sie heute einen Partner, der sie mit ihren Waren morgens zum Markt fährt und abends wieder abholt. So viele Autos auch vor den kommunalen Wohnheimen den Vietnamesen gehören, fast nie wird man eine Vietnamesin am Steuer sehen.

Und dieser Partner mußte/muß nach traditionellem Rollenverständnis versorgt werden. Es kocht die Frau. Sie kochte, wusch... Besonders großzügige Männer waren bereit, wenn die Partnerin Spätschicht hatte, auf von ihr Gekochtes zu verzichten. Er aß bei Freunden, sie durfte sich nach der Schicht eine Tütensuppe kochen...

In Cunewalde habe ich erlebt, daß 5 Frauen, die genau wie die 50 Männer in 3 Schichten arbeiten mußten, 3 1/2 Jahre lang alle Mahlzeiten für die Männer gekocht und deren Wäsche gewaschen haben. Als die Frauen nach der Kündigung durch das Unternehmen 6 Wochen vor den meisten Männern nach Vietnam ausflogen, brach in dem Wohnheim das absolute Chaos aus...

IV. Weiter oben erwähnte ich bereits, daß 97 % der VietnamesInnen arbeitslos sind. Entsprechend der vietnamesischen Tradition tut der Mann die Arbeiten, bei denen man "viel" verdient, die Frau die Arbeit, die weniger bringt. Aufgrund dieses Verständnisses von Arbeitsteilung finden kaum Frauen als Zwischenhändler, eher als Endverkäuferinnen. Momentan haben ausländische ArbeiterInnen auf Regierungsabkommen Anspruch auf Gewerbeerlaubnis wie deutsche BürgerInnen (Verordnung vom 13. 6. 1990) und können somit erstmals seit Abschluß des Regierungsabkommens DDR - SR Vietnam am 11. 4. 1980 legal handeln. Die Geschichte des Schwarzhandels mit vietnamesischen BürgerInnen ist fast so alt wie das Regierungsabkommen selbst. Nähten Anfang/Mitte der 80er Jahre vietnamesische Frauen und Männer Jeans für die DDR-Bevölkerung, so waren es i. d. R. Männer, die die Beschaffung von Stoffen und Accessoires im großen Stil besorgten und ebenso daran verdienten.

Ab 1987/88 etwa trugen VietnamesInnen maßgeblich durch inzwischen internationalisierten Schwarzhandel dazu bei, über die A & V-Läden DDR-Bürger mit Personal-Computern zu versorgen. Mischte sich der DDR-Zoll doch nicht bei der Beschaffung ein, sondern ermittelte erst hinterher. Nicht wenige VietnamesInnen verbrachten bis zu 6 Monaten in Untersuchungshaftanstalten der DDR, bis ihr "Fall" für die DDR über das Rechtshilfeabkommen zwischen der DDR und der SR Vietnam "gelöst" wurde.

Aber auch hier war es so, daß die eigentlich lukrativen Posten in der Handelskette von Männern eingenommen wurden, die Frauen dann immer abwechselnd die Computer beim

A & V verkaufen mußten, immer nur einen, sonst ermittelte der Zoll. Und genau die gleiche Arbeitsteilung finden wir jetzt wieder beim Handel mit unverzollten Zigaretten. I. d. R. sind die Zwischenhändler Männer, die Frauen spielen fast nur als Straßenverkäuferinnen eine Rolle. Die 7 inzwischen des Drogenhandels wegen im Osten Deutschlands festgenommenen Vietnamesen aus Dresden, Wilthen und Schwerin sind Männer.

V. Die Ghettoisierung in den Wohnheimen und die Rollenzwänge in der vietnamesischen Gesellschaft, verbunden mit dem Zwang, in der DDR/Deutschland möglichst viel Geld zu verdienen, haben für vietnamesische Frauen unsagbar viel Leid mit sich gebracht, das sich nur schwer in seinem ganzen Umfang beschreiben läßt.

Prostitution vietnamesischer Frauen spielte schon zu DDR-zeiten eine Rolle. 50 DM "kleine Liebe", 100 DM "große Liebe", natürlich ungeschützt, waren die üblichen Preise, die vietnamesische Frauen mir selbst genannt haben. Und ich kenne Frauen, die auch darum noch von Betriebsdirektoren, deutschen Betreuern u. a. betrogen oder unter Androhung der Rückkehr nach Vietnam kostenlos willfährig gemacht worden sind. Ob und in welchem Umfang vietnamesische Männer damals bereits als Zuhälter arbeiteten, entzieht sich meiner Kenntnis. Bis zur Ermordung Rainer Sonntags arbeiteten in den Dresdener Bordellen verschiedene Vietnamesinnen, ohne Verträge, ohne Krankenversicherung...

Die gegenwärtige Situation überblicke ich nicht gut genug, um Gültiges dazu sagen zu können. Die Verachtung, die vietnamesischen Frauen durch ihre Landsleute zuteil wird, läßt sich am ehesten erraten, wenn man weiß, daß eine vietnamesische Prostituierte im letzten Monat einem deutschen Mann 2000 DM dafür gezahlt hat, daß er sie heiratet. Für diese Frau war das aufenthaltsrechtlich keinesfalls notwendig, vielmehr erhoffte sie sich davon, der Schikanierung und totalen Isolierung durch ihre Landsleute zu entkommen.

VI. Im staatlichen Bildungs- und Erziehungssystem Vietnams spielt sexuelle Aufklärung keine Rolle, in der Familie ist sie total mit Tabus belegt. Kamen Vietnamesinnen in die DDR, zwang man sie zu einem Besuch beim Frauenarzt und verordnete ihnen die Pille, Beschreibung in deutscher Sprache. Es muß hier jedoch betont werden, daß nicht ausschließlich die deutschen Betreuer Druck auf die Frauen ausübten, sondern gerade die vietnamesischen Männer (manche Arbeitsbrigaden bestanden aus Männern und Frauen, zumindest die Gruppenleiter und Dolmetscher von Frauenbrigaden waren oft Männer) einen gewissen Wert darauf legten, daß die ihnen (untergebenen) Frauen artig ihre Pille nahmen. Bedingt durch die Unkenntnis der Pille an sich (es gibt noch heute in Vietnam die Pille in so geringem Ausmaß, daß sie als sicheres Schwangerschaftsverhütungsmittel auch in der Hauptstadt mit umfangreichem Angebot nicht eingenommen werden kann), der fehlenden sexuellen Aufklärung und der totalen Tabuisierung dieser Themen kam es in größerer Zahl zu ungewollten Schwangerschaften.

Offiziell hatten die schwangeren Frauen 2 Möglichkeiten: abtreiben oder ausreisen. In Wirklichkeit konnte jedoch weder die verheiratete Frau, die in der DDR mit einem anderen Partner ein Kind erwartete, noch die unverheiratete Frau, so sie von ihrem verheirateten/unverheirateten Partner ein Kind erwartete, ausreisen in der Hoffnung auf die Fortsetzung eines nur halbwegs menschenwürdiges Lebens in Vietnam. In der Regel haben sie also abgetrieben. Da die DDR, wie auch die BR Deutschland, die Regel hatte/hat, eine Unterbrechung nur dann vorzunehmen, wenn die vorhergehende länger als 6 Monate her war, ist es zu illegalen Abtreibungen in Wohnheimen und zu Selbstverstümmelungen, bei denen die Ärzte dann eingreifen mußten, gekommen. Dennoch gibt es auch eine große Zahl vietnamesischer Frauen mit mehr als 2 legalen Abbrüchen pro Jahr. Erst seit Ende 1988 kam es zu Aktionen Deutscher (Schwerin), Vietnamesinnen (Dresden) oder beider (Berlin) mit dem Ziel, schwangeren Vietnamesinnen in der DDR noch eine Entbindung zu ermöglichen. Unter großer Gefahr und persönlichem Einsatz für alle beteiligten Seiten wurden diese Frauen über Monate bis zu ihrer Entbindung versteckt. Allerdings haben DDR-Behörden noch im September 1989 Vietnamesinnen mit 8 Wochen alten Babys abgeschoben, obwohl ihre Ehemänner in der DDR lebten.

VII. In der gegenwärtigen Situation fällt auf, daß vietnamesische Frauen ihre Kinder gerade jetzt und in diesem Land zur Welt bringen. Das hat verschiedene Hintergründe.

Einerseits sind in der DDR/Deutschland Partnerschaften neu entstanden, man/frau hat hier gehei-

ratet oder man/frau hat seine/ihren PartnerIn aus Vietnam hierhergeholt. Viele vietnamesische Frauen sind jetzt Ende 20, Anfang 30. Sie möchten jetzt ihre Kinder bekommen.

Handelt es sich um Frauen, die selbst oder durch ihren Ehepartner Bleiberecht in der BR Deutschland haben, so ist deren finanzielle Situation einigermaßen erträglich. Sie erhalten Erziehungsgeld, auch sieht der Hilfsfonds "Schwangere Frauen in Not" des BMFJG bei Notlage entsprechende Leistungen vor. Der Sozialhilfebezug jedoch ist für alle AusländerInnen ein Ausweisungsgrund nach dem AuslG.

Ausländische Frauen ohne Bleiberecht, und dazu gehören alle Vietnamesinnen, die eine Aufenthaltsbewilligung haben (das sind die meisten) erhalten kein Erziehungsgeld und i. d. R. auch bei Notlage keine Zuwendungen aus dem Hilfsfonds "Schwangere Frauen in Not" des BMFJG. Hier erleben wir häufig aus der Not heraus eine Kriminalisierung eines oder beider Partner, um die Lebensgrundlage zu beschaffen und familiäre Verpflichtungen gegenüber der Großfamilie in Vietnam zu erfüllen (Steuerhellei...).

Sehr viel dramatischer ist die Situation unverheirateter Frauen, deren Partner in Vietnam verheiratet ist und in Vietnam verheirateter Frauen, die hier mit einem neuen (u. U. seinerseits verheirateten) Partner ein Kind zur Welt bringen. Diese Frauen wären bei ihrer Rückkehr nach Vietnam so völlig desintegriert, daß sie keinerlei Chancen auf ein auch nur halbwegs menschenwürdiges Überleben hätten. Jede nur denkbare Möglichkeit einer Aufenthaltsverlängerung oder Verfestigung in der BR Deutschland wird ergriffen: Fälschung von Eheurkunden, Aufenthaltserlaubnissen...

Bedenkt man, daß in Vietnam eine junge Frau i. d. R. im Beisein ihrer Mutter ihr Kind zu Hause oder in einer Art Poliklinik entbindet, kann man sich vielleicht vorstellen, was es für diese Frauen bedeutet, hier allein ihre Kinder zur Welt zu bringen. Die Frauen sprechen kaum deutsch, vietnamesische Hebammen sind in Dresden an keinem Krankenhaus angestellt.

VIII. Frauen erzählen über Gewalt in Partnerschaft und Ehe. Viele der vietnamesischen Arbeiterinnen bezeichnen ein gewisses Maß an Gewalt als normal. Sie sprechen zumindest mir gegenüber auch erst über Gewalt in ihrer Ehe, wenn sie über dieses "ihr Maß" hinausgehend geschlagen werden.

Ich erlebe häufig, daß vietnamesische Männer kaum Probleme zeigen, darüber zu sprechen, daß sie ihre Frauen gelegentlich schlagen, natürlich nur, wenn es sein muß. Auch befragte Männer, die sagten, sie hätten ihre Frauen noch nie geschlagen, lehnten Gewalt in der Ehe nicht generell ab. Sie hatten eben Frauen, bei denen es nicht nötig war...

IX. Alles Gesagte kann natürlich nicht pauschalisiert werden: vietnamesische Männer/Frauen sind so. Sicher gibt es Frauen, die für ihre Verhältnisse sehr selbstbestimmt leben, es gibt einige sehr tüchtige und begabte Kauffrauen in unserer Stadt. Es gibt auch vietnamesische Männer, die ihre Frauen zur Entbindung begleiten. Und es gibt Paare, die Gewalt in ihrer Beziehung zueinander generell ablehnen.

Und gäbe es nicht auch ganz wenige vietnamesische Frauen, wie eine meiner Freundinnen, die unverheiratet mit ihrem Partner lebt, eine sehr gute Kauffrau ist und ihren eigenen Laden besitzt, eigentlich keine Lust hat, in dieser Welt Kinder zur Welt zu bringen, die sich von ihrem Partner nicht schlagen lassen und ihn nicht schlagen würde, die nur kocht und wäscht, wenn es sein muß oder sie Lust oder ihr Freund keine Zeit hat, dann hätte ich vielleicht keine Kraft mehr, meine Arbeit weiter zu tun.

Doch wie sagte mein vietnamesischer Mitarbeiter: *"Das ist keine Frau, furchtbar wie eine Deutsche..."*

Anna C. Flemming, Dresden



»Natürlich muß diese Gesellschaft verändert werden, aber nicht jetzt und auf unsere Kosten!«

Karikatur: Kurt Halbritter

# Gebet

Herr,  
Asylsuchende und Flüchtlinge  
sind in unserem Land zur Zielscheibe  
von Brandanschlägen und Verfolgung geworden.

Deshalb bitten wir:

Laß uns wachsam bleiben und vorbehaltlos für die Würde aller Menschen eintreten,  
um den Zufluchtsuchenden Schutz vor Angriffen zu bieten, sie auf ihren Wegen zu begleiten,  
damit sie nicht ohnmächtig von einer zur anderen Stelle geschickt werden können,  
um in ihrer Nähe zu sein, und zu erleben, was es bedeutet, abgelehnt zu werden  
und zu spüren, die Worte an der Wand "Ausländer raus" meinen auch mich.

Um zu erleben, was es bedeutet, "geduldet" zu sein und ohne gesichertes Aufenthaltsrecht  
mit ständigen Einschränkungen in völliger Abhängigkeit zu leben,  
ohne die genaue Konsequenzen zu übersehen;  
um zu erleben was es bedeutet, in einem "Heim" untergebracht zu sein,  
auf engstem Raum mit fremden Menschen, deren Sprache, Kultur, Religion ich nicht verstehe;  
um zu erleben, was es bedeutet, wenn draußen und drinnen die Angst lauert,  
sind wir es, die heute gejagt, angepöbelt, zusammengeschlagen,  
von einem Anschlag bedroht werden?

Herr, das Leben von Asylsuchenden und Flüchtlingen kennen wir nur aus der Entfernung.  
Unsere Kontakte sind zufällig und oft mit Furcht besetzt.

Wir suchen ein eigenes Urteil in der Vielfalt der Meinungen, die eher verwirrend als aufklärend wirken.

Deshalb bitten wir:

Mache uns Mut, eigene Befürchtungen zu überwinden, damit wir einander verstehen lernen  
und sich Beziehungen entwickeln, die gemeinsame Wege eröffnen.

Gib uns die Kraft, unbestechlich nach der Wahrheit zu fragen,  
damit Haß und Gewalt der Boden entzogen wird  
und unser Zusammenleben mit Asylsuchenden und Flüchtlingen  
zu einem friedlichen Miteinander führt.

Herr, wir bitten Dich  
behüte und bewahre uns in Deiner Gnade.

Amen.

(Aus der Handreichung für die Arbeit mit Flüchtlingen und Asylsuchenden in der Kirchengemeinde der Ev. Kirche im Rheinland)

---

Nachtrag: In unserer letzten Ausgabe verwendeten wir auf den Seiten 13, 14 und 35 Karikaturen von David Kyungu (Es fehlte jedoch die Quellenangabe) aus: "Mensch, guck mich nicht so an!", ein Buch, das 1991 im Breklumer Verlag erschienen ist. Der Abdruck geschah mit freundlicher Genehmigung des Künstlers.

## Soforthilfefonds für die ökumenische Ausländerseelsorge

Auf dem Gebiet der ehemaligen DDR leben Menschen aus Vietnam und Mocambique, die zu DDR-Zeiten aufgrund von Staatsverträgen hier für vier bis fünf Jahre arbeiten sollten. Die letzte Gruppe kam im Herbst 1989. In der DDR gab es für diese Menschen keine Beratungsstelle, keinen Ausländerbeauftragten, keine Lobby. Oft isoliert von den deutschen Mitbürgern suchten sie Hilfe im Ökumenisch-Missionarischen Zentrum in Ost-Berlin. Dort erkannte man die Not und richtete die Abteilung Ökumenische Ausländerseelsorge ein. Ein Soforthilfefonds wurde geschaffen, um schnell helfen zu können. Das ÖMZ gehört nun zum Berliner Missionswerk, und die für ein Missionshaus unübliche Arbeit der Ausländerseelsorge wird weitergeführt, denn die veränderte politische Situation bringt neue Probleme. Die Verträge der Vietnamesen und Mocambiquaner, die noch bis 1994 gegolten hätten, wurden gekündigt. Die meisten sind in ihre Heimat zurückgekehrt. Einige sind hiergeblieben, aus Angst vor Bürgerkrieg, Verfolgung, Arbeitslosigkeit oder Hunger. Sie versuchen, sich eine bescheidene Existenz aufzubauen. Manch einer gerät dabei in unvorhersagbare Notlagen. Gerade die Menschen, die in unserer Ausländerseelsorgearbeit eine Heimat gefunden haben, kommen mit ihren Problemen zu uns. Mit dem Soforthilfefonds können wir ihnen oft schon mit einer geringen Summe schnell und unbürokratisch helfen. Wir bitten Sie deshalb, diesen wichtigen Dienst an unseren ausländischen Mitbürgern zu unterstützen.

(Unsere Bankverbindung: Berliner Volksbank, Konto-Nr. 13036 004, BLZ 100 900 00, **Projektnummer 1701**. Spendenbescheinigungen werden ausgestellt. Danke.)

Ich bin ein ~~Berliner~~  
Ausländer

